



Zeitschrift der **GEW** Hessen

für *Erziehung, Bildung, Forschung*

71. Jahr Heft 1/2 Jan./Febr. 2018



TITELTHEMA

Sexuelle Gewalt



**Ökonomisierung der Bildung
GEW-Fachtagung am 17.2.**

Die Fachtagung der GEW-Bezirksverbände Frankfurt und Südhessen und des GEW-Landesverbands zum „(Un) Sinn ökonomisierter Bildung“ findet am Samstag, dem 17. Februar 2018, von 9.30 bis 17.30 Uhr im DGB-Haus in Frankfurt statt. Referenten sind *Professor Tim Engartner* (Frankfurt), *Matthias Holland-Letz* (Köln) und *Professor Thilo Naumann* (Darmstadt).

• *Die Anerkennung als Lehrerfortbildung ist beantragt. Anmeldung: info@gew-frankfurt.de*

SchulKinoWochen Hessen 2018

Bei den Hessischen SchulKinoWochen öffnen 81 Kinos am Vormittag ihre Türen für Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen und Schulformen. Ein vielseitiges Programm aus rund 100 sorgfältig ausgewählten Filmen wird begleitet von einem breiten pädagogischen Angebot aus Filmgesprächen sowie filmanalytischen und praxisorientierten Workshops. Fortbildungun-

**1. Februar:
Giftstoffe in Bildungseinrichtungen**

Ein am 7.12.2017 geplantes Treffen zum Austausch und zur Koordinierung von Aktivitäten gegen Gift- und Schadstoffe in Bildungseinrichtungen findet jetzt am Donnerstag, dem 1. Februar 2018, von 16 bis 19 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der GEW in Frankfurt statt (Zimmerweg 12).

**12. Februar:
Red Hand Day gegen Kindersoldaten**

Der Red Hand Day soll jährlich am 12. Februar weltweit auf die Rekrutierung und den Kriegseinsatz von Minderjährigen hinweisen. Die Aktion Rote Hand entstand in Deutschland 2003 und breitete sich schnell international aus. GEW und *Terre des Hommes* engagieren sich federführend gegen die Rekrutierung von Minderjährigen für die Bundeswehr, die mit Karriereberatern auch in den Schulen für den Kriegsdienst wirbt. Fotos und Berichte zu den internationalen Rote-Hand-Aktionen findet man unter www.redhandday.org.

HLZ Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:
Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:
Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad und Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema: Harald Freiling und Roman George

Illustrationen: Dieter Tonn (S. 33), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:
Angela Waye/123rf.com (Titel), GEW (S. 5, 23, 37, 39), Harald Freiling (S. 15)

Verlag:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:
Bad Homburg

Bezugspreis:
Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss:
Jeweils am 5. des Vormonats**

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:
Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 34 Recht: Besoldung, Mitbestimmung, Sozialpädagogische Fachkräfte
- 36 Jubilarinnen und Jubilare/Magazin

Titelthema: Sexuelle Gewalt

- 6 SPEAK: Studie zu sexueller Gewalt unter Gleichaltrigen
- 8 SPEAK: Prävention in der Schule
- 10 Sexting zwischen Flirt und Mobbing
- 12 Lehrplan Sexualerziehung
- 14 Kindeswohl und Ausbildung: Im Gespräch mit Prof. Maud Zitlmann
- 16 Schutzraum Schule
- 17 Material, Adressen, Termine

Einzelbeiträge

- 18 Sparkurs bei LiV-Stellen
- 23 Mitmachen! Die Fach- und Personengruppen der GEW Hessen
- 24 Aus dem Landtag: Debatte über die Arbeitsbelastung von Lehrkräften
- 26 Proteste gegen hohe Arbeitsbelastungen und marode Schulen
- 27 Steuerverschwendung LandesTicket?
- 28 Bücher: Pädagogische Prozesse
- 29 Antiziganismus gestern und heute
- 30 Micheline Bood: Tagebuch einer Schülerin im besetzten Paris
- 32 „Angst“: Frankfurter Arbeitskreis für psychoanalytische Pädagogik

19-22 lea-Fortbildungsprogramm

Ein starkes Netzwerk

Wer meint, mit der Schließung der Odenwaldschule, mit dem Aufklärungsbericht der Regensburger Domspatzen und anderen seit 2010 erschienenen Berichten sei das Thema Missbrauch „erledigt“, der irrt sich. All diese Aufarbeitungsprojekte sind wichtig, sowohl für die Betroffenen und ihre Familien als auch für das Selbstverständnis der jeweiligen Institution und der Gesellschaft. Zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs gehört es, dass Berichte über Vorfälle in der Vergangenheit veröffentlicht werden, die heute Verantwortlichen dazu Stellung nehmen und Entschädigungen an die Betroffenen gezahlt werden.

Aber Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs bedeutet vor allem auch, ein Bewusstsein in der Gesellschaft dafür zu schaffen, was Kinder und Jugendliche erleiden mussten, warum dies überhaupt geschehen konnte, warum ihnen nicht geholfen wurde und welche Folgen sexuelle Gewalt für die Betroffenen hat. Dies ist unabdingbar, wenn sexueller Kindesmissbrauch kein Tabu mehr sein soll, wenn Mädchen und Jungen darüber sprechen können, ihnen geglaubt wird und Erwachsene alles tun, um sie zu schützen. Aufarbeitung braucht Zeit und einen langen Atem.

Am Anfang stehen die Geschichten der Betroffenen und die Anerkennung des persönlichen Leids und Unrechts. Seit die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs Anfang 2016 eingesetzt wurde, erleben wir eine große Bereitschaft und ein überwältigendes Vertrauen bei Betroffenen, die uns ihre Geschichte erzählen wollen.

Mittlerweile haben über 1.500 Personen Kontakt zu uns aufgenommen. In den vielen vertraulichen Anhörungen, die wir bisher durchgeführt haben, und in den zahlreichen schriftlichen Berichten, die uns vorliegen, ist ein zentrales Thema der Betroffenen: Mir wurde als Kind nicht zugehört, mir wurde nicht geglaubt. Stellvertretend für die Gesellschaft hören wir zu und wir glauben den Menschen. Wir sammeln Wissen über Bedingungen und Strukturen, die Missbrauch begünstigt oder ermöglicht haben, und wir berichten darüber. Dadurch wollen wir auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche besser geschützt werden. Wir hoffen sehr, dass auch Schulen und andere pädagogische Einrichtungen davon profitieren können. Alle Institutionen, in denen Kinder und

Jugendliche einen großen Teil ihrer frühen Lebenszeit verbringen, sollten sich darum bemühen, dass Schutzkonzepte eingeführt und gelebt werden, dass sich ein klarer Verhaltenskodex etabliert und fachlich einschlägige Inhalte in der pädagogischen Ausbildung verankert werden.

Wir wissen aus den Gesprächen mit Betroffenen, dass sexualisierte Gewalt am häufigsten in der Familie stattfindet, am zweithäufigsten aber in Institutionen. Damit werden die Orte zu Tatornen, an denen Kinder und Jugendliche besonders Geborgenheit, Schutz und Förderung erleben sollten. Es gibt aber auch die Berichte von Betroffenen, die zeigen, wie hilfreich eine kompetente Lehr- und Fachkraft sein konnte, um Missbrauch auch in einer Familie zu beenden. An solchen Erkenntnissen müssen wir ansetzen: Kinder und Jugendliche brauchen fachkundige Ansprechpartner, wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Pädagogische Fachkräfte müssen sich ihrer Verantwortung bewusst und sie müssen in der Lage sein, einem Kind in Not zu helfen – egal, wo der Missbrauch stattgefunden hat oder gerade stattfindet. Um all das leisten zu können, braucht es auch die Unterstützung von Verbänden und Organisationen.

Alle Akteure im pädagogischen Kontext sollten ihrer Verantwortung gerecht werden, Aufarbeitung initiieren und voran bringen und sich nicht beirren lassen. Kinder und Jugendliche brauchen starke Netzwerke und Aufarbeitung ist ein wichtiger Teil davon.

Sabine Andresen

Prof. Dr. Sabine Andresen



Sabine Andresen hat eine Professur für Familienforschung und Sozialpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt und ist seit 2016 Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (HLZ S.17).

Luxus und Glitzer für alle!

Ins Schloss wollen alle Berlin-Touristen! Nee, nicht ins Schloss Charlottenburg oder nach Sanssouci. Sondern ins Einkaufszentrum „Schloss“. In dieser mondänen Glitzerwelt lässt es sich besonders schön shoppen. Sogar auf dem Klo und im Wickelraum ist alles aus Marmor. Das Personal auf dem Klo trägt Uniformen mit goldenen Epauletten. Warmes Licht schmeichelt. Die Spiegel präsentieren einem das eigene Gesicht so vorteilhaft, dass man sich gar nicht sattsehen kann. Müll verschwindet in gülden Eimerchen, das Toilettenpapier ist weich und flauschig. Duftkerzen verströmen alle Wohlgerüche des Orients. Ständig rennt jemand mit Besen und Eimerchen durch die Gänge und entfernt jedes Fitzelchen Papier. Dezente Musik animiert zum exklusiven Einkaufserlebnis. Touristen aus aller Welt schießen Selfies vor funkelnden Glasfronten und riesigen Kristalllüstern. Die Rolltreppen haben goldene Geländer und befördern einen zu exquisiten Parfümerien, bekannten Mode-Labels und luxuriösen Schuhen, die nicht zum Laufen, sondern zum dekorativen Rumstehen geschaffen wurden. Der geschmackvolle Innenhof mit all seinen Palmen ist gläsern überdacht. Die Sonne bricht sich in den vielen kleinen Facetten und schickt Regenbo-

genstrahlen in die Warenwunderwelt. Kleine Brücken führen von einem Einkaufserlebnis zum anderen. Auf edlen Zedernholzbänken kann man mit seinen Designer-Taschen und Tüten verweilen, darin rumsuchen und rascheln und vor Glück leise seufzen.

Hier fahren meine Schülerinnen und Schüler gern nach Unterrichtschluss hin. Manchmal auch schon vorher oder anstelle des Unterrichts... Sie setzen sich zwischen Palmen und Farnen auf ein Teakholzbänkchen und schauen andächtig in diesen modernen Sakralbau, bis die Tempelwachen der Security sie ungnädig weiterschicken. Dann probieren sie in einer funkelnden Parfümerie stundenlang Wässerchen und Lidshadow aus, bis eine Hohepriesterin der Schönheit sie an die frische Luft setzt. Ein paar Türen weiter kann man Videospiele testen. Oder bei Victoria's Secret ein paar Hemdchen anprobieren. Leider sind die aufwändig gestylten Verkäuferinnen schwer auf Zack: Man hat keine Chance, eins dieser Hemdchen unter seinem Hoodie zu vergessen.

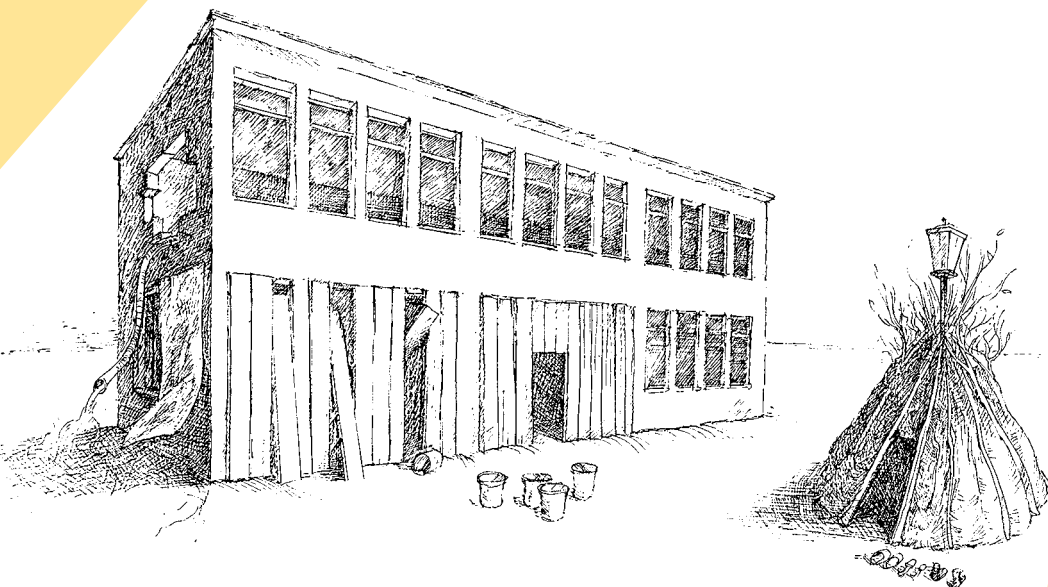
Ich kann meine Schülerinnen und Schüler verstehen. Abgesehen davon, dass Shoppen, Videospiele und kosmetische Aktivitäten allemal attraktiver sind als Trigonometrie, Dreisatz und Fuckju-Goethe. Hier im „Schloss“, im

Einkaufsparadies, ist es einfach schon äußerlich viel, viel schöner als im maroden Schulbau. Hier klebt nirgends Kaugummi auf den Sitzflächen. Kein Kabel hängt aus der Wand, kein Putz bröckelt einem in den Nacken. Gegen ein kleines Entgelt kann man saubere Toiletten benutzen, auf denen noch alle Spiegel intakt sind. Die Waschbecken sind hochmodern und strahlen 100 Prozent Hygiene aus. Es gibt Seife und Papierhandtücher. In einem kleinen Fach sogar Tampons. Hier im „Schloss“ hängt nicht das Dämmmaterial aus der Decke, hier riecht es nicht dumpf und muffig. Die Rohrleitungen sind alle verlegt und verputzt. Nirgends nassen geplatze Wasserrohre durch den Anstrich. Nirgends grünt und blaut Schimmel. In den riesigen blitzblanken Glasscheiben gibt es keine Löcher und keine Sprünge. Keine Maus, geschweige denn eine Ratte käme auf die Idee, mal schnell vorbei zu huschen. In den Geschäften blinkt und blitzt es. Hinter den Heizkörpern wirbeln keine Wollmäuse, in den Ecken lagern keine Dreckhäufchen. Man hat nicht das Gefühl, sich ständig die Hände waschen zu müssen.

Nirgends wird krasser deutlich, was uns Schule und Bildung wirklich wert sind. Hier die maroden Schulbauten, dort die glitzernde Einkaufswelt. Aber kein Berliner Schulleiter soll öffentlich verraten, dass er in einer „Schrottimobilie“ residiert. Das hat die zuständige Senatorin so verfügt. Wenn das Fernsehen kommt, um heruntergefallene Decken und geplatze Rohre zu filmen, muss sogar der Schulhausmeister sich in Schweigen hüllen. Der Schulrat persönlich drängt das Kamerateam raus.

Vielleicht lässt der Staat seine Schulen wissentlich und willentlich so vergammeln, damit er sie letztendlich irgendwann mal privatisieren kann? Dann ist er diese lästigen Themen (PISA, schlechte Testergebnisse, Kultusministergehacke und -geizicke) los. Einkaufsparadiese, Banken, Windows und Amazon sponsern dann die Bildung, und wir Lehrer unterrichten im Gegenzug richtiges Konsum-, Markt- und Investitionsverhalten. Endlich tobt „das wahre Leben“ durch die Schulen!

Gabriele Frydrych





X Protest gegen Leuschner-Medaille für Roland Koch

Mehr als 400 Kolleginnen und Kollegen aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen protestierten am 1. Dezember vor dem Kurhaus in Wiesbaden gegen die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille an den früheren Ministerpräsidenten *Roland Koch* (CDU) durch seinen Nachfolger *Volker Bouffier* (CDU). Die Vorsitzende der GEW *Maike Wiedwald* und der Geschäftsführer der DGB-Region Rhein-Main *Philipp Jacks* erinnerten an Kochs Verantwortung für die „Operation Sichere Zukunft“ mit massiven Gehaltskürzungen und einer Ar-

beitszeitverlängerung für die Beschäftigten des Landes und an den Austritt des Landes aus der Tarifgemeinschaft der Länder. Auch die „schmutzige Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft“ vor der Landtagswahl 1999 spreche gegen die Ehrung. *Wolfgang Hasibether*, Vorsitzender der Wilhelm-Leuschner-Stiftung, erinnerte in einem Grußwort an Leuschners Forderung, dass „aus der politischen Demokratie die soziale Demokratie werden“ müsse: Diesem Ziel sei Koch „nicht verpflichtet“ gewesen.

X Michael Rudolph ist neuer DGB-Vorsitzender in Hessen



Mit 84,2% der Delegiertenstimmen wurde *Michael Rudolph* (40) Anfang Dezember zum neuen Vorsitzenden des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen gewählt. Der

bisherige Geschäftsführer der DGB-Region Nordhessen folgt auf *Gabriele Kailing*, die für das Amt nicht wieder angetreten war. *Sandro Witt* (36) wurde mit 86,2% der Delegiertenstimmen für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Die Bezirksdelegiertenkonferenz kündigte an, dass sich der DGB mit seinen Forderungen und Positionen in den Landtagswahlkampf einmischen werde. Für Rudolph und Witt ist eine gerechtere Verteilung von Vermögen für

eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen unabdingbar. „Niemand hat etwas von einer schwarzen Null im Haushalt, wenn es gleichzeitig ins Klassenzimmer regnet und Straßen gesperrt werden müssen, weil sie zu kaputt sind, um befahren zu werden, oder Personal in der öffentlichen Verwaltung fehlt“, sagte Michael Rudolph. Sandro Witt verwies auf die unsoziale Verteilung von Vermögen und die steuerpolitischen Eckpunkte des DGB, „die eine Umkehr ermöglichen“.

Als Regionsgeschäftsführer wurden *Jürgen Planert* (Südhessen), *Ulrike Eifler* (Südosthessen), *Matthias Körner* (Mittelhessen) und *Philipp Jacks* (Rhein-Main) bestätigt. Die Nachbesetzung der Stelle in der DGB-Region Nordhessen erfolgt durch den Bezirksvorstand.

X LSV startet hessenweite Schülerbefragung

Die hessische Landesschülervertretung (LSV) startete am 4. Dezember eine landesweite Befragung der Schülerinnen und Schülern ab der fünften Klasse. LSV-Sprecher *Fabian Pflume* erklärte bei der Vorstellung der Befragung, dass sich Schülerinnen und Schüler bei vielen Schulthemen „besser auskennen als jeder andere“. Schule dürfe deshalb „nicht nur für uns gemacht werden, sie muss auch von uns mitgestaltet werden“. Die Themenbereiche der Befragung reichen von Hausaufgaben und Berufsorientierung bis zu Inklusion und Demokratie. Zum Thema Mobbing und Diskriminierung wird beispielsweise gefragt, ob es an der jeweiligen Schule eine Bezugsperson als Ansprechpartner gibt. Für das Ausfüllen des Online-Fragebogens sind etwa 20 Minuten Zeit erforderlich. Die LSV bittet Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer und Tutorinnen und Tutoren, ihren Klassen oder Kursen die Teilnahme zu ermöglichen. Der Fragebogen soll während der Unterrichtszeit im Computerraum der Schule ausgefüllt werden. Dafür muss ein Link in den Browser eingegeben werden, der dann zum Fragebogen führt. Der entsprechende Link wurde den Schulleitungen und den Schülervertretungen bereits mitgeteilt. Die landesweiten Ergebnisse sollen veröffentlicht werden und in die politische Arbeit der LSV einfließen.

X GEW-Mitgliedsbeiträge: Anpassung am 1. 2. 2018

Am 1. Februar 2018 steigen die Bezüge der hessischen Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger um 2,2%. Zum selben Zeitpunkt werden die GEW-Mitgliedsbeiträge für diese Personengruppen entsprechend angehoben.

GEW-Beitragsquittung für 2017 in der nächsten E&W

Diese HLZ erscheint als Doppelnummer 1-2/2018. Im Februar erscheint keine HLZ. Der Bundeszeitschrift E&W ist dann das Jahresprogramm von lea, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt. Im Umschlag der E&W 2/2018 finden Sie dann auch die Beitragsquittung für 2017 und Ihren aktuellen GEW-Mitgliedsausweis.



Die Speak!-Studie

Erfahrungen Jugendlicher mit sexualisierter Gewalt

Das Hessische Kultusministerium hat als Bestandteil des „Hessischen Aktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt in Institutionen“ eine wissenschaftliche Untersuchung der Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern mit sexualisierter Gewalt in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse der federführend von *Sabine Maschke* und *Ludwig Stecher* verfassten Speak!-Studie wurden im Mai 2017 vorgelegt (1). Sabine Maschke ist Professorin für Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, Ludwig Stecher ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Körperliche und verbale Gewalt

Als das Studiendesign im April 2016 bekannt wurde, hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen bemängelt, dass die Studie ausschließlich an allgemeinbildenden Schulen durchgeführt werden sollte, Förderschulen somit außen vor bleiben. Dies wurde auch kritisiert aufgrund des bekannten Befundes, dass Frauen mit Behinderung deutlich häufiger Opfer sexualisierter Gewalt werden. Die methodischen Instrumente, um auch Menschen mit schweren Beeinträchtigungen zu ihrem Erleben zu befragen, seien zudem durchaus entwickelt. Inzwischen wurde eine Erweiterungsstudie an Förderschulen angekündigt, die ab 2017 durchgeführt werden soll und deren Ergebnisse hoffentlich bald vorgelegt werden.

Die Befragung der Schülerinnen und Schüler fand im Zeitraum von Mai bis Dezember 2016 an 53 repräsentativ ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in Hessen statt. Be-

fragt wurden Jugendliche in den Jahrgangsstufen 9 und 10, die sich zumeist in der Altersgruppe von 14 bis 16 Jahren befanden. Die Teilnahme war nicht verpflichtend, erfolgte somit freiwillig. Studierende der Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg, die in Zusammenarbeit mit Wildwasser Gießen auf diese Aufgabe vorbereitet wurden, führten die Befragungen vor Ort durch. Anlässlich der Vorstellung der Studie im Juni 2017 wies Professorin Maschke auf die Besonderheit der Studie hin,

„dass sie nicht nur die Perspektive der unmittelbar Betroffenen einbezieht, sondern auch die von Jugendlichen, die sexualisierte Gewalt beobachtet haben oder auch selbst ausgeübt haben“.

Die Studie ermöglige zudem eine Darstellung der Zusammenhänge von sexualisierter Gewalt und der Lebenswelt der Jugendlichen, etwa hinsichtlich der Schulfreude oder des Konsums von Pornografie. Die Studie bezieht sich mit dem verwendeten Konzept der „sexualisierten Gewalt“ auf die Soziologin *Carola Hagemann-White*, die darunter „jede Verletzung der körperlichen und seelischen Integrität einer Person, welche mit der Geschlechtlichkeit des Opfers oder Täters zusammenhängt“, versteht.

Tatort Schule

Mit 48 Prozent hat knapp die Hälfte der Befragten mindestens einmal nicht-körperliche sexualisierte Gewalt erlebt. Dabei wurden alle Erfahrungen der Befragten einbezogen, unabhängig vom Erlebenszeitpunkt. Sie reichen von sexuellen Beleidigungen bis hin zur ungewollten Veröffentlichung von intimen Fotos im Internet. Mädchen sind mit insgesamt 55 Prozent deutlich stärker betroffen als Jungen mit 40 Prozent, einzig homophobe Beleidigungen als „schwul“ oder „lesbisch“ treffen Jungen häufiger (siehe Tabelle).

Annähernd ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen hat bereits mindestens einmal Formen körperlicher sexualisierter Gewalt erfahren, auch dies gilt für Mädchen deutlich öfter: Annähernd ein Drittel der Mädchen wurde bereits „angetatscht“, drei Prozent der Mädchen gaben an, dass sie ungewünscht Geschlechtsverkehr hatten, zu dem sie gedrängt oder gezwungen wurden. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die bereits Opfer sexualisierter Gewalt wurden, steigt mit dem Alter signifikant an. Die untersuchte Altersgruppe der 14 bis 16-Jährigen befindet sich demnach in einem besonders gefährdeten Lebensalter. 70 Prozent aller Befragten geben an, bereits Formen der sexualisierten Gewalt beobachtet zu haben, das gilt mit über 50 Prozent insbesondere für verbale Formen.

Das Thema Sexualisierte Gewalt betrifft alle. Schülerinnen und Schüler machen an allen Schulformen gleichermaßen Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt. Es ist kein statistischer Zusammenhang erkennbar, dass diese bei bestimmten Bildungsgängen häufiger oder seltener vorkommt als bei anderen. Besonders alarmierend ist das Ergebnis, dass die Schule selbst oft der Ort ist, an dem sexualisierte Gewalt ausgeübt wird und entsprechende Gewalterfahrungen gemacht wer-

Erfahrungen mit nicht-körperlicher sexualisierter Gewalt

	Jungen	Mädchen
Jemand hat über mich sexuelle Kommentare, Beleidigungen, Witze oder Gespen gemacht.	25,8%	40,6%
Jemand hat mich auf eine negative Art als „schwul“ oder „lesbisch“ bezeichnet.	26,0%	12,9%
Jemand hat über mich Gerüchte sexuellen Inhalts verbreitet.	9,5%	17,1%
Jemand hat mich dazu gebracht, sein/ihr Geschlechtsteil anzusehen, obwohl ich das nicht wollte (Exhibitionismus).	3,6%	14,9%
Jemand hat mich dazu gedrängt oder gezwungen, pornografische Bilder, Zeichnungen oder Filme anzuschauen (auch auf dem Handy/Smartphone).	2,5%	6,3%
Ich wurde im Internet (z.B. in Facebook, Instagram, Snapchat usw.) sexuell angegriffen oder belästigt.	8,7%	32,7%
Jemand hat gegen meinen Willen intime Fotos oder Filme von mir ins Internet gestellt.	0,9%	2,0%

Für die Speak!-Studie wurden Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen befragt. Quelle: Maschke/Stecher 2017, S. 7-9



den. Unter den angegebenen risikoreichen Orten für nicht-körperliche sexualisierte Gewalt rangiert die Schule mit 51 Prozent an erster Stelle. Es folgt das Internet mit 44 Prozent. Hinsichtlich der körperlichen sexualisierten Gewalt werden der öffentliche Raum (49 Prozent) und Wohnungen und Partys (44 Prozent) besonders oft genannt. Die Schule wird jedoch bereits an dritter Stelle von 24 Prozent der Befragten als Ort benannt, an dem sie bereits sexualisierte körperliche Gewalt erlebt haben.

Mit diesem Befund korrespondiert, dass „die Mitschüler“, gemeint sind an dieser Stelle nur männliche Mitschüler, besonders häufig als Täter von nicht-körperlicher sexualisierter Gewalt benannt werden (36 Prozent). Bei der körperlichen sexualisierten Gewalt sind es 16 Prozent. Bei körperlicher und nicht-körperlicher sexualisierter Gewalt werden „Fremde“ am häufigsten als Täter genannt. Sabine Maschke und Ludwig

Stecher hoben unter Bezugnahme auf diese Ergebnisse im Juni als einen der wichtigsten Befunde von Speak! hervor: „Das Hauptrisiko für sexualisierte Gewalt sind andere Jugendliche, das heißt Gleichaltrige.“

Die Studie nimmt sich auch der Untersuchung von mehreren statistischen Zusammenhängen an. Da es dabei nicht möglich ist, eindeutig zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden, sprechen die Autorinnen und Autoren hier vorsichtig von „Korrelaten“. Es zeigt sich, dass die Schul- und Lernfreude bei den Opfern von sexualisierter Gewalt geringer ausfällt, auch das Sicherheitsempfinden in der Schule leidet. Das Selbstbild der Jugendlichen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, fällt deutlich negativer aus als das der Mitschülerinnen und Mitschüler ohne entsprechende Gewalterfahrungen, insbesondere wenn bereits mehrere Formen körperlicher sexualisierter Gewalt erlebt wurden.

Erfahrungen mit körperlicher sexualisierter Gewalt

	Jungen	Mädchen
Mich hat jemand gegen meinen Willen in sexueller Form am Körper berührt („angetatscht“, z.B. Po oder Brust).	5,0%	30,1%
Mich hat jemand gegen meinen Willen in sexueller Absicht geküsst.	3,5%	12,6%
Mich hat jemand gegen meinen Willen an meinem Geschlechtsteil (Scheide oder Penis) berührt.	3,6%	10,1%
Mich hat jemand gedrängt oder gezwungen, sein/ihr Geschlechtsteil (Scheide oder Penis) zu berühren.	1,7%	8,2%
Mich hat jemand gedrängt oder gezwungen, Sex mit einer anderen Person zu haben.	0,8%	1,6%
Jemand hat versucht, mich zum Geschlechtsakt zu drängen oder zu zwingen. Es ist aber nicht zum Geschlechtsverkehr gekommen.	1,4%	10,8%
Jemand hat mich zum Geschlechtsverkehr gedrängt oder gezwungen. (Es ist zum Geschlechtsverkehr gekommen.)	0,3%	3,0%
Mich hat jemand gedrängt oder gezwungen, mich auszuziehen (ganz nackt oder teilweise).	1,0%	6,9%
Mich hat jemand zu Nacktaufnahmen (gemeint sind auch pornografische Aufnahmen) gedrängt oder gezwungen.	0,6%	5,5%

Für die Speak!-Studie wurden Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen befragt. Quelle: Maschke/Stecher 2017, S. 7-9

Orientierung an Porno-Inhalten

Näher untersucht wurde auch der Konsum von Pornographie: 32 Prozent der Schülerinnen und 34 Prozent der Schüler gaben an, bereits ein- oder zweimal Pornographie konsumiert zu haben. 48 Prozent der Schüler bekundeten, das öfter zu tun, unter den Schülerinnen gilt das nur für acht Prozent. In der Studie wurden auch jugendliche „Aggressoren“ identifiziert, also Befragte, die eingestanden, bereits Formen sexualisierter Gewalt ausgeübt zu haben. Diese Gruppe konsumiert signifikant häufiger pornographische Inhalte.

Dieser Befund belegt nicht zwingend eine entsprechende Ursache-Wirkung-Beziehung, doch zeigen weitere Ergebnisse, dass es zumindest eine Gruppe mit einem problematischen Konsumverhalten gibt: Unter den Jugendlichen, die häufig, nämlich fast täglich, Pornos anschauen, sagten 40 Prozent, dass sie dabei „viel über Sexualität lernen“ können. Bei den Jugendlichen, die nur selten Pornos anschauen, liegt der Anteil bei „nur“ 25 Prozent. Ein Viertel der ersten Gruppe bemerkte, dass sie nur noch die Körper schön finden, die sie in Pornos sehen. 13 Prozent merken nach eigenen Angaben, dass sie immer mehr Pornos brauchen. Es gibt demnach einen relevanten Anteil der männlichen Schüler, die Anzeichen eines Suchtverhaltens aufweisen und deren Vorstellungen von Sexualität und Körperlichkeit durch den exzessiven Konsum von Pornographie mitbestimmt werden.

Roman George

(1) Sabine Maschke/Ludwig Stecher: Speak! Die Studie. Sexualisierte Gewalt in der Erfahrung Jugendlicher. Öffentlicher Kurzbericht, Mai 2017. <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/speak-studie-hauptrisiko-sind-gleichaltrige>

Handeln ist angesagt!

Zum Umgang mit sexuellen Gewalterfahrungen Jugendlicher

Sexuelle Gewalt ist im Leben Jugendlicher weit verbreitet. Das zeigen die Ergebnisse der Studie *Speak!* (HLZ S.6-7). Fast die Hälfte (48%) der befragten 14- bis 16-Jährigen in Hessen hat Erfahrungen mit *nicht-körperlichen* Formen sexueller Gewalt (z.B. verbale sexuelle Beleidigungen, sexuelle Belästigung im Internet etc.) und fast ein Viertel (23%) erlebte bislang mindestens einmal im Leben *körperliche* sexuelle Gewalt in Form von „Antatschen“, gegen den Willen geküsst oder am Geschlechtsteil berührt werden. Die meisten Betroffenen machen solche Erfahrungen wiederholt und erleben oft mehr als eine Form. Mädchen sind einem besonders hohen Risiko ausgesetzt. Heranwachsende erleben in der Mehrheit der Fälle sexuelle Gewalt durch Gleichaltrige. Bei nicht-körperlicher sexueller Gewalt wird die Schule von gut 50% der Jugendlichen als Tatort angegeben (vor allem das Klassenzimmer und der Pausenhof). Weitere risikoreiche Orte sind das Internet (44%) und der öffentliche Raum (41%), die Party oder eine andere Wohnung (22%) und auch das eigene Zuhause (15%). Bei körperlicher sexueller Gewalt ist die Reihenfolge der riskanten Orte eine andere: An erster Stelle steht hier mit 49% der öffentliche Raum (Straße, Bahnhof oder Plätze), es folgen Party oder eine andere Wohnung (44%), die Schule (24%) und das eigene Zuhause (9%) (1).

Jugendliche sind aber nicht nur unmittelbar von sexueller Gewalt betroffen, sondern erfahren diese auch mittelbar. 70% aller befragten Jugendlichen haben sexuelle Gewalt mindestens einmal beobachtet und ein gutes Drittel (38%) hat außerdem von sexueller Gewalt im persönlichen Umfeld gehört. 28% geben an, dass sie selbst mindestens einmal etwas getan haben, das mit sexueller Gewalt zu tun hat.

Schule als soziale Arena und als Tatort

Jugendliche sind Tag für Tag in der Schule beisammen. Die Schule ist ein bedeutsamer Sozialisationsraum, der das Aufwachsen von der Kindheit bis zum Jugendalter begleitet. Im schulischen Kontext spielen die Peers – die Gleichaltrigen – für Kinder und Jugendliche eine kaum zu überschätzende Rolle. In der Studie *Jugend.Leben* (2) wurde deutlich, dass es für fast 80% der Kinder und Jugendlichen im Alter von

10 bis 18 Jahren zu den positiven Seiten von Schule zählt, dass sie dort vor allem ihre Freunde treffen. Schule ist eine Art „soziale Arena“; hier trifft man sich, tauscht sich aus und ist unter sich. Dies hat sich in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten noch verstärkt. Mit Blick auf die Verbreitung sexueller Gewalt ist Schule ein Ort, an dem sexuelle Gewalt (vor allem nicht-körperliche) von einer nicht unerheblichen Zahl von Heranwachsenden durch andere Gleichaltrige erlebt wird. Außerdem wird sexuelle Gewalt von einer großen Zahl der Befragten beobachtet. Darunter leidet das Sicherheitsempfinden der Jugendlichen. Insgesamt können wir Schule – in diesem Sinne betrachtet – als einen Risikort ansehen. Andererseits erreicht Schule alle jungen Menschen und kann zudem auch eine große Zahl an Eltern einbeziehen. Darin liegt die Chance der Schule, präventiv gegen sexuelle Gewalt wirken zu können. Dabei sollte sich die Präventionsarbeit nicht nur auf die Gewaltformen konzentrieren, die Schule als „Tatort“ ausmachen. Im Fokus präventiver Arbeit sollten alle jugendtypischen sexuellen Gewaltformen und -kontexte stehen wie sexuelle Gewalt in ersten sexuellen Beziehungen bzw. Teenagerbeziehungen und im Internet oder die Wirkungen von Pornografie.

Was können wir als Erwachsene, Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrkräfte und Eltern tun, um sexueller Gewalt entgegenzuwirken? Zum einen ist es wichtig, Kinder und Jugendliche in ihrer (potenziellen) Verletzlichkeit wahrzunehmen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, zum anderen aber dem Bedürfnis der Heranwachsenden nach Freiraum, Eigengestaltung und Mitwirkung nachzukommen. Jugendliche haben besondere Ressourcen und Kompetenzen, die es einzubinden und zu stärken gilt. Deshalb sind ein partizipatives Vorgehen und der gleichberechtigte Einbezug jugendlicher wie erwachsener Akteure in die Entwicklung von präventiven Maßnahmen notwendig.

Gelingensfaktoren für Prävention

Im Folgenden geht es nicht darum, „Rezepte“ für Prävention an die Hand zu geben, sondern einige Ziele und mögliche Gelingensfaktoren für Prävention zu benennen. Um Jugendliche vor Viktimisierung und vor Täterschaft zu schützen, sind – allgemein formuliert – Maßnahmen notwendig, die darauf abzielen,

- alle Beteiligten für das Thema Sexuelle Gewalt zu sensibilisieren,
- einen sensiblen Umgang mit Sprache zu vermitteln,
- Rechte, Handlungskompetenzen und Wissen über sexuelle Gewalt zu vermitteln und
- die Wahrnehmung von Grenzen zu fördern.

Gerade mit Blick auf Lehrkräfte ist die Stärkung einer „pädagogischen Grundhaltung“ gegen sexuelle Gewalt ein bedeutsames Ziel (3). Aus den Ergebnissen der Studie *Speak!* lassen sich dazu die folgenden konkreteren Überlegungen ableiten:

- In großer Mehrheit geht sexuelle Gewalt von gleichaltrigen Täterinnen und Tätern aus. Der präventive Fokus sollte

„Let's talk about Porno“

Unterrichtsmaterialien zur Sexualisierung jugendlicher Lebenswelten durch das Internet und die dort zugänglichen Porno-Seiten, Foren und Chats sind noch rar gesät. Auf der Seite der Initiative *Klicksafe* findet man das 2011 erstellte Dossier „Pubertät 2.0 – Aufwachsen in sexualisierten Lebenswelten“ und die Broschüre „Let's talk about Porno“ mit Materialien für Schule und Jugendarbeit. www.klicksafe.de bietet auch Unterrichtsmaterial zum Thema Cybermobbing und zur strafbaren Kontaktaufnahme mit Kindern und Jugendlichen.

- Webadresse von *Klicksafe*: www.klicksafe.de; Kurzlink zum Schülerheft: <http://bit.ly/2jn8p0u>

neben sexuellem Missbrauch von erwachsenen Täterinnen und Tätern gegenüber Kindern und Jugendlichen auch auf sexuelle Gewalt Peer to Peer im schulischen und außerschulischen Kontext hin ausgeweitet werden.

- Die Peers können einerseits als Gruppe angesehen werden, von der ein hohes Risiko für sexuelle Gewalthandlungen ausgeht. Andererseits bietet die Gruppe aber auch eine immense emotionale Unterstützung auf Augenhöhe, wenn Peers sexuelle Gewalt erlebt haben. Über 80% der Jugendlichen, die über ihre sexuellen Gewalterfahrungen sprechen, tun dies mit gleichaltrigen Freunden und Freundinnen. Diese Kompetenz gilt es weiter zu stärken, im Sinne eines „Peers for Peers“, das heißt also einer Einbeziehung der Gleichaltrigen in die Präventionsarbeit.

- Vor allem in der Familie, aber auch in der Schule ist das Thema Sexuelle Gewalt zu wenig präsent. Über die Hälfte der Befragten (59%) spricht mit den Eltern „nie“ über sexuelle Gewalt, knapp die Hälfte (47%) spricht nach eigenen Angaben auch nie im Unterricht darüber. Die Befragungen in der Studie *Speak!* zeigen jedoch, dass die Heranwachsenden eine Auseinandersetzung mit diesem Thema wünschen, dass sie Orientierung, Hilfe und Unterstützung suchen. Erwachsene Bezugspersonen sollten verstärkt zu verantwortlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern werden, die Sicherheit geben. Oder in den Worten einer Befragten:

„Es muss mehr offen darüber gesprochen werden -> Medien, Schule, etc. Es sollte keinem peinlich sein. Solche Befragungen sind wichtig, um den Menschen, Opfern, besser helfen zu können – Macht weiter so!“

- Jugendliche haben ein großes Interesse an den Themen Sexuelle Gewalt, Sexualität oder Partnerschaft, weil sie Teil ihrer Erfahrungs- und Lebensrealität sind. Hierin liegt die biografische und lebensweltliche Anschlussfähigkeit für die Gestaltung von Settings, in denen Prävention nachhaltig gelingen kann.

- Entwicklungs- und Alterssensibilität sind wichtige Stichworte der Präventionsarbeit. Wir konnten zeigen, dass ein starker Anstieg des Risikos, sexuelle Gewalt zu erfahren, um das 12. Lebensjahr einsetzt. Der Beginn der Pubertät ist also ein guter Startpunkt für Prävention. Die Themen müssen für die Jugendlichen interessant und biografisch relevant sein und dürfen nicht verunsichern. Die Thematisierung von Gewalt in der Partnerschaft macht deshalb in einem früheren Alter nur wenig Sinn. Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen kann hingegen nicht früh genug beginnen.

- Das Thema Pornografie sollte ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit sein. *Speak!* zeigt, dass Jungen zu einem deutlich höheren Anteil Pornos konsumieren als Mädchen. Auch der Anteil der „Heavy User“, die mehr als viermal in der Woche Pornos konsumieren, ist bei den Jungen besonders hoch. Dieser dauerhafte Konsum von Pornografie hat einen „Gewöhnungseffekt“. Zudem gehören Jugendliche, die öfter Pornos schauen, signifikant häufiger als andere Jugendliche zu denen, die selbst sexuelle Gewalt ausüben.

- Ein nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen erlebt sexuelle Gewalt in (ersten) intimen Beziehungen und durch aktuelle oder ehemalige Partnerinnen und Partner. Prävention muss deshalb Haltungen fördern, die auf ein partnerschaftliches und faires Verstehen, Abstimmen oder Aushandeln und auf eindeutige Kommunikation über sexuelle Absichten abzielen. Nur so können Jugendliche positive sexuelle Erfahrungen gewinnen.



Die Studie „Speak!“ wurde am 8. Juni 2017 in Wiesbaden vorgestellt. Auf dem Foto von links nach rechts: Prof. Dr. Sabine Maschke, Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz, Pressesprecher Stefan Löwer und Prof. Dr. Ludwig Stecher

(Foto: Hessisches Kultusministerium)

Pornokonsum und Belästigung im Internet

Speak! zeigt auch, dass auch das Internet ein zentrales Erfahrungsfeld für nicht-körperliche sexuelle Gewalthandlungen ist. Insgesamt hat ein Fünftel der Jugendlichen bereits mindestens einmal sexuelle Anmache im Internet erlebt. Mädchen werden mit 33% besonders häufig im Internet sexuell belästigt. Um hier präventiv wirken zu können, und zwar ohne „erhobenen Zeigefinger“, müssen sich pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Eltern und Jugendliche verstärkt mit (jugendspezifischer) Sexualität befassen und Reflexions- und Urteilskompetenz im Umgang mit Medien erwerben.

Eine einzelne Maßnahme bietet keinen ausreichenden Schutz vor sexueller Gewalt und stellt auch keine umfassende Prävention dar. Anzustreben ist vielmehr eine Kombination verschiedener Vorgehensweisen, um eine starke präventive Kraft im schulischen Kontext und darüber hinaus entfalten zu können.

Sabine Maschke und Ludwig Stecher

Professorin Dr. Sabine Maschke ist Erziehungswissenschaftlerin an der Philipps-Universität Marburg, Professor Dr. Ludwig Stecher hat eine Professur für empirische Bildungsforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie waren federführend für die Durchführung und Auswertung der Studie *Speak!* verantwortlich. Eine wissenschaftliche Darstellung erscheint in Kürze im Beltz Verlag.

- (1) S. Maschke und L. Stecher (im Erscheinen). Sexuelle Gewalt: Erfahrungen Jugendlicher heute. Weinheim und Basel: Beltz 2018
- (2) S. Maschke, L. Stecher, T. Coelen, J. Ecarius und F. Gusinde. Appolately smart: Die Studie Jugend.Leben. Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2013
- (3) M. Wolff. Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch Professionelle in Institutionen: Perspektiven der Prävention durch Schutzkonzepte. In: K. Böllert & M. Wazlawik (Hrsg.), Sexualisierte Gewalt: Institutionelle und professionelle Herausforderungen (S. 95–109). Wiesbaden: Springer VS 2014, S. 102



Texting + Sex = Sexting

Erotische Selfies zwischen Flirt und Cybermobbing

„Liebe ist ein Glas, das zerbricht, wenn man es zu unsicher oder zu fest fasst.“ So lautet ein russisches Sprichwort und man könnte beim Lesen die Augen schließen und sich an die eigene Jugendzeit erinnern. Wie war die Zeit der Pubertät? Wie wichtig war das eigene Aussehen? Welche Bedeutung hatten Freundinnen und Freunde? Und wie kam es zum ersten Geschlechtsverkehr? Die Pubertät ist eine Phase des Umbruchs, des Austestens von Grenzen, der sexuellen Identitätsfindung, eine magische Zeit, in der Freud und Leid oft dicht beieinanderliegen. Die altersspezifischen Entwicklungsschritte lassen sich auch im Sexting wiederfinden.

Sexting, zusammengesetzt aus „Texting“ und „Sex“, ist eine Spielart des Selfies. Dabei geht es um das Versenden und Empfangen von selbst erstellten Nacktbildern und Videos. Nichts zu tun hat es mit dem Versenden anonymer, nicht selbst produzierter pornografischer Darstellungen.

Für den pädagogischen Umgang mit Sexting ist es sinnvoll, die persönlichen sexuellen Erfahrungen und die eigene Haltung zu reflektieren. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Mediennutzung, Wissen um das Thema Sexting sowie Neugier und Offenheit für die Lebenswelt von Jugendlichen bieten dafür die Basis.

Sexting im Alltag von Jugendlichen

Online-Kommunikation ist ein zentraler Bestandteil der Lebenswelt Jugendlicher. Hierzu nutzen sie verschiedene Plattformen, um text- und bildbasierte Nachrichten zu versenden. Nach der aktuellen JIM-Studie 2017 (1) steht WhatsApp mit weitem Abstand an der Spitze, 94% der 12- bis 19-Jährigen nutzen diesen Kommunikationsdienst mindestens mehrmals pro Woche, Instagram kommt auf 57%, Snapchat auf 49%. Die „dienstälteste“ Plattform Facebook wird nur noch von einem Viertel der Jugendlichen regelmäßig genutzt.

Nach einer österreichischen Studie aus dem Jahr 2015 (2) kennt die Hälfte der 500 befragten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren jemanden, der oder die bereits Nacktaufnahmen von sich selbst an andere verschickt hat. Ein Drittel hat selbst schon Fotos oder Videos erhalten, auf denen Personen nackt oder fast nackt abgebildet waren. 16% der Jugendlichen gaben an, schon einmal freizügige Aufnahmen von sich selbst erstellt und diese dann meistens auch versandt zu haben. Sexting ist also ein häufiger Ausdruck des Beziehungs- und Sexuallebens junger Menschen. Aber auch Erwachsene sollten den eigenen Umgang mit Bildmaterial reflektieren:

- Wer hat schon mal ein Foto einer anderen Person verschickt, ohne sie vorher zu fragen?
- Wer hat Bilder des eigenen Kindes verschickt?

Auch wenn verschickte Bilder und Videos keine sexuellen Inhalte haben, gehen Erwachsene oft selbst recht sorglos mit den Persönlichkeitsrechten anderer Menschen um.

Die Ilmenauer Medienpsychologin Professorin Nicola Döring vergleicht die Funktion von Sexting-Botschaften mit der von Liebesbriefen (3). Sie finden meist in sexuellen Beziehungen statt und sollen Vertrauen aufbauen oder eine Be-

ziehung festigen. Das Foto oder der Clip fungiert dabei als symbolisches Geschenk und kann deshalb auch der Anbahnung einer neuen Paarbeziehung oder einem unverbindlichen Flirt dienen. Sexting ist eine Form, sexuelle Identität zu erlangen, ohne die Gefahr, schwanger zu werden oder sich mit einer Geschlechtskrankheit anzustecken. Provokant ausgedrückt ist Sexting – zumindest physisch – *Safer Sex* und für die Beteiligten in der Regel überwiegend mit positiven Erfahrungen verknüpft.

Die größte Gefahr liegt in der möglichen ungewollten Veröffentlichung freizügiger Fotos oder Videos durch verletzte Ex-Partnerinnen und Ex-Partner, gezieltes Mobbing oder unbedachte Späße. Ein Bild oder ein Film, die an nicht umsichtige Adressatinnen und Adressaten versandt wurden, können für das Opfer zu herbem Reputationsverlust und andauerndem Mobbing führen. Bezugspersonen wie Freundinnen, Freunde, Eltern oder Lehrkräfte reagieren mit Schuldzuweisungen: „Wie kann man nur so dumm sein, solche Bilder zu verschicken? Selbst schuld.“ Dieses *Victim Blaming* verhindert Mitgefühl und fördert die Beteiligung an Ausgrenzung durch Lästern oder stetiges Weiterleiten der Sexting-Botschaften. Dazu kommen die Sprengung der Raum-Zeit-Dimension (Einmal im Netz – immer im Netz) und psychosoziale Folgen: Scham, Schulangst, sozialer Rückzug, Depression bis hin zum Suizid.

Nicola Döring macht die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Sexting an den Erwartungen an die Mädchen fest: Diese sollen sich sexuell attraktiv präsentieren und gleichzeitig wird von ihnen „weibliche“ Zurückhaltung verlangt. Ein offensiv sexuelles Verhalten gilt als „billig“ und „schlampig“ und führt zu sozialer Stigmatisierung, gerade unter Mädchen. Auch wenn der Inhalt von Sexting-Bildern meist weniger freizügig ist als das, was im Schwimmbad zu sehen wäre: Die Existenz des selbst erstellten Fotos macht aktives sexuelles Handeln von Mädchen sichtbar und lässt sich leicht skandalisieren. Ein sexy Posing-Foto kann – so Döring – einen Jungen nicht im selben Maße bei seinen Peers kompromittieren wie ein Mädchen. Jungen reagieren ambivalent: Sie zeigen sich interessiert und gleichzeitig werten sie die Mädchen ab, die solche Fotos von sich machen lassen und damit nicht der Norm femininer sexueller Zurückhaltung entsprechen.

Empfehlungen für Safer Sexting

Es hilft wenig, Jugendlichen allgemein nahezulegen, nie freizügige Bilder oder Videos zu versenden. Das ist vermutlich ebenso nutzlos wie der Hinweis, sie sollten nichts Persönliches ins Netz stellen. Doch wie lassen sich die Gefahren minimieren? Nicola Döring formuliert sechs Empfehlungen (4):

- **Einvernehmliches Sexting unter Jugendlichen ebenso wie einvernehmlichen Sex akzeptieren:** Wenn einvernehmliches Sexting unter Jugendlichen als normaler Bestandteil des Erwachsenwerdens anerkannt wird, ist es für Pädagoginnen und Pädagogen auch möglich, bei Bedarf Details des „Safer Sexting“ zu besprechen.

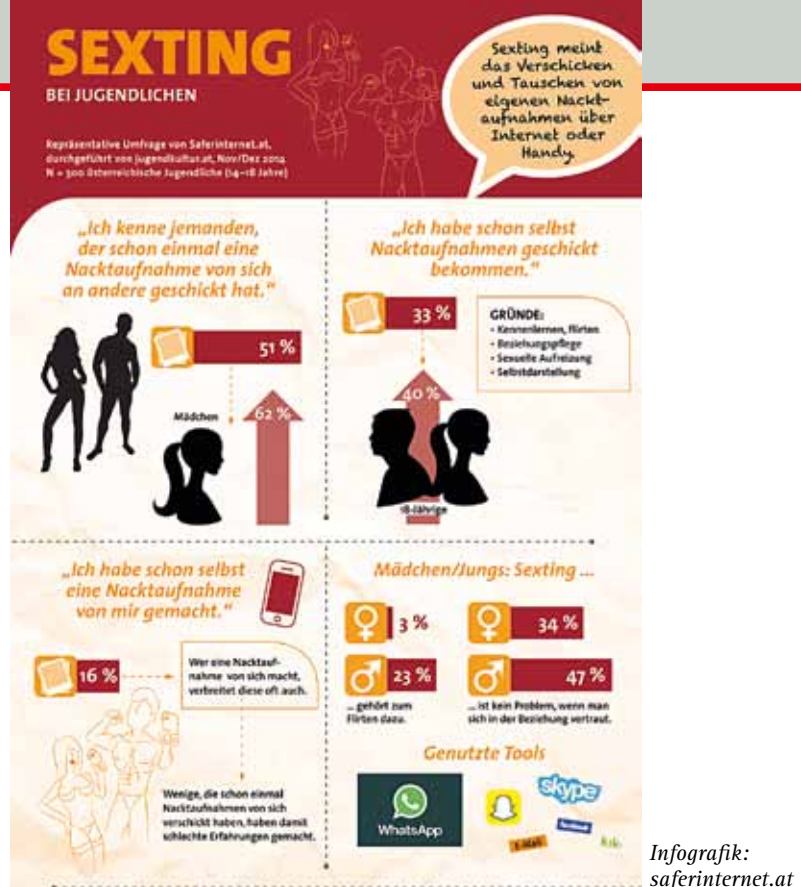
- **Nicht-einvernehmliches Weiterleiten bloßstellender Bilder als Problem fokussieren:** Das eigentliche Vergehen ist nicht das Sexting, sondern das Herumzeigen und Weiterleiten privater Fotos ohne Einverständnis der abgebildeten Personen. Pädagoginnen und Pädagogen sollten thematisieren, dass es sich dabei nicht um einen „lustigen Streich“ handelt und dass es eine Frage der Ehre ist, sich nicht daran zu beteiligen, sondern sogar dagegen vorzugehen.
- **Unterstützung für Mobbing-Opfer durch Peers, Erwachsene und Institutionen verbessern:** Wenn Sexting nicht mehr tabuisiert wird, können sich die von ungewollter Fotoweitergabe betroffenen Opfer hilfesuchend an Eltern und Lehrkräfte wenden, ohne befürchten zu müssen, selbst beschuldigt und bestraft zu werden.
- **Sexueller Doppelmoral und Verunglimpfung von sexuell aktiven Mädchen als „Schlampen“ entgegenwirken:** In Elternhaus und Schule sollten dysfunktionale sexuelle Scripts über den „Trieb“ der Jungen und den „Ruf“ der Mädchen hinterfragt werden (5).
- **Ausdrückliches Einverständnis als Richtschnur jeglichen sexuellen Handelns besser verankern und dabei die Jungen stärker in die Pflicht nehmen:** Das Einüben des Konsensprinzips, das Erkennen und Respektieren von Grenzen sind wichtige Erziehungsaufgaben.
- **Foto-Missbrauch in einer sozialen Gruppe als Symptom grundlegenderer Konflikte behandeln:** Sexting darf nicht auf den „falschen Umgang“ mit dem Smartphone reduziert werden, vielmehr müssen Probleme der Klassengemeinschaft näher beleuchtet werden: Mobbing, Sexismus, fehlende Unterstützung von Seiten der Peers und der Erwachsenen oder fehlende Sensibilisierung für Privatsphäre. Programme wie Soziales Lernen, Lions-Quest, Klassenrat oder der *No Blame Approach* fördern das soziale Klima in der Klasse und die Ich-Stärkung der Jugendlichen (6).

Peer-to-Peer-Empfehlungen

Auch Jugendliche geben sich untereinander Ratschläge für sicheres Sexting. Döring nennt acht Kriterien, die in Jugendforen immer wieder auftauchen:

- Mach nur beim Sexting mit, wenn du es wirklich willst.
- Betreibe Sexting nur mit einer verantwortungsvollen Person, die du gut kennst.
- Betreibe Sexting nicht einseitig, indem nur du Bilder schickst, sondern wechselseitig.
- Anstelle von sexuell sehr eindeutigen Fotos oder Nacktbildern kannst du im Zweifelsfall Unterwäsche- oder Badehosen- oder Bikini-Fotos nehmen.
- Sexting-Bilder können anonymisiert werden, indem du einen Ausschnitt wählst, auf dem dein Gesicht oder andere identifizierende Merkmale nicht zu sehen sind.
- Wenn du Fotos verschenken möchtest, dann vielleicht lieber professionelle Aktfotos vom Fotografen. Die sehen auf jeden Fall ästhetisch und nicht „billig“ aus.
- Niemand darf ohne dein ausdrückliches Einverständnis Bilder von dir machen oder Bilder, die du selbst gemacht hast, weiterverbreiten. Das ist eine Straftat.
- Stehe zu dem, was du gemacht hast und zu deinem Körper. Du hast nichts falsch gemacht. Schämen sollten sich diejenigen, die Fotos weiterleiten und andere mobben.

Peer-to-Peer-Empfehlungen haben einen höheren Wirkungsgrad als die von Pädagoginnen und Pädagogen. Im



Unterricht könnte man deshalb die Tipps von den Jugendlichen selbst erarbeiten lassen.

Lehrkräfte, die von jungen Menschen angesprochen werden, sollten Vorwürfe vermeiden und diese Botschaft vermitteln: „Es ist nicht immer leicht, sich selbst zu schützen. Wenn es dir nicht gelungen ist, ist das nicht deine Schuld!“ Nicht die sexy Selbstdarstellung ist zu verurteilen, sondern das, was damit passiert ist, nämlich die Verbreitung durch andere.

Zum Abschluss noch einmal zurück zu dem zitierten Sprichwort: Auch Sexting ist wie ein Glas, das zerbrechen kann. Eine Garantie für die Sicherheit des Glases gibt es nicht, aber es können Wege aufgezeigt werden, wie das Glas von allen Beteiligten achtsam gehalten werden kann.

Nikola Poitzmann

Nikola Poitzmann ist Themenbeauftragte für Sexualisierte Gewalt im Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen des Hessischen Kultusministeriums, Fachkraft zur Prävention und Intervention bei sexueller Gewalt (inmedio) und Lehrerin an der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule Darmstadt. Hinweise auf ihre Fortbildungsangebote bei lea findet man in dieser HLZ auf Seite 13.

- (1) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hg.): JIM 2017. Jugend, Information, (Multi-)Media Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland, Stuttgart 2017.
- (2) Saferinternet.at (Hg.): Sexting in der Lebenswelt von Jugendlichen (2015), <https://www.saferinternet.at>
- (3) Döring, Nicola: Erotischer Fotoaustausch unter Jugendlichen: Verbreitung, Funktionen und Folgen des Sexting. Zeitschrift für Sexualforschung, 25 (1), 4-25, Stuttgart 2012.
- (4) Döring, Nicola: Sexting. Aktueller Forschungsstand und Schlussfolgerungen für die Praxis. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Gewalt im Netz. Sexting, Cybermobbing & Co. (S.15-43), Berlin 2015.
- (5) Materialien zur Reflexion über den Einfluss von Werbung findet man u.a. auf der Seite von Pinkstinks (<https://pinkstinks.de>).
- (6) Angebote finden sich beim Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen: <http://gud.bildung.hessen.de>



Lehrplan Sexualerziehung

Demokratieerziehung und Gewaltprävention

Seit seiner Veröffentlichung im Sommer 2016 schüren die Gegnerinnen und Gegner des neuen hessischen Lehrplans zur Sexualerziehung Unsicherheit und Angst (HLZ 11/2016). Gruppierungen im Umfeld der Initiative „Demo für alle“ warnen vor einer „indoktrinierenden Sexualerziehung“ und einem „verfassungswidrigen Einfordern von Akzeptanz“. Die AfD hat die Warnungen vor der „Genderisierung“ der Schulen und einer „Frühsexualisierung“ der Kinder in ihr politisches Vokabular übernommen. Wenn die AfD und andere von der Gefahr einer „Frühsexualisierung“ sprechen, meinen sie allerdings weder die Modelshows von Heidi Klum, deren Modekollektion auch schon mal Highheels für dreijährige Mädchen anbot, noch die sexuell aufgeladenen Scripted-Reality-Sendungen der privaten Fernsehsender, sondern die Bemühungen, in einem Lehrplan Grundsätze für eine altersgerechte Sexualerziehung zu entwickeln und die Fragen und die Lebenswelten der Kinder aufzugreifen. Und wenn die AfD fordert, „die Familie in Schulbüchern positiv und realitätsnah darzustellen“, dann meint sie damit eben ausschließlich als einziges „Ideal“ die Ehe mit „Mutter-Vater-Kind-Beziehung“ und degradiert die vielen anderen Familienkonstellationen, die ebenfalls gut und respektabel sind. Auch Kinder in Regenbogenfamilien oder „Scheidungskinder“ können wohl behütet zu guten Menschen heranwachsen. Für eine pauschale „bessere“ oder „schlechtere“ Einstufung ist in unserer Welt vielfältiger Lebenskonzepte kein Platz. Vielmehr geht es um ein gegenseitiges Wertschätzen und Respektieren. Extreme „Traditionalisten“, die auf ein übertrieben eng gefasstes Elternrecht pochen und eine bildungspolitische Aufgabe zur Sexualerziehung an Schulen kategorisch verneinen, ignorieren die traurige Realität, dass sexuelle Gewalt am häufigsten innerhalb der engsten Familie stattfindet. Und sie verschließen die Augen vor überforderten Eltern, die Kinder und Jugendliche ungeschützt den pornografischen und gewaltverherrlichenden Seiten des Internets überlassen. Die HLZ fragte Heiko Rohde, der beim GEW-Bildungswerk lea Fortbildungen zum neuen Lehrplan Sexualerziehung anbietet (HLZ S.13), wie er die Kritik an dem Lehrplan und dessen Umsetzung beurteilt. Die harten Worte und aggressiven Vorgehensweisen der Gegner_innen des Lehrplans erfüllen aus meiner Sicht die Kriterien des Populismus, den der Präsident des Bundesverfassungsgerichts *Voskuhle* unter anderem mit der Anmaßung eines Fundamentalanspruchs und der Behauptung, man repräsentiere „den Volkswillen“, in Verbindung bringt (FAZ 23.11.2017). Ein solcher Populismus ist oft ein Nährboden für Polarisierung und mündet oft genug in Gewalt. Doch statt einem solchen Populismus durch eine konsequente Umsetzung des Lehrplans Sexualerziehung entgegenzutreten, meiden viele Lehrkräfte und Schulleitungen das Thema, aus eigener Unsicherheit und Angst, etwas falsch zu machen. Das führt zu einer Situation, als hätte es diesen Lehrplan und die damit verbundenen Verpflichtungen zur Entwicklung schulinterner Vereinbarungen nie gegeben, und lässt die Chancen zur Demokratieerziehung und Gewaltprävention, die er bietet, ungenutzt.

Der in den Aufrufen der „Demo für alle“ erhobene Vorwurf, der Lehrplan verstoße „gegen das Indoktrinationsverbot“, ignoriere „die natürlichen Schamgrenzen bei den Kindern“ und sei somit ein „Angriff auf unsere Kinder“, entbehrt

bei genauer Lektüre jeder Grundlage. Der Lehrplan ist im Gegenteil im Wesentlichen dem Kindeswohl und der Abwehr von Gewalt verpflichtet:

„Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie gemäß Art. 6 Grundgesetz vermitteln. Entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist bei der Sexualerziehung Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber verschiedenen Wertvorstellungen zu beachten und jede einseitige Beeinflussung zu vermeiden.“

Lehrkräfte sind ausdrücklich verpflichtet, auf die Privatsphäre der Familie Rücksicht zu nehmen und in enger Kooperation mit den Eltern das „Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen“ zu entwickeln.

In diesem Sinne ist der Lehrplan auch und gerade Demokratieerziehung und somit das beste Mittel der Gewaltprävention. Demokratieerziehung setzt auf verbale Auseinandersetzungen und vermittelt Kindern und Jugendlichen, dass nicht das Recht des körperlich Stärkeren oder Lauteren zählt, sondern das durch sachliche Argumente belegte moralische Recht, das auch dem Gegenüber Respekt und Wertschätzung entgegenbringt. Vielfalt und Anderssein werden dabei nicht nur toleriert, also hingenommen, sondern möglichst auch akzeptiert und damit selbstverständlich wertgeschätzt.

Die Grenzen der Toleranz und Akzeptanz liegen im Umgang mit der auf Ausschluss (oder gar auf „Vernichtung“) ausgerichteten Intoleranz, die ihr Handeln dann oft genug mit dem

GEW vermisst klare Haltung

Im Februar 2017 schloss sich Hessen der bundesweiten Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ an, die vom Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs ins Leben gerufen wurde. Sie soll Schulleitungen und Kollegien ermutigen, sich mit dem Thema „auseinandersetzen und schulbezogene Schutzkonzepte zu entwickeln“. Auch bei der Vorstellung der SPEAK-Studie zur sexualisierten Gewalt unter Gleichaltrigen (HLZ S.6ff.) bekräftigte Kultusminister *Lorz* sein Ziel, „dass sexualisierte Gewalt für Jugendliche künftig wieder seltener zur persönlichen Erfahrung wird und stattdessen der wertschätzende und diskriminierungsfreie Umgang miteinander gestärkt und gefördert wird“. Diese klare Haltung vermisste die GEW allerdings im Umgang mit dem ehemaligen Schulleiter *Ulrich Vormwald*, der als kommissarischer Schulleiter der Kreisrealschule Bad Orb in den Jahren 2000 bis 2002 dem Vorwurf sexueller Übergriffe durch Lehrkräfte der Schule nachgegangen war und danach vom Hessischen Kultusministerium (HKM) „hin- und hergeschoben und schikaniert“ wurde (HLZ 11/2017).

Einsatz von Gewalt zu rechtfertigen versucht. Um der Intoleranz zu widerstehen, bedarf es einer Bildung, die Wert auf sensible Rücksichtnahme legt, aber auch auf klare Kenntnis der Rechte der von Gewalt betroffenen Person(en). Dazu gilt es eine Schulumatmosphäre zu schaffen, in der jedwede Form von Gewalt nicht mehr „übersehen“ oder „überhört“ wird. Genau das ist der Auftrag des Lehrplans. Er ruft damit alle Beteiligten dazu auf, ein hohes Maß an Mut und Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu entwickeln.

Gegen Missbrauch und sexuelle Gewalt

Schule ergänzt das Elternhaus. Sie ist dem Kindeswohl verpflichtet, das in Hessen jetzt Verfassungsrang bekommen soll. Sie darf zu Gewalt im häuslichen oder schulischen Kontext nicht schweigen. Der Lehrplan Sexualerziehung setzt bereits bei den 6- bis 9-Jährigen an, die den Kindergarten verlassen und mit dem Eintritt in die Schule immer größere Selbstständigkeit erlangen. Ähnlich wie bei der Erziehung im Straßenverkehr kommt die Schule ergänzend zum Elternhaus einem Bildungsauftrag nach. Schon die jüngsten Schüler_innen sollen auch in der Schule lernen, durch ein klares „Nein“ im Sagen und Handeln „sexuellem Missbrauch und sexualisierter Gewalt in Schule, Familie und Arbeitswelt“ selbstbewusst und entschlossen entgegenzutreten.

Der Schutz vor Missbrauch und Gewalt ist ein roter Faden des Lehrplans, der unter anderem folgende Inhalte vorsieht: „Ich sage NEIN – Prävention sexuellen Missbrauchs“ (Altersgruppe 6-10), „Prävention sexuellen Missbrauchs“ (Altersgruppe 10-12), „Prävention von sexuellem Missbrauch und sexualisierter Gewalt in Schule, Familie und Arbeitswelt; Kenntnis der Hilfs- und Unterstützungsangebote“ (Altersgruppe 13-16), „Sexuelle Belästigung, sexueller Übergriff am Arbeitsplatz/in der Schule – Hilfsangebote“ (Altersgruppe 16-19).

Statt diese Lernziele mit dem Begriff der „Frühsexualisierung“ zu belegen und gleichzeitig vor Gewalt und Missbrauch in Familien die Augen zu schließen, sollten alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Hier gilt es, miteinander ins Gespräch zu kommen, Konzepte für die Fortbildung von Lehrkräften und Eltern und für die Kooperation zwischen

Fortbildungsangebote bei lea

Ein sicherer Ort – Entwicklung von Schutzkonzepten gegen sexuelle Übergriffe und Gewalt

Frankfurt, Dienstag, 23.1.2018, 10-16 Uhr

Leitung: Nikola Poitzmann

Sexting – Erotische Selfies zwischen Identitätsentwicklung, Flirt und Cybermobbing

Marburg, Dienstag, 20.2.2018, 14-18 Uhr

Leitung: Nikola Poitzmann

Die neue Sexualerziehungsrichtlinie – Tipps zur praxisorientierten und fächerübergreifenden Umsetzung

Oberursel, Donnerstag, 15.3.2018, 15-18 Uhr

Leitung: Heiko Rohde

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Einrichtungen:

Präventions- und Interventionskonzepte

Frankfurt, Mittwoch, 11.4.2018, 10-17 Uhr

Leitung: Dr. Hans Rubinich und Julia Anne Lenthe

- Informationen und Anmeldung: www.lea-bildung.de

Plakate

Plakate und Schilder erhalten Sie vor Ort. Hier sehen Sie eine Auswahl unserer Schilder:



Plakate zur Auswahl: Screenshot www.demo-fuer-alle.de (12/2017)

Schule und Erziehungsberechtigten zu entwickeln und dabei eine sachliche Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Der Lehrplan Sexualerziehung setzt auf die Kompetenz der Lehrkräfte, die Hilfs- und Unterstützungsangebote kennen, gerade auch in Bezug auf körperliche und seelische Gewalt, und die Kindern und Familien in Not helfen können. Damit Schule zur Prävention und Aufklärung beitragen kann, gilt es ein Schulklima zu entwickeln, „in dem Schülerinnen und Schüler erleben, dass Sexualität zum individuellen und gemeinschaftlichen Leben gehört und in angemessener Sprache offen besprochen werden kann“.

Die Lehrkräfte sind mehr als bisher dazu aufgerufen, diskriminierende oder gewalttolerierende Prozesse nicht länger nur kurz als „Tabu“ sanft zu ahnden, sondern vorzuleben, wie man diesen entgegenzutreten kann. Es reicht nicht aus, diskriminierenden Sprüchen mit einem ritualisierten „Das sagt man nicht“ oder „Das macht man nicht“ zu begegnen. Sexualerziehung darf auch nicht in den Biologie- oder Ethik-Unterricht „abgeschoben“ werden. Ein zu entwickelndes fächerübergreifendes Gesamtkonzept setzt voraus, dass alle Lehrer_innen sich in Fragen und Inhalten des Lehrplans souverän auskennen. Auch mehr als ein Jahr nach seinem Inkrafttreten ist der Lehrplan in vielen Schulen noch nicht ausreichend aufgenommen worden. Der Auftrag, „schulspezifische Absprachen“ zu treffen und Fortbildung zu forcieren, könnte sicher durch praxisorientierte Handreichungen befördert werden, wenn sie von fachlich versierten Autor_innen erstellt werden, denen weder an „Indoktrination“ noch an „Polarisierung“ gelegen ist, sondern daran, ein gewalt- und diskriminierungsfreies Schulumfeld zu schaffen.

Heiko Rohde

Heiko Rohde ist seit 2005 Lehrer an der Feldbergschule Oberursel und aktives Mitglied in der AG LesBiSchwule Lehrer_innen der GEW Hessen. Die AG trifft sich einmal monatlich in Frankfurt. Ort und Termine können per E-Mail unter lehrer_innen@gmx.de erfragt werden.

Kinderschutz bleibt ein Zukunftsprojekt

Im Gespräch mit Professorin Maud Zitelmann

Wer mit Maud Zitelmann spricht, merkt sehr schnell: Hier ist eine Hochschullehrerin, die den Inhalt ihrer Vorlesungen und Seminare von der Pike auf gelernt hat, als Erzieherin, als Pflege-mutter schwer gefährdeter Kinder und in langjähriger pädagogischer Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe. Das Thema ihrer Dissertation „Kindeswohl und Kindeswille im Spannungsfeld von Pädagogik und Recht“ zieht sich wie ein roter Faden durch ihre berufliche Biografie und ist zugleich ihr „kategorischer Imperativ“ für die Ausbildung zum Bachelor Soziale Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences (FUAS), der früheren

Fachhochschule. Und man versteht auch sehr schnell, warum sie 2013 mit dem Hochschulpreis für Exzellenz der Lehre ausgezeichnet wurde: Hier ist eine Hochschullehrerin, die als Praxisdozentin für das Anerkennungs-jahr weiß, wie schwierig die Arbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen, in Jugendämtern oder Heimen ist, die die Erfahrungen in der Praxis ernst nimmt, die interdisziplinäres Arbeiten in der Kooperation mit Juristen und Ärztinnen auch tatsächlich umsetzt und zugleich einen fundierten Einblick in die wissenschaftlichen Betrachtungen geben kann. Das Gespräch führte HLZ-Redakteur Harald Freiling.

HLZ: Sie haben vor 15 Jahren in einem Interview davon gesprochen, dass „das Kindeswohl ein Zukunftsprojekt“ werden muss. Ist nicht das Wohl der Kinder in aller Munde? Und wie weit sind wir mit dem „Zukunftsprojekt“ gekommen?

Zitelmann: In aller Munde, vielleicht. Aber es ist allein die Praxis, die zählt. Noch immer bleibt das Leid vieler vernachlässigter und traumatisierter Kinder und Jugendlichen unbeachtet, es fehlt häufig grundlegend an Fachwissen und Ressourcen zum Schutz der Kinder, aber auch an einem ganz klar entschiedenen Vorgehen gegen misshandelnde Erwachsene. Auch an unserer Hochschule erwerben die meisten Studierenden der Sozialen Arbeit ihren Bachelor, ohne sich vertieft mit den vielfältigen Aspekten des Kinderschutzes befasst zu haben. In meinem Fall konnte die Professur inzwischen mit Zustimmung des Präsidenten auf das Thema „Kinderschutz“ umgewidmet werden, dies ist in der Hochschullandschaft aber eine ganz seltene Ausnahme. Es fehlen an fast allen Hochschulen Professuren, die das interdisziplinär fundierte Fachgebiet in Lehre und Forschung vertreten. Dies gilt für die Studiengänge der Sozialen Arbeit, für die Erziehungswissenschaften und die Lehrerbildung, Pädiatrie und Rechtsmedizin, Entwicklungspsychologie und die akademische Ausbildung angehender Polizisten sowie der Familienrichter.

2018 und 2019 sollen 700 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in hessischen Schulen eingestellt werden, um Lehrkräfte zu entlasten und unterrichtsunterstützende Probleme der Bildungsbenachteiligung anzugehen. Wie steht es um deren Ausbildung?

GEW: Arbeitsbedingungen verbessern

Auf Antrag der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe beschloss die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen Anfang November auch Forderungen zur Verbesserung der Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Hessen (Beschluss D1): (...) Die Stellen in der Jugend- und Familienhilfe (müssen) ausgebaut und die Fallzahlen pro Beschäftigten reduziert werden. Auch die Maßnahmen präventiver Hilfen sind wieder verstärkt auszubauen. Den Beschäftigten in der Kinder- und Familienhilfe ist ein umfassender Rechtsschutz zu gewähren und den hohen gesundheitlichen Risiken aus berufsbedingten Belastungssituationen mit regelmäßiger Supervision zu begegnen. Nebenzeiten, wie die Fahrten zu einzelnen Klienten u.a., müssen als Arbeitszeit anerkannt werden. (...)

Viele werden sich im Lauf ihres Studiums, ihrer Praktika und ihres Anerkennungs-jahrs mit den Fragen des Kinderschutzes befasst haben, aber vertieftes, differenziertes Fachwissen zur Arbeit mit verhaltensschwierigen und gefährdeten Kindern und Jugendlichen bringt sicher nur ein sehr kleiner Teil mit. Eine solche Spezialisierung schon in der Hochschule zu leisten, ist schwierig, denn das Spektrum der Handlungsfelder in der Sozialen Arbeit ist sehr breit. Es wird aber dann zum Problem, wenn man dann plötzlich ohne Fachkenntnisse der Misshandlungsforschung unter oft schwierigen Bedingungen in der Praxis die Verantwortung für den Schutz geschädigter und gefährdeter Kinder trägt – und zwar persönlich und auch im Sinne einer strafrechtlich bedeutsamen Garantenstellung...

HLZ: ... mit der Bitte um eine kurze Erklärung...

Die Fachkräfte im Jugendamt haben durch den Staatlichen Schutzauftrag die Pflicht, im Rahmen einer fachgerechten Berufsausübung ihnen anvertraute Kinder und Jugendliche vor Gefahr zu schützen. Erleidet ein Kind aber schwere Schäden oder kommt es zu Tode, muss die für den Fall zuständige Fachkraft mit strafrechtlichen Folgen rechnen, sofern sie die Gefährdung dieses Kindes nicht fachgerecht eingeschätzt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch beendet hat. Viele erinnern sich zum Beispiel noch an den Tod des kleinen Kevin, der in Bremen im Jahr 2006 bei drogensüchtigen Eltern lebte und zu Tode misshandelt wurde. Oder an den Tod von Siri aus Wetzlar im Jahr 2010, für den sich eine ehemalige Studentin unserer Hochschule vor Gericht zu verantworten hatte. Dieser enorme Druck bei unzureichender Ausbildung und viel zu hoher Fallbelastung sowie das große Elend, das die Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes in den meist benachteiligten Familien sehen, führen wohl dazu, dass viele von ihnen schon bald wieder aus dem Allgemeinen Sozialdienst aussteigen, nicht nur für eine Familienzeit.

Aber gerade für das Leid der Kinder durch sexuelle Gewalt und sexuellen Missbrauch gibt es doch inzwischen große Aufmerksamkeit...

Ja, vielleicht in den Medien, insbesondere auch durch die Aufdeckung des sexuellen Missbrauchs in den Institutionen, in kirchlichen Einrichtungen, an der Odenwaldschule und durch die Thematisierung des Unrechts und Elends der Heimerziehung, nicht nur in den 50er und 60er Jahren. Heute wissen wir, dass es in jeder Schulklasse statistisch ein Kind oder zwei Kinder gibt, die sexuell missbraucht werden

oder durch Missbrauch traumatisiert sind. Wie vielen Kindern wird wirklich geholfen? Wo gibt es die Fachkräfte in Schulen und der Jugendhilfe, die auf die Abklärung und Intervention bei sexuellem Missbrauch vorbereitet sind, über die nötige Zeit und das Fachwissen verfügen? Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder auf fachlich ausgewiesene Personen im Familiengericht, bei der Polizei, in der kinderärztlichen Praxis zu treffen, ist gering. Hier wären zeitnahe und ganz niedrigschwellige Beratungsangebote für Fachkräfte wichtig, ebenso die Arbeit in interdisziplinären Teams und Supervision.

In allen Kampagnen zum Thema Sexueller Missbrauch gibt es die Botschaft an die Erwachsenen: „Schaut hin!“ Nach meiner langjährigen Berufserfahrung als Lehrer nehmen das viele Kolleginnen und Kollegen sehr ernst, doch sie scheitern bei der Suche nach kompetenter, umfassender Hilfe. Wenden sie sich an das Jugendamt, bekommen sie nie eine Rückmeldung, was das Jugendamt unternimmt. Doch die brauchen sie dringend, denn ihre tägliche Arbeit mit dem Kind geht ja weiter.

Sie sprechen da ein großes Problem an. Auch Lehrerinnen und Lehrer sind nach dem Hessischen Schulgesetz „Garanten“ für das Kindeswohl. Wenn sie Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls einer Schülerin oder eines Schülers haben, müssen sie sich darum kümmern und gegebenenfalls auch das Jugendamt informieren (§ 3 Abs.10). Nach dem bundesweit geltenden Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz haben gerade Lehrkräfte den Anspruch auf „Beratung durch eine erfahrene Fachkraft“, und zwar mit pseudonymisierten Daten. Ein guter Ansatz, der weiter geführt werden muss! In der letzten Legislaturperiode des Bundestags setzten sich insbesondere Ärztinnen und Ärzte dafür ein, dass der Datenschutz, dem die Jugendämter unterliegen, gegenüber professionellen Hinweisgebern gelockert wird, so dass diese wenigstens erfahren, welche Maßnahmen das Jugendamt ergreift.

Gerade im Bereich des sexuellen Missbrauchs ist die Beweisführung extrem schwierig und die Energie der Täter groß, Beweise zu vernichten, die Kinder, die möglichen Zeuginnen und Zeugen und auch die Hinweisgeber unter Druck zu setzen.

Ja, das ist so – und es ist schwer auszuhalten. Gegebenenfalls muss ich nämlich hinnehmen, dass das Kind weiter leidet, bis es gerichtsfeste Tatsachen gibt. Voreiliges Handeln kann den wirksamen Schutz des Kindes gefährden. So kann ich die Täter in der Regel erst dann mit dem Vorwurf konfrontieren, wenn das Kind geschützt, also meist in Obhut genommen ist.

Ist der Datenschutz der einzige Grund, dass Lehrkräfte nach einer Kontaktaufnahme manchmal den Eindruck haben, dass ihre Hinweise nicht ernst genommen werden, dass sich „nichts tut“?

Ja, das ist ein wichtiger Grund. Auch gibt es sehr unterschiedliche Arbeitsweisen, wenig Feedback-Kultur und Teamstrukturen für die Zusammenarbeit der Professionen, die mit einem Kind zu tun haben. Und es gibt auf beiden Seiten zu wenig Wissen über Aufträge, Rolle und Arbeitsweise der anderen. Doch all das darf kein Grund sein, beim nächsten Mal lieber wegzuschauen. Für die Lehrerinnen und Lehrer heißt das: Sie müssen melden, melden, melden. Am besten immer schriftlich und je konkreter sie ihre Beobachtungen und Mitteilungen der Kinder benennen, umso besser. Wenn sie den Eindruck haben, dass sich nichts tut und das Jugendamt keine Auskunft gibt, kann die Schule nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen auch das Familiengericht einschalten (§ 24).

Kommen denn viele Hinweise aus der Schule?



Ich habe hier gerade die Zahlen von 2016. Danach kommen bei schulpflichtigen Kindern zwischen 6 und 14 Jahren 20% der Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen aus der Schule. Damit ist sie in dieser Altersgruppe vor Polizei und Justiz (18,5%) und einem Elternteil (8%) der wichtigste Hinweisgeber. Trotzdem müssen auch Lehrkräfte verstärkt fortgebildet werden, um Anzeichen für die Misshandlung von Kindern, von Vernachlässigung oder Missbrauch zu erkennen. Sie müssen wissen, wie man fachgerecht mit gefährdeten Kindern spricht und wie man diese Gespräche dokumentiert.

HLZ: Noch mal zurück zum Ausgangspunkt unseres Gesprächs: Was ist ihr vordringlicher Wunsch, um das „Zukunftsprojekt Kinderschutz“ weiter voranzubringen?

Wir sind schon ein Stück vorangekommen. Wir haben seit der Jahrtausendwende eine neue Gesetzgebung zum Kinderschutz, die nun in die Praxis umgesetzt werden muss, das braucht Personal und Ausstattung. Es gibt einen unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (HLZ S.17), wir haben in Hessen einen Landespräventionsrat und einen Landesaktionsplan, und es wurden viele Projekte angestoßen. Deshalb vielleicht heute nur ein dringender Wunsch an das Wissenschaftsministerium: Schaffen Sie zusätzliche Lehrkapazitäten für den Kinderschutz und Anreize zur Lehre und Forschung in den Hochschulen, damit angehende Fachkräfte aller Kindesdisziplinen besser auf ihre schwierige Arbeit mit hoch gefährdeten Kindern und Jugendlichen vorbereitet und zu einer Kooperation befähigt werden, die den Schutz der Kinder gewährleistet. Vernachlässigung, Misshandlung und sexuelle Gewalt werden oft über Generationen weitergelebt. Mit jedem Kind, das die Chance erhält, wirksam geschützt in seiner Familie oder aber dauerhaft bei zugewandten Ersatzeltern aufzuwachsen, wird dieses Elend der Wiederholung unterbrochen. In diesem Sinn bleibt das Kindeswohl weiterhin ein Zukunftsprojekt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Schule als sicherer Ort

In jeder Klasse gibt es mindestens ein oder zwei Kinder, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Das Spektrum reicht von einer anzüglichen sexualisierten Sprache über strafbare sexuelle Handlungen wie das Anfassen der Genitalien bis zu schwerem sexuellem Missbrauch durch orale, vaginale oder anale Penetration (1). Schulen sind somit aufgefordert, sich mit diesem komplexen und emotionalen Themenfeld professionell auseinanderzusetzen und Schutzkonzepte an der eigenen Schule zu entwickeln und zu implementieren.

Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, startete bundesweit im Sommer 2016 die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ (2) für den verbesserten Schutz von Mädchen und Jungen vor sexuellem Missbrauch an Schulen. Kultusminister Alexander Lorz unterstützt diese Initiative:

„Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen stellt eine schwerwiegende und nicht zu tolerierende Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung dar. Der Schule als Ort, an dem sich alle Kinder und Jugendlichen aufhalten, kommt dabei eine besondere Rolle zu. Als institutioneller Schutzraum muss sie präventiv gegen sexualisierte Gewalt arbeiten. Wenn es bedauerlicherweise dennoch zu einem Übergriff kommt, muss sie in der Lage sein, Opfer zu schützen bzw. ihnen fachkundige Unterstützung zu vermitteln.“ (2)

Schuleigene Schutzkonzepte statt Papiertiger

Ein Schutzkonzept verfolgt folgende Ziele:

- **Die Schule soll nicht zum Tatort werden:** Schutzkonzepte sollen Schülerinnen und Schüler vor sexueller Gewalt durch Erwachsene im schulischen Kontext oder durch Mitschülerinnen und Mitschüler schützen und die Handlungsspielräume von Täterinnen und Tätern einschränken.
- **Die Schule soll ein Kompetenzort sein:** Hier finden Mädchen und Jungen Hilfe, wenn sie im schulischen, aber auch im privaten Umfeld sexuelle Gewalt erleben. Schutzkonzepte sollen Fachkräften im Umgang mit Kindern und Jugendlichen Handlungssicherheit vermitteln.

Ein Schutzkonzept kann nie als abgeschlossen betrachtet werden. Ständige Anpassung und Reflexion ist nötig. Es handelt sich daher um eine langfristige Aufgabe, die einer klaren Haltung auf der Leitungsebene und entsprechender Ressourcen bedarf. Die folgende Übersicht nennt zentrale Elemente eines Schutzkonzeptes:

- Der Schutz von Schülerinnen und Schülern vor sexueller Gewalt sollte im **Leitbild der Schule** oder im Schulprogramm verankert werden.
- Ein **Interventionsplan** regelt das Vorgehen beim Verdacht auf sexualisierte Gewalt. In der Handreichung zum Umgang mit sexuellen Übergriffen im schu-

lichen Kontext findet man Hinweise, welche Maßnahmen bei Übergriffen durch Lehr- und Schulpersonal, im außerschulischen und häuslichen Bereich und durch Gleichaltrige oder bei Übergriffen auf Beschäftigte der Schule zu ergreifen sind (3).

- Es ist wichtig zu recherchieren, welche **Fachleute in der Region** angesprochen werden können (Schulpsychologie, Fachberatungsstelle, „insoweit erfahrene Fachkräfte“ u.a.).
- Leitung kann ihre **Personalverantwortung** schon bei Einstellungen nutzen (Hinweis auf Verhaltenskodex, Schutzkonzept, Beschwerdemanagement etc.). Die Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses sollte auch bei Ehrenamtlichen oder Honorarkräften angewandt werden.
- Grundlagenwissen über sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen sollte allen schulischen Beschäftigten angeboten werden. **Fortbildungen** tragen zur Sensibilisierung bei und sind der richtige Ort, um Verunsicherungen und Fragen anzusprechen. Die schulischen Ansprechpersonen werden aktuell in allen Schulamtsbezirken für ihre Arbeit in einer viertägigen Fortbildung geschult.
- Der **Verhaltenskodex** dient als Orientierungsrahmen für den grenzachtenden Umgang mit Schülerinnen und Schülern und das angemessene Verhältnis von Nähe und Distanz.
- **Partizipation** stärkt die Position von Schülerinnen und Schülern und verringert das Machtgefälle gegenüber schulischen Beschäftigten. Eine beteiligungsorientierte Schule erleichtert Kindern und Jugendlichen, sich bei Problemen Hilfe zu holen (Klassenrat, Wissen über Kinderrechte, Schülervertretung, Schülerparlament).
- Neben konkreten **Präventionsprojekten** kommt es auf die präventive **Erziehungshaltung** im Schulalltag und auf die Umsetzung eines sexualpädagogischen Konzepts an.
- Schulische Ansprechpersonen, Vertrauens- und Beratungslehrkräfte, Angebote der Schulsozialarbeit und andere Ansprechstellen sind wichtige Signale an Schülerinnen und Schüler in Notlagen. **Funktionierende Beschwerdestrukturen** sorgen dafür, dass problematische Vorgänge frühzeitig bekannt werden und entsprechend gehandelt werden kann.

An der Entwicklung eines schulbezogenen Schutzkonzepts sollte sich die gesamte Schulgemeinde beteiligen. Die Leitung sollte das Vorhaben als wichtige Aufgabe anerkennen und eine sichtbare Haltung einnehmen. Jeder kleinste Schritt ist ein wichtiger Schritt für den Kinderschutz. Unterstützung leisten die Fachberatungsstellen in der Region, die zuständigen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und auch die Prozessentwicklungsgruppen des Projekts „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (4).

Nikola Poitzmann

Hinweise zur Arbeit von Nikola Poitzmann findet man auf Seite 11, auf ihr lea-Seminar zu Schutzkonzepten am 23.1. auf Seite 13.

(1) Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs (Hg.): Zahlen und Fakten zu sexueller Gewalt, <https://www.aufarbeitungskommission.de>

(2) <https://www.hessen.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de>

(3) Handreichung zum Umgang mit sexuellen Übergriffen im schulischen Kontext, Wiesbaden 2017 (Abbildung auf dieser Seite)

(4) <https://kultusministerium.hessen.de> > Schule > Förderangebote > Gewaltprävention



Materialien, Handreichungen, Adressen

Handreichung zum Umgang mit sexuellen Übergriffen

2017 veröffentlichte das Hessische Kultusministerium eine überarbeitete „Handreichung zum Umgang mit sexuellen Übergriffen“. Zusammen mit Unterlagen zur bundesweiten Kampagne „Schule gegen sexuelle Gewalt“ wurde sie an alle hessischen Schulen und Staatlichen Schulämter versandt. Jede Schule soll auf dieser Grundlage „ein Schutzkonzept gegen sexuelle Gewalt ergänzen“ (HLZ S.17). Dazu sollen Fortbildungen für schulische Ansprechpersonen angeboten werden. Ressourcen sind nicht vorgesehen und auch der schulpyschologische Dienst dürfte mit flächendeckender Unterstützung überfordert sein. Auf der Seite <https://hessen.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de> stehen Handreichung und Materialien für Lehrkräfte und Eltern zur Verfügung.

- *Download der Handreichung:* <http://bit.ly/2AJ1UzA>

Handreichung zum Jugendmedienschutz

Cybermobbing, Datendiebstahl, Persönlichkeitsrechte und Sexting sind Themen der vom Hessischen Kultusministerium im August 2017 veröffentlichten „Handreichung zum Jugendmedienschutz“. Mit dem Thema Sexting befasst sich *Nikola Poitzmann* in dieser HLZ auf Seite 10f.

- *Download:* <https://kultusministerium.hessen.de/foerderung/medienbildung>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bietet auf ihrer Internetseite unter anderem Broschüren für Mädchen und Jungen an, die sehr empfehlenswerte Handreichung „Respekt! Schulen als ideale Orte der Prävention von sexualisierter Gewalt“ und ein Methodenheft zur Vor- und Nachbereitung des Theaterstücks Trau dich!

- <https://www.bzga.de/infomaterialien/praevention-sexueller-kindesmissbrauch>

Beauftragter für Fragen sexuellen Kindesmissbrauchs

Im Zusammenhang mit immer neuen Berichten über den sexuellen Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen und Heimen richtete die Bundesregierung 2010 die Stelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen sexuellen Kindesmissbrauchs ein. Seit 2011 übt *Wilhelm Rörig* diese Funktion aus. Auf seiner Internetseite <https://beauftragter-missbrauch.de> findet man zahlreiche Publikationen, Adressen und Links.

Anlaufstelle für Betroffene ist die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (<https://www.aufarbeitungskommission.de>). Derzeitige Vorsitzende ist *Sabine Andresen*, Professorin an der Goethe-Universität Frankfurt, die wir für den Gastkommentar in dieser HLZ gewinnen konnten (HLZ S.3).

Wildwasser: 13 Beratungsstellen in Hessen

Die Adressen der Beratungsstellen des Vereins Wildwasser gegen sexuellen Missbrauch findet man unter www.wildwasser.de/info-und-hilfe/beratungsstellen-vor-ort. Örtliche Beratungsstellen gibt es in Darmstadt, Eschwege, Frankfurt, Friedberg, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg, Rüsselsheim und Wiesbaden.



Foto:
Schultheater-
studio
Frankfurt

Theater in der Schule: Trau dich!

In Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bringt das Schultheaterstudio Frankfurt das Theaterstück Trau dich! auf die Bühne und in die Schulen. Premiere war am 4. Oktober 2017. Das Theaterstück ist Teil der bundesweiten Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs. Zu den Gastspielen in hessischen Schulen gibt es begleitende Lehrkräftefortbildungen und Elternabende, die unter anderem von den regionalen Fachberatungsstellen betreut werden.

- *Infos und Kontaktaufnahme:* <https://www.trau-dich.de/k.fertsch-roever@schultheater.de>, Tel. 069-21270758

Uniklinik Frankfurt: Vorlesungen zum Kinderschutz

Die „Interdisziplinäre Vorlesungsreihe Kinderschutz“ ist ein Projekt der Frankfurt University of Applied Sciences (HLZ S.14) und der Goethe-Universität Frankfurt unter Mitwirkung der Medizinischen Kinderschutzambulanz, der Rechtsmedizin, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Frankfurter Polizei und des Amtsgerichts Frankfurt. Die nächste Vorlesung am Mittwoch, dem 24. Januar 2018, ist dem Thema „Sexueller Missbrauch“ gewidmet. Sie findet von 14 bis 18 Uhr in der Universitätsklinik Frankfurt statt (Hörsaalgebäude H 22-01). Die Teilnahme ist kostenfrei. Am selben Ort und zur selben Zeit finden auch die nächsten Vorlesungen zu den Themen Propädeutik (25.4.), Vernachlässigung (30.5.) und Schütteltrauma (27.6.) statt.

- *Anmeldungen von interessierten Fachkräften aus der Praxis per E-Mail an:* kinderschutz-fb4@fra-uas.de

Nummer gegen Kummer

Nummer gegen Kummer e.V. (NgK) ist der Dachverband des größten kostenfreien telefonischen Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Eltern in Deutschland. Junge Menschen finden am Kinder- und Jugendtelefon und bei der E-Mail-Beratung Rat, Hilfe, Trost und Unterstützung. Für Mütter, Väter oder Großeltern und andere Erziehende steht das Elterntelefon unter der Nummer 0800-1110550 zur Verfügung.



Weiterhin Sparkurs bei LiV-Stellen

Der GEW-Landesvorstand forderte im Anschluss an einen Antrag an die Landesdelegiertenkonferenz das Hessische Kultusministerium (HKM) und die Landesregierung auf, endlich alle 4.800 im Landeshaushalt vorgesehenen Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) zu besetzen, denn auch nach den Einstellungen zum 1. November 2017 bleiben mehr als 350 Stellen nicht besetzt. Sie stehen im Haushalt, wurden aber von vornherein nicht als freie Stellen im Einstellungsverfahren zur Verfügung gestellt.

Im Bereich des Lehramts an Grundschulen gab es 216 Einstellungen, alle Bewerberinnen und Bewerber erhielten ein Einstellungsangebot. Im Rahmen einer Sondermaßnahme des HKM wurden erstmals Kolleginnen und Kollegen mit dem Ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien (28) bzw. für das HR-Lehramt (23) in das Referendariat für das Lehramt an Grundschulen eingestellt.

Auch im Lehramt an Förderschulen erhielten alle Bewerberinnen und Bewerber ein Einstellungsangebot (110 Einstellungen). Im Bereich des Lehramts an beruflichen Schulen gab es 106 Einstellungen, 13 LiV-Stellen

konnten trotz der Einstellung von 25 Quereinsteigern nicht besetzt werden.

Im Bereich des Lehramts an Haupt- und Realschulen wurden 177 neue LiV eingestellt, 194 Bewerberinnen und Bewerber blieben vor der Tür, insbesondere mit den Fächern Deutsch (85), Geschichte (57), Mathematik (55), Biologie (45), Politik und Wirtschaft (30), Erdkunde (26), Sport (20) und auch Evangelische Religion (20). 15 Kolleginnen und Kollegen erhielten schon zum dritten Mal kein Angebot (siehe Kasten). Keine Wartezeiten gab es für die Fächer Chemie, Physik, Informatik, Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache, Ethik, Musik und Kunst.

Beim Lehramt für Gymnasien wurden am 1. November 432 Kolleginnen und Kollegen in den Vorbereitungsdienst eingestellt. 787 blieben ohne Angebot, besonders viele mit den Fächern Deutsch (323), Englisch (214), Geschichte (194), Sport (133), PoWi (104) und Erdkunde (102). Die Fächer, mit denen alle Bewerberinnen und Bewerber eingestellt wurden, entsprechen denen im HR-Lehramt – außer Ethik. Die Bewerbung von 35 Kolleginnen und Kollegen blieb schon zum vierten Mal erfolglos. Diese langen Warte-

zeiten sind angesichts nicht besetzter, aber im Haushalt vorgesehener Stellen ein Skandal.

Der auf dieser Seite veröffentlichte Brief einer Bewerberin, die zum dritten Mal abgelehnt wurde, macht eindrucksvoll deutlich, wohin die Kürzungspolitik in der Lehrkräfteausbildung führt. Insbesondere im Gymnasiallehramt wurden viele Ausbildungsstellen gestrichen, weil derzeit nicht so viele Gymnasiallehrkräfte gebraucht würden. Die Folgen dieser Politik nach Kassenlage oder ausschließlich nach aktuellem, zum Teil zweifelhaft erhobenem Bedarf sehen wir derzeit vor allem im Bereich der Grundschulen. Steigende Schülerzahlen in den Grundschulen werden schon in wenigen Jahren auch in der Sekundarstufe I ankommen. Und auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich nach dem Zweiten Staatsexamen in einem anderen Bundesland bewerben, falls sie in Hessen keine Stelle bekommen, müssen erst einmal eine Chance für ein Referendariat bekommen.

Besonders absurd ist die Argumentation des HKM, dass viele Schulen mit der Einstellung einer LiV überbesetzt wären. Diese Situation hat das HKM selbst geschaffen, weil es die Anrechnung der LiV auf die Stundenbilanz einer Schule in den letzten Jahren von 4,8 Stunden pro LiV auf 6,4 Stunden und dann auf 8 Stunden erhöht hat, statt die Ressourcen für die Entlastung von Mentorinnen und Mentoren und für Doppelsteckungen zu nutzen.

Berufs- und Lebensplanungen sind nicht möglich, wenn Bewerbungen einfach „auf Halde“ gelegt werden. Deshalb fordert die GEW,

- dass alle 4.800 LiV-Stellen besetzt werden,
- dass zusätzliche Stellen geschaffen werden, um lange Wartelisten abzubauen,
- die kontraproduktive Anrechnung der LiV auf die Stundenbilanz der Schulen zu reduzieren und den Schulen Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren zuzuweisen.

Heike Lühmann

Heike Lühmann leitete bis November 2017 das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand im Team mit Franziska Conrad und Andrea Gergen.

„Ich brenne für diesen Beruf“

Die HLZ veröffentlicht im Folgenden Auszüge aus dem Brandbrief einer Kollegin, die zum dritten Mal abgelehnt wurde. Der Name ist der Redaktion bekannt:

„Ich gehöre zu denjenigen NICHT-ReferendarInnen, die seit 1,5 Jahren mit der Note 1,5 (sehr gut) im Ersten Staatsexamen auf einen Platz für das Referendariat warten und für diesen November zum dritten Mal wieder keine Stelle erhalten haben. Dafür arbeite ich seit über einem Jahr als günstige TVH-Lehrkraft, um als Lehrerin (die ja angeblich nicht gesucht werden) OHNE Ausbildung zu unterrichten. (...) Ich gehöre zu den Menschen, die neben dem Studium arbeiten mussten und kein Geld von den Eltern erhielten, sodass es mitunter bedingt durch meine finanzielle Lage unmöglich war, meine ganze Zeit dem Studium zu widmen. Bologna brachte es mit sich, dass auf fast jede Veranstaltung meines Studiums eine benotete Hausarbeit folgte und Noten hießen Druck. (...) Allerdings waren

meine Anstrengungen, den 1,5er Schnitt zu bekommen, umsonst, wenn es um einen Platz für das Referendariat geht. (...)

Meine individuelle Bildungsbiografie zeigt exemplarisch, mit welcher Hingabe auf den Lehrberuf hingearbeitet wird, aber auch mit wie viel Anspannung bereits junge StudentInnen umgehen müssen auf dem Weg zum Referendariat. Nun warte ich seit 1,5 Jahren hoch motiviert auf einen Platz als Referendarin. Ich bin Lehrerin – und bin es auch nicht. Ich investiere viel Kraft ins Warten. (...), aber wann habe ich die Aussicht auf eine Lebensplanung? Es ist auch für das nächste halbe Jahr keine Sicherheit, dass ich dann endlich den ersehnten Platz erhalte. (...)

Ich bin angehende Lehrerin, und selbst wer völlig ökonomisch mit dem Kriterium der Effizienz denkt, müsste doch erkennen, dass es ziemlich unökonomisch ist, die brennende Motivation von Engagement von jungen LehrerInnen schon vor der Dienstzeit erlöschen zu sehen.“



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG

PROGRAMMAUSZUG

Januar – März 2018

ARBEITSPLATZ SCHULE

B4010

Im Ausland unterrichten?

Günther H. Fecht

Do, 08.02.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Gießen,

Entgelt 30 €; Mitglieder GEW 20 €

B4167

Workshop Berufseinstieg – Grund- und Förderschule

Reflexion wesentlicher Fragen des Berufsbeginns

Antje Seeger

Fr, 16.02., Fr, 16.03. u. Fr, 13.04.2018, jew. 13:00 - 17:00 Uhr, Roßdorf

Entgelt 118 €; Mitglieder GEW 98 €

B4176

Rollenwechsel – aus dem Kollegium in die Schulleitung

Werner Scholz

Mo, 19.02.2018, 13:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

V4007

Nicht auf den Mund gefallen – Rhetorikseminar für Lehrer/innen

Martina Lennartz

Di, 20.02.2018, 10:00 - 16:00 Uhr, Fulda

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW 69 €

B4171

Klassenführung – mehr als Classroom-Management

Thomas Klaffke

Do, 22.02.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

B4177

Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Mo, 05.03., Mo, 12.03. u. Do, 12.04.2018, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW 95 €

B4143

Chancen individualisierter Leistungsbeurteilung

– am Beispiel zeitversetzter Klassenarbeiten ab der zweiten Schulklasse

Annette Hess

Mo, 05.03.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

B4178

„Hetzefrei!“ – Arbeitsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer

Uwe Riemer-Becker

Di, 13.03.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

B4122

Psychosoziale Hilfesysteme – Ein Wegweiser für Pädagogen

Gaby Kalb

Di, 13.03.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

DEMOKRATISCHE BILDUNG

D3121

Vorurteile bewusst machen – inklusiv handeln

Nora Dollichon

Mo, 22.01.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

D4058

Adorno in der Schule

(Halb-) Bildung aus Sicht der Kritischen Theorie
Dr. Fabian Georgi
Do, 25.01.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Marburg
Entgelt 25 €; Mitglieder GEW 10 €

D4001

Die Schüler/innen abholen, wo sie stehen?

Ideen für eine schülerorientierte historisch-politische Bildung ab Klasse 9
Dr. Christoph Bauer
Mi, 07.02.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW 19 €

D4233

Vom (Un)sinn ökonomisierter Bildung

Fachtagung der GEW Hessen zur Ökonomisierungskritik
Prof. Dr. Tim Entgartner, Matthias Holland-Letz, Prof. Thilo Naumann u.a.
Sa, 17.02.2018, 9:30 - 17:30 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei (Anmeldung unter: info@gew-frankfurt.de)

D4039

Kinderschutz und Kinderrechte in Schule und Jugendhilfe

Prof. Dr. Maud Zitelmann
Mo, 19.03.2018, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW 39 €

GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

D4141

Wo kommen wir her? – Wo gehen wir hin?

Gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Personen
Dr. Hildegard Schürings
Mo, 29.01.2018, 18:00 - 20:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

G4186

Zur Aktualität der Marx'schen Krisentheorie

Guenther Sandleben
Di, 06.02.2018, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

G4184

Die Zerstörung einer Sozialordnung – am Beispiel Rente

Tobias Weißert
Do, 08.02.2018, 19:00 - 21:00 Uhr, Marburg
entgeltfrei

G4187

Von der „staatsgefährdenden Frauenperson“ zur mündigen Bürgerin

100 Jahre Frauenstimmrecht in Deutschland und Großbritannien
Jana Günther
Di, 20.02.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 10 €; Mitglieder GEW 5 €

D4030

Die AfD beim Wort genommen – Programm und Wirklichkeit

Wie man Rechtspopulisten kontern kann
Dr. Markus Grimm
Di, 27.02.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW 10 €

G4188

Flächenbrand in Syrien

Mediale Inszenierung und tatsächlicher Hintergrund
Karin Leukefeld
Di, 27.02.2018, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 10 €; Mitglieder GEW 5 €

D4062

Marktradikale Seilschaften, elitäre Zirkel, neoliberale Denkfabriken

Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern
Hermann Ploppa
Do, 15.03.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Marburg
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW 10 €

G4148

Wie kann eine Dekarbonisierung aussehen?

Von der Wegschweißgesellschaft zu einem nachhaltigen
Produktions- u. Konsummodell
Klaus Meier
Mi, 21.03.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

GESUNDHEIT & STIMME

H4130

Mediations-Basisworkshop I –

„Missverständnissen auf der Spur“

Doris Beher
Do, 01.02.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

V4032

Stimmtraining für Lehrer/innen

Anke Maßlich
Mi, 28.02.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW 69 €

KUNST & MUSIK

Q3173

Sounds & Grooves mit Stift & Co – Perkussives Klassenmusizieren mit Schultutensilien

Martin J. Junker
Fr, 19.01.2018, 14:30 - 18:00 Uhr, Marburg
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

Q3119

Relative Solmisation – Einführungs-Workshop

Marion E. Bücher-Herbst
Mo, 22.01.2018, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

K4136

Blow up – Verborgenes im Kunstunterricht aufspüren

Minicollagen aus Papier, Texten und Fund-Material
Ulrike Springer
Do, 01.02.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

K4104
**Plastisches Gestalten für Kinder –
Querdenken mit Materialien und Techniken**
Rüdiger Steiner
Mo, 26.02.2018, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

Q4195
Body Percussion – Feel the body, feel the groove!
Christian Lunsken
Di, 27.02.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Marburg
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

Q4065
**Musikinstrumente in der Grundschule und Kita –
auch für „Unmusikalische“**
Georg Feils & Uli Mangel
Di, 20.03.2018, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW 69 €

LERNORT SCHULE

M4189
Autismus – Umgang mit besonderen Schüler/innen im Unterricht
Kerstin Ferst
Do, 15.03.2018, 14:00 - 17:30 Uhr, Herborn
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

M4015
Vielfaltsgerechte Bildung – Kinderrechte im Schulalltag
Tina Breidenich
Mo, 19.03.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

N4016
**Alphabetisierung und Grundbildung
von Jugendlichen in InteA-Klassen**
Annemarie Brinskelle
Do, 15.02.2018, 14:00 - 17:00 Uhr, Wiesbaden
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

N4108
Unterstützung für Kinder mit Schreibauffälligkeiten
Petra Hofmann
Di, 20.02.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Aarbergen
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

F4023
Ganzheitliche Korrektur von Oberstufen-Klausuren nach OAVO 2016
Jan Mandler
Do, 22.02.2018, 14:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

N4073
DaZ für Haupt- und Realschule
Carola Mundo & Karin Streich
Di, 27.02.2018, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

N4125
**Empowerment für geflüchtete Schüler*innen –
ein Workshop für DaZ-Lehrer*innen**
Nikola Poitzmann & Angela Khosla-Baryalei
Do, 08.03.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Fulda
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW 39 €

MASCHINENSCHNEIDE & SACHKUNDE

P4103
Holz in der Grundschule – Sachkunde mit ökologischen Materialien
Jürgen Jäger
Di, 06.03., Di, 13.03. u. Di, 20.03.2018, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden
Entgelt 225 €; Mitglieder GEW 195 €

P4222
Tipps und Tricks zum Werk- und Sachunterricht
Stefan Ohlenmacher
Mi, 07.03.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Langen
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW 19 €

PÄDAGOGIK

S3087
Hundgestützte Sprach- und Leseförderung
Christina Grünig
Do, 18.01.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Bad Camberg
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

S3056
Mit Kindern reden, statt zu ihnen zu sprechen – Zur Bedeutung des Fragens
Dr. Susanne Pietsch
Fr, 26.01.2018, 10:00 - 17:30 Uhr, Kassel
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

S4140
Spiele(n) mit Klasse und Gruppe
Norbert Stockert
Di, 30.01.2018, 11:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

L3138
Wenn Erwachsene Kinder diskriminieren
(Un)gleichheit und Partizipation in der Kita
Fabian Wagner
Di, 30.01.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

S4232
**Kompetenzerweiterung und Persönlichkeitsförderung –
Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen**
Jürgen Stockhardt & Stephanie Staudt
Mo, 05.02. u. Di, 06.02.2018, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW 69 €

S4018
Spielpädagogik – mehr als nur Spaß
Björn Bertz
Di, 13.02.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

S4090

Fürsorglichkeit und Konfrontation

Über den Umgang mit verhaltensauffälligen Schüler/innen

Gaby Kalb

Di, 13.02.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

S4124

Sexting – Erotische Selfies zwischen Identitätsentwicklung, Flirt und Cybermobbing

Nikola Poitzmann

Di, 20.02.2018, 14:00 - 18:00 Uhr, Marburg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW 29 €

S4196

Diagnose- und Fördermöglichkeiten bei auditiven Wahrnehmungsstörungen

Dr. Marianne Wiedenmann

Mi, 28.02.2018, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW 39 €

S4139

Mut zum Stift

Zeichnerische Visualisierung für Unterricht, Präsentation und Moderation

Kinga Wagner

Mi, 14.03.2018, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW 42 €

S4084

Die neue Sexualerziehungs-Richtlinie

Tipps zur praxisorientierten und fächerübergreifenden Umsetzung

Heiko Rohde

Do, 15.03.2018, 15:00 - 18:00 Uhr, Oberursel

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW 19 €

PERSONALRATS-SCHULUNGEN

T4164

Mitbestimmungsrecht im Datenschutz für schulische Personalräte

Roland Schäfer

Do, 01.02.2018, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 149 € (Entgelt zahlt Land Hessen)

REISEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

W4119

Studienreise nach Palästina / Israel

Fuad Hamdan

Sa, 24.03. - Do, 05.04.2018

Entgelt DZ 2.050 €; Entgelt EZ 2.320 €

W4198

Studienreise nach Marokko

Dr. Gerhard Kuhn

Sa, 24.03. - Do, 05.04.2018

Entgelt (ohne Flug) DZ 1.620 €; Entgelt EZ 1.870 €

W4168

Bildungsurlaubsreise Athen

Dr. Theodora Dimitroulia-Kohlhaas

So, 25.03. - Sa, 31.03.2018

Entgelt DZ 1.190 €; Entgelt EZ 1.330 €

W4151

Bauernkrieg, Bürgeraufuhr, Bürstenbinderstreik

Historische Spaziergänge in der Südpfalz

Peter Kühn

Mo, 26.03. - Fr, 30.03.2018

Entgelt 295 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Ulrike Noll

Geschäftsführung: Carmen Ludwig

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger&Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2018

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

GEW: Die Mitmach-Gewerkschaft

Fachgruppen und Personengruppen	Vorsitzende bzw. Vorsitzendenteam	Kontaktadressen für Informationen, Anfragen und Mitarbeit
Junge GEW	Benjamin Günther	guenther-benjamin@gmx.de
	Janis Ziegler	janis_ziegler@web.de
Angestellte	Hans-Joachim Dröll	Droell-frankfurt@t-online.de
	Annette Karsten	annette.karsten@gmx.de
	Frank Engelhardt	Engelhardt1971@yahoo.de
Migrantinnen und Migranten/Interkulturelle Bildung	Maurella Carbone	maurellac@web.de
	Adnan Yildirim	yadnan@freenet.de
	Katica Stanimirov	kvori@aol.com
Frauen	Christine Dietz	c.dietz@gew-wiesbaden.de
	Mina Petersen	petersen.mina@hochtaunusschule.de
	Hannelore Hirn	brainmail@t-online.de
Seniorinnen und Senioren	Heinrich Becker	heinerbecker@gmx.de
	Evelyn Schulte-Holle	evelyn.schulte-holle@t-online.de
Studentinnen und Studenten	Carla Spellerberg	studierende@gew-hessen.de
	Alexander Herold	
	Hendrik Eden	
Berufsbildende Schulen	Ralf Becker	r.becker.gew@gmx.de
	Markus Heberling	TM_Heberling@t-online.de
	Carsten Leimbach	carsten.leimbach@gew-nordhessen.de
Erwachsenenbildung	Eva-Maria Bender-Gilchrist	bender_gilchrist@web.de
	Janette Leipter	leipter-gew-fg-eb@gmx.net
	Bernd Kaudewitz	b.kaudewitz@agentur-standard.de
Gesamtschulen	Annegret Herrmann	annegret.mueller@t-online.de
	Ralph Wildner	ralph.wildner@theokoch.schule
	René Scheppler	r.scheppler@gew-wiesbaden.de
Grundschulen	Karin Hämmelmann	Karin.Haemmelmann@t-online.de
	Susanne Hoeth	Susanne.Hoeth@gmx.de
Gymnasien	Stefan Edelmann	st.edelmann@gmx.de
	Holger Giebel	hgiebel@web.de
	Anke Weichenhain	a.weichenhain@gew-schulamt.de
Haupt- und Realschulen	Achim Herchenhan	achim.herchenhan@t-online.de
	Dirk Hofmann	Hofmann.dirk@freenet.de
Hochschule und Forschung	Philip Fehling	p.fehling@uni-kassel.de
	Svenja Marks	s.marks@uni-kassel.de
	Felix Hauf	hauf@soz.uni-frankfurt.de
Schulaufsicht, Schulentwicklung, Schulpsychologie	Dieter Eitel	dieter_eitel@gmx.de
	Manfred Lück	manlueck@t-online.de
Sonderpädagogik	Anna Held	a.held@gew-limburg.de
	Uwe Nogga	uwenogga@gmx.de
	Katja Plazikowsky	k.plazikowsky@gmx.de
Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst	Heide Krodel-Johne	heide.krodel-johne@gew-frankfurt.de
	Denise Kuhnt	denise.kuhnt@gew-marburg.de
Sozialpädagogische Berufe	Janina Piee	Janina.piee@web.de

Neben der regionalen Gliederung in Schul- und Betriebsgruppen, Kreis- und Bezirksverbände hat die GEW auch eine Struktur zur Gestaltung und Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte in Fach- und Personengruppen. Während diese rein ehrenamtlich tätigen Gruppen in den Kreisen und Bezirksverbänden sehr unterschiedlich präsent sind, geben sie auf der Landesebene ein vollständiges Abbild der vielfältigen Arbeitsfelder und der spezifischen Interessen der Mitglieder der GEW Hessen. Die Mitarbeit in den Landesfachgruppen und Landespersonengruppen ist offen für alle Mitglieder – auch zum zunächst unverbindlichen „Reinschnuppern“. Lediglich bei formalen Beschlüssen und Wahlen ist eine Delegation durch die Kreis- und Bezirksverbände erforderlich. Die HLZ wird in den nächsten Ausgaben in lockerer Folge die Arbeit der Fach- und Personengruppen vorstellen. Die nächsten Termine kann man bei den Vorsitzenden per Mail erfragen.



Die Fotos der Fachgruppe Gymnasien (oben) mit Angela Schönfelder, Stefan Edelmann und Anke Weichenhain und der Personengruppen Seniorinnen und Senioren (Mitte) mit Evelyn Schulte-Holle, Heiner Becker und Ilse Wagner entstanden auf der Landesdelegiertenversammlung, das Foto der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe (unten) wurde bei einer Klausurtagung aufgenommen.

Blick in den Landtag

Plenardebatte zur Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer in Hessen

Die Klick-Zahlen auf dem YouTube-Channel des Hessischen Landtags halten sich in Grenzen und auch die Zahl der Likes ist überschaubar (1). Doch die eine oder andere Debatte verdient schon die Aufmerksamkeit der Wählerin und des Wählers, insbesondere wenn ihre Berufsgruppe Objekt der Debatte ist. Das gilt vielleicht auch für die 121. Plenarsitzung am 24. November 2017, in der die „Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Belastungen und Befristungen in der Arbeitswelt Schule“ und die Antwort des Hessischen Kultusministeriums (HKM) auf der Tagesordnung standen (Drucksachen 19/4415 und 19/5034). Die Diskussion zeigt vor allem eines: Die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer in hessischen Schulen ist auch im Landtag angekommen und kann dort nicht mehr weiter ignoriert werden. Und ein Jahr vor der Landtagswahl ist klar: Zusätzliche Aufgaben müssen mit zusätzlichen Stellen hinterlegt werden.

Der Landtagsabgeordnete *Christoph Degen (SPD)* eröffnete die Debatte mit deutlichen Hinweisen auf die große Zahl von Überlastungsanzeigen, „die in den letzten Jahren immer wieder eingegangen sind“. Die Empörung an den Schulen resultiere aber nicht nur aus der Überlastung selbst, sondern vor allem – so wörtlich im Brief einer Kooperativen Gesamtschule – aus dem „ignoranten Umgang mit den Anliegen“, der „im deutlichen Kontrast zu der unzulänglichen Situation an den Schulen“ steht, „die durch hohe Krankenstände und Langzeiterkrankungen und damit durch ständigen Unterrichtsausfall geprägt ist“. Entsprechend kritisierte Degen die Tatsache, dass das Kultusministerium die Frage nach der „Zahl der Krankheitstage hessischer Lehrkräfte in den vergangenen vier Jahren“ nicht beantwortet hatte:

„Die Zahlen liegen für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch vor. Jeder Arbeitgeber, der keine Aussage zur Anzahl der Krankheitstage seiner Mitarbeiter geben kann, sollte sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft seines Betriebs machen.“ (2)

Degen kritisierte wie nach ihm auch *Gabriele Faulhaber (Die Linke)* und *Wolfgang Greilich (FDP)*, dass der vom HKM als „Gestaltungsressource“ bezeichnete Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung von vier Prozent beziehungsweise fünf Prozent an Selbstständigen Schulen „als Allzweckwaffe“ erhalten müsse. Dazu *Christoph Degen*:

„Das wird so alles nicht funktionieren. Wir müssen Schulen wieder viel mehr mit ihren individuellen Voraussetzungen vor dem Hintergrund ihres individuellen Bedarfs ausstatten und hier künftig Programme, die wir wollen und uns wünschen, auch angemessen ausstatten – für die Lehrkräfte, für die Schulleitungen und für alle, die mit Schule zu tun haben.“

Wolfgang Greilich nahm sich insbesondere die Aussage des Kultusministeriums vor, dass sich aus den letzten Änderungen der Dienstordnung für Lehrkräfte und Schulleitungen in den Fassungen von 1993, 1998 und 2011 keine „deutlich höheren Anforderungen“ ableiten ließen (siehe Kasten):

„Es kann doch nicht ernsthaft die Antwort der Landesregierung sein, dass der Wortabgleich der Dienstordnungen keine Veränderung ergeben hat. Wollen Sie den Lehrkräften und Schulleitungen das als Antwort auf die Schreiben, die Eingaben und die Belastungsanzeigen geben? Glauben Sie wirklich, dass sich die Lebenswirklichkeit nach der Dienstordnung richtet? Wäre es nicht Ihre Aufgabe, die Rahmenbedingungen und meinewegen auch die Dienstordnung, wenn sie so wichtig ist, der gesellschaftlichen Realität anzupassen?“

Genau diese Passage in der schriftlichen Antwort des Ministeriums auf die An-

frage der SPD hatte auch *Degen* kritisiert. Wenn alle zusätzlichen Aufgaben als „Regelaufgaben“ aus der Dienstordnung abgeleitet werden könnten, dann heiße das auch:

„Die Lehrkräfte machen das alles einfach so nebenbei weiter. Das hat mit Wertschätzung nichts zu tun.“

Armin Schwarz (CDU) warnte vor einer Dramatisierung der Situation an den Schulen, denn die Antwort auf die Große Anfrage habe „auch viel Gutes“ zu Tage gefördert. Die „Veränderungen in der Welt“ führten zu „Veränderungen in der Arbeitswelt, in der Gesamtgesellschaft und in jedem Berufsfeld“. Dazu gehören für Schwarz die Themen „Integration, Inklusion, Berufs- und Studienorientierung“:

„Deshalb werde ich sehr robust jedem Versuch entgegenwirken, das Berufsbild des Lehrers zu torpedieren und madig zu machen. Vor allem hat das mit der Realität nichts zu tun, gar nichts.“

Auch *Daniel May (Bündnis 90/Die Grünen)* stellte dar, dass für zusätzliche Aufgaben sehr wohl auch zusätzliche Stellen geschaffen worden seien. Er nannte rund 1.700 zusätzliche Stellen für die Deutschförderung und 1.000 zusätzliche Stellen für den Ganztagschulausbau. Außerdem solle es noch in dieser Wahlperiode „700 Stellen für Schulsozialarbeit an 1.000 Schulen“ und „noch einmal 300 Stellen zusätzlich für die Stellenzuweisungen nach Sozialindex“ geben. Allerdings weist eine zu Beginn des laufenden Schuljahres 2017/18 vorgelegte Aufstellung des HKM mindestens für die zurückliegenden Schuljahre einen leichten Rückgang der Zahl der Vollzeitlehrerstellen aus (siehe Tabelle).

Gabriele Faulhaber (Die Linke) erinnerte in ihrem Beitrag noch einmal an die Weigerung der Landesregierung, eine Belastungsstudie in Auftrag zu geben, aus der sich dann auch die Anforderungen ableiten lassen, die aktuell „mit Ganztags und Inklusion und der steigenden Arbeitsbelastung in der Verwaltung und der Budgetverwaltung (...) auf die Schulen abgewälzt“ werden. Sie bezog sich dabei auf die von der GEW Niedersachsen in Auftrag ge-

Entwicklung der Vollzeitlehreereinheiten

Schuljahr	2014/15	2015/16	2016/17
Allgemeinbildende Schulen	46.977	45.755	45.703
Berufliche Schulen	8.969	8.918	8.988
Alle Schulen	55.946	54.671	54.689

Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Hartmann (SPD) vom 22.8.2017 betreffend Schulstart in Hessen zum Schuljahr 2017/2018 und Antwort des Kultusministers DS 19-4337



Bei der Sondersitzung des Landtags zum 70-jährigen Bestehen des Landes Hessen am 30. November 2016 war der Plenarsaal mit Abgeordneten und Gästen voll besetzt. (Foto: Hessischer Landtag, Kanzlei, H. Heibel)

gebene Studie zu den Belastungen an den öffentlichen Schulen. Auch wenn man diese nicht eins zu eins auf Hessen übertragen könne, habe sie zwei wesentliche Erkenntnisse erbracht:

„Es gibt kaum eine andere Berufsgruppe, die ihre Arbeitsbedingungen so schlecht beurteilt wie die der Lehrerinnen und Lehrer. Aber es gibt auch kaum eine andere Berufsgruppe, die sich so mit ihrem Beruf identifiziert wie die der Lehrerinnen und Lehrer. Und die zweite Erkenntnis: Über 50 Prozent der Lehrkräfte befürchten, bei Anhalten der Bedingungen das Rentenalter nicht gesund zu erreichen.“

Faulhaber widersprach auch der Behauptung des HKM, dort seien seit Juli 2016 gerade einmal zwölf Überlastungsanzeigen eingegangen:

„Alleine auf meinem Schreibtisch stapeln sich viel mehr. Ich weiß nicht, warum Sie die nicht zählen, vielleicht weil sie nicht als formlose Überlastungsanzeigen nach § 16 Abs. 1 Arbeitsschutzgesetz gestellt worden sind, sondern in Form von Brandbriefen.“

Wolfgang Greilich brachte darüber hinaus aktuelle Zahlen der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) ein, wonach der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben im Landeshaushalt von 27 Prozent im Jahr 2017 „nach vier Jahren Schwarz-Grün auf 25 Prozent abgesackt ist“.

Befristungsunwesen eindämmen

Daniel May (Bündnis 90/Die Grünen) wies den Vorwurf der Oppositionsparteien zurück, die Regierung habe sich mit dem „Befristungsunwesen“ abgefunden, das sich in der Zeit der schwarz-grünen Koalition weiter ausgedehnt habe:

„Wir investieren viele Ressourcen, um das Befristungsunwesen zu reduzieren. Ich weiß auch, dass es viele persönliche Schicksale sind und dass es sehr schwierig ist. Deswegen ist es auch unser Ziel, das Befristungsunwesen so weit wie möglich zu reduzieren.“

Wolfgang Greilich konterte mit dem aktuellen Beispiel einer Lehrkraft, der bei

der Bewerbung um eine Vertretungsstelle im November mitgeteilt wurde, „ein Vertrag könne längstens bis zum 6. Juli 2018 ausgestellt werden und könne dann erst wieder zum neuen Schuljahr beginnen“:

„Und was ist das Ergebnis? Diese Lehrkraft hat natürlich abgesagt. Sie macht so einen Unsinn nicht mit. Sie bewirbt sich in einem anderen Bundesland, wo sie durchgängig eine Stelle bekommen wird. Das war beim hiesigen Schulamt nicht durchsetzbar. Ich sage dazu nur: Sie haben nichts gelernt. Es ist noch schlimmer geworden.“

Kultusminister Professor Lorz forderte Greilich im weiteren Verlauf der Debatte auf, „Ross und Reiter“ zu nennen: *„Ich rufe die Lehrerin noch heute an. Wenn es so ist, wie Sie es sagen, dann halten wir sie.“*

Ansonsten sprach auch Lorz von einer „Erfolgsbilanz“ schwarz-grüner Bildungs- und Schulpolitik. „Natürlich“ habe er Verständnis für die Forderung nach einer geringeren Unterrichtsverpflichtung, schließlich wünsche sich auch „jeder Hochschullehrer, dass er eine geringere Lehrverpflichtung hat“. Solche Forderungen seien jedoch „im Moment völlig unrealistisch und unbezahlbar“. Die zentrale Herausforderung „für uns in der Bildungspolitik“ sei es deshalb

„dass wir mit den Mitteln, die wir mobilisieren können, eine vernünftige Balance finden zwischen dem, was wir für die Schülerinnen und Schüler gewährleisten müssen, und dem, was wir von unseren Lehrerinnen und Lehrern fordern und erwarten“.

Harald Freiling

(1) Die ungeschnittenen Videoaufzeichnungen zeigen ausschließlich die Rednerin oder den Redner am Rednerpult. Man findet sie unter <https://hessischer-landtag.de> (> Mediathek > Youtube > Videos).

(2) Die Zitate wurden auf der Grundlage der Videoaufzeichnungen transkribiert und werden weitgehend wortwörtlich wiedergegeben.

Überlastung: „Eine Begleiterscheinung der Postmoderne“

In der schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage der SPD wiederholt das Kultusministerium wortwörtlich die bereits vor drei Jahren verwendete Formulierung, die „höheren Anforderungen“ seien „eine Begleiterscheinung der Postmoderne“ (Drucksache 19/714 vom 2.9.2014). Neu ist dagegen der Gedanke, von einer höheren Belastung könne schon deshalb keine Rede sein, weil es bei den letzten Änderungen der Dienstordnung keine nennenswerten Änderungen gegeben habe. Die HLZ dokumentiert solche Gedankenakrobatik im Wortlaut: *„Dass sich in einer immer weiterentwickelnden Gesellschaft Aufgabenfelder verändern und an den Einzelnen teilweise höhere Anforderungen gestellt werden als noch vor 10 oder 20 Jahren, ist eine Begleiterscheinung der Postmoderne und betrifft alle Berufswege. Im schulischen Bereich schlägt sich dies sowohl im pädagogischen Bereich (z.B. bei der Inklusion, der individuellen Förderung, den didaktisch-methodischen Innovationen) als auch im strukturellen Bereich (z.B. jahrgangsübergreifende Strukturen, ganztägiger Unterricht, Kooperation mit außerschulischen Institutionen) nieder. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass der Großteil der dargestellten Tätigkeiten durchaus zu den Regelaufgaben von Lehrkräften gehört, die sich aus dem Lehr-, Erziehungs-, Betreuungs- und Beratungsauftrag gemäß der ‚Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter‘ vom 4. November 2011 (ABl. S. 870 ff.), zuletzt geändert am 9. November 2015, ableiten. Auf Grundlage des Vergleichs der Fassungen der ‚Dienstordnung (...)‘ vom 8. Juli 1993, in der Änderung vom 22. Juli 1998, und der Dienstordnung vom 4. November 2011, zuletzt geändert am 9. November 2015, sind keine ‚deutlich höheren Anforderungen‘ im Sinne der Fragestellung erkennbar.“ (DS 19/5034, Antwort auf Frage 1)*



Brandbrief zur Situation in Grundschulen

In Anwesenheit von Kolleginnen, Kollegen und Personalräten aus den Grundschulen im Bereich des Staatlichen Schulamtes Gießen/Vogelsberg übergaben Vertreterinnen und Vertreter des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL) einen Brief an Kultusminister *Lorz* (CDU). Die Personalrätinnen und Personalräte seien „mittlerweile in großer Sorge um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen in der Region“. Die Bedingungen des Unterrichtens und Erziehens hätten sich in den letzten Jahren so verändert, dass Lehrerinnen und Lehrer „ihre persönlichen Ansprüche an eine qualitativ gute Arbeit aufgrund äußerer Umstände nur noch in Überlastung eigener Ressourcen erfüllen können“. Als „Brennpunk-

te“ nennen die Personalräte den Ausbau der Ganztagschule ohne zusätzliche Ressourcen für pädagogisches Personal, Räume und Koordinationsarbeit, die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, die „häufig hinter den Bedingungen des Gemeinsamen Unterrichts zurückbleibt“, und den zunehmenden Einsatz von Lehrkräften ohne Lehrerausbildung. Den vollständigen Brief findet man im Internet unter www.gew-giessen.de.

Foto: Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer war bei der Protestversammlung der Personalräte der Grundschulen gut vertreten (von links): Susanne Arends (Vorsitzende), Sabine Füg, Gerno Hanitsch, Nina Heidt-Sommer, Ralf Fei und Otto Martin

Schulstreik gegen marode Schulen in Kassel

Mehrere hundert Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am 11. Dezember an einem Schulstreik, zu dem ein örtliches Bündnis unter Beteiligung der GEW aufgerufen hatte. GEW-Vorsitzende *Maïke Wiedwald* verteidigte die Proteste gegen den maroden Zustand der Schulen und für eine Aufstockung

der Bauinvestitionen gegen die Kritik von Oberbürgermeister *Christian Geselle* (SPD). Angesichts des von der Stadt bestätigten Investitionsstaus bei der Sanierung der Schulen in Höhe von 144 Millionen Euro seien die Fördergelder von Land und Bund in Höhe von 30 Millionen Euro eben nicht ausreichend.



Unmut beim Internationalen Bund

Mit dem Ruf „TVÖD beim IB! Jetzt!“ zogen gut 100 Beschäftigte des Internationalen Bundes (IB) Ende November vor und durch die Geschäftsstelle der IB Südwest gGmbH in Darmstadt. In der anberaumten Verlängerung der Betriebsversammlung machten sie ihren Unmut über den bisher erzielten Verhandlungsstand in der aktuellen Tarifrunde deutlich. Die Fortführung der Betriebsversammlung in Darmstadt war zuvor auf der vorangegangenen Betriebsversammlung in Frankfurt vereinbart worden, weil zu viele Fragen der Beschäftigten zur neuen Entgelttabelle und der Überleitung dahin nicht beantwortet werden konnten. Die Beschäftigten erklärten in der Betriebsversammlung dem Vertreter der Arbeitgeberseite, dass sie eine Nachbesserung zum bisherigen Stand der Entgelttabelle und insbesondere die volle Anerkennung ihrer Berufserfahrungsjahre beim IB für die Überleitung erwarten. Die folgenden Wortmeldungen machten deutlich, dass die Forderungen gut begründet sind:

„Wir leben in der Rhein-Main-Region, unsere Lebenshaltungskosten sind viel höher als in anderen Gegenden. Sie reden von einer Zulage, die eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers ist. Die kann jederzeit gestrichen werden. Das können wir uns nicht mehr leisten!“

„Der Gehaltsunterschied in der Sozialen Arbeit zwischen dem IB und anderen Arbeitgebern beträgt bis zu 600 Euro. Warum soll ich denn da beim IB bleiben?“

„Ich habe den Eindruck, der IB will nur noch ‚Einweg-Mitarbeiter‘. Wer jung ist, wird besser gestellt, das gönnen wir ihnen auch, schon damit überhaupt noch Fachkräfte zu uns kommen. Aber nach einigen Jahren wird ihre Berufserfahrung nicht mehr wertgeschätzt und sie sollen wieder gehen, damit neue Mitarbeiter nachkommen. Das nenne ich ‚Einweg-Mitarbeiter‘. Ich finde, das ist ein Schlag ins Gesicht der älteren Mitarbeiter, die die Qualität, für die der IB steht, gewährleisten.“

Für Peter Lotz (GEW) war die Berufsbildung einmal „das Flaggschiff des IB“: „Wir haben die Kohle eingefahren, jahrelang. Davon wurden andere Bereiche finanziert. Heute geht es der Südwest gGmbH finanziell wieder sehr gut. Trotzdem sollen die Gehälter der Berufsbildner, auf noch niedrigerem Niveau als jetzt schon, gekappt werden. Wir wollen endlich einen gerechten Anteil am finanziellen Erfolg.“

Steuerverschwendung durch LandesTicket?

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) ist für zwei Dinge bekannt: für seine laufende Schuldenuhr zum Stand der Staatsverschuldung und für sein Schwarzbuch zur angeblichen Verschleuderung von Steuergeldern bei Bund, Ländern oder Kommunen. Sein hessischer Ableger wirbt seit Anfang Oktober auch auf *Youtube* für das neue Schwarzbuch des BdSt.

Der Bund der Steuerzahler...

In kurzen Clips jammert BdSt-Funktionär *Clemens Knobloch* über die vermeintliche Geldverschwendung der öffentlichen Hand in Hessen, unter anderem über das *LandesTicket* für die Beschäftigten des Landes, das „ein teurer Spaß für die Steuerzahler“ sei:

„Gerade die gut verdienenden Landesbeamten, die sowieso schon genug Privilegien haben, sollen hier erneut profitieren. (...) Wir fragen uns schon, warum die Landesbediensteten nicht einen Eigenbeitrag leisten können für dieses Landesticket. Wenn man es bei den normalen Jobtickets verlangen kann, wenn man es sogar von den Schülern verlangen kann mit einem Euro pro Tag, dann kann man es von den Beamten auch verlangen.“

Die angeblich zu gute Bezahlung der Landesbeschäftigten ist dem BdSt schon länger ein Dorn im Auge, und dasselbe gilt auch für die für 2018 vorgesehenen Stellen für Sozialpädago-

Fragen zum LandesTicket

Nach einem holprigen Start konnte offensichtlich sichergestellt werden, dass alle Landesbeschäftigten rechtzeitig zum Beginn des neuen Jahres das *LandesTicket* in der Hand hatten. Eine umfassende FAQ-Liste findet man auf der Homepage des Innenministeriums unter

- www.landesticket.hessen.de.

Für Fragen, die dort nicht beantwortet werden, gibt es eine E-Mail-Adresse für Beschäftigte des Landes:

- LandesTicketHessen@hmdis.hessen.de

Für Fragen an die regionalen Verkehrsverbände nennt das Innenministerium folgende Servicenummern:

- NVV: Tel. 0800-9390800
- RMV: Tel. 069-24248024
- VRN: Tel. 0621-1077077

ginnen und Sozialpädagogen in hessischen Schulen.

Offensichtlich ist dem BdSt kein Argument zu platt, um das wirtschaftsliberale Leitbild des schlanken Staates zu propagieren. Tatsächlich hinkt der Vergleich der Freifahrtberechtigung für die Landesbeschäftigten mit einem normalen Jobticket, denn die Freifahrtberechtigung ist Teil der aktuellen Tarifvereinbarung zwischen Land und Gewerkschaften, und sie ist in diesem Kontext auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden. Dass die „gut verdienenden Landesbeamten“ seit der Jahrtausendwende bei der Besoldung gegenüber der Tarifentwicklung im verarbeitenden Gewerbe rund 18 Prozent verloren haben, ist dem BdSt natürlich kein Wort wert.

... will den armen Staat...

Wundern darf man sich über solche Ausführungen durch eine Vereinigung, die faktisch als Vorfeldorganisation der FDP fungiert, allerdings nicht. Es gibt in Deutschland wohl kaum einen Verein, der so schamlos – aber leider auch so erfolgreich – mit seinem Namen Etikettenschwindel betreibt. Der Bund der Steuerzahler ist eine Tarnorganisation, die neoliberale Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Interesse von mittelständischen Unternehmen und Besserverdienenden betreibt. Er fordert mantramäßig einen schlanken Staat, Steuersenkungen und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die viel zu geringe Besteuerung von Kapitalerträgen durch die Abgeltungssteuer ist für den BdSt hingegen kein Thema, denn von dieser Steuer profitieren vor allem die von ihm repräsentierten Mitglieder.

... und wenig Steuern für Reiche

Über die Hälfte der Mitglieder des BdSt sind Unternehmen und gewerbliche Mittelständler, die anderen sind vor allem Freiberufler und Angestellte in leitenden Positionen. Auch zu den Themen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung ist vom BdSt kaum etwas zu hören und auch mehr Personal für Steuer- und Betriebsprüfungen gehört nicht zu seinem Forderungskatalog.



Nach eigenen Angaben hat der BdSt in Hessen aktuell etwa 15.000 Mitglieder, bundesweit rund 250.000 – Tendenz sinkend. *Karl Bräuer* (1881–1964), der den BdSt 1949 gründete, war in der NS-Zeit Präsident der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, der von den deutschen Faschisten gegründeten Standesorganisation für Wirtschaftswissenschaftler. 1946 wurde Bräuer wegen der Mitgliedschaft in der NSDAP und der Tätigkeit als Untersturmführer der SS und Schulungsleiter für Rasse- und Siedlungsfragen emeritiert und aus allen Ämtern entlassen. Diese braune Vergangenheit seines Gründers hielt den BdSt nicht davon ab, sein 1965 gegründetes finanzwissenschaftliches Institut nach Bräuer zu benennen. Auch ein mit 10.000 Euro dotierter Preis trug den Namen seines Vereinsgründers. Erst 2013 wurde dem BdSt die Vergangenheit seines Gründers zu peinlich: Der Karl-Bräuer-Preis wird seitdem nicht mehr verliehen, und die alten Preisträger erhielten im Nachhinein eine neue Urkunde, in der der Name Karl Bräuer nicht mehr vorkommt. Das Forschungsinstitut wurde in Deutsches Steuerzahlerinstitut umbenannt. Leider hat auch diese Namensänderung an der wirtschaftsliberalen Schlagseite des Bundes nichts geändert.

Kai Eicker-Wolf

Keine leichte Lektüre

Mit dem Heißluftballon über die Bildungslandschaft

Jörg Schlömerkemper ist vielen hessischen Lehrerinnen und Lehrern, die ihre Ausbildung an der Frankfurter Goethe-Universität absolviert haben, als engagierter, der Praxis zugewandter Hochschullehrer in Erinnerung. Bis 2007 war er Geschäftsführer der Redaktion der erziehungswissenschaftlichen Zeitschrift

der GEW „Die Deutsche Schule“; seit 2008 ist er Verfasser monatlicher Leseempfehlungen in der Zeitschrift „Pädagogik“. Detlef Träbert, Schulentwicklungsberater und Ehrenvorsitzender der Aktion Humane Schule, stellt Schlömerkemper's neues Buch vor, das „neue Entwürfe für das Lehren und Lernen“ bietet.

Haben Sie schon einmal eine Fahrt mit dem Heißluftballon mitgemacht? Dann kennen Sie die Erfahrung, eine bekannte Gegend aus der Höhe zu betrachten und sie dabei aus bislang unbekannter Perspektive in einer völlig neuen Dimension wahrzunehmen. So ähnlich verhält es sich mit dem aktuellen Buch von Jörg Schlömerkemper über „Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung“. Was er in elf Kapiteln auf rund 280 Seiten beschreibt, ist alles bekannt und stellt dennoch eine Überwindung der gängigen Sichtweise von Schule und Unterricht dar. Diesen neuen Blickwinkel braucht es – endlich! – für eine Neuorientierung unseres Bildungswesens.

Gleich im ersten inhaltlichen Kapitel (Kapitel 2) über die aktuellen „Baustellen“ von Schule, in dem er sich Gedanken über Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Lernen und Leistungen oder System-Struktur-Fragen macht, wird Schlömerkemper's Ansatz deutlich: Er hält die Bearbeitung von Problemen in und um Schule im Rahmen der bestehenden Strukturen für schwierig. Stattdessen stellt er in den folgenden Kapiteln Antinomien heraus, Gegensätzlichkeiten also, Doppeldeutigkeiten, die verdeutlichen können, „warum und wie scheinbar unvereinbare Aussagen auf einer höheren

Ebene oder bei tieferer Analyse miteinander in Beziehung stehen“ (S.24).

Daraus ergibt sich eine neue Sicht von den Funktionen der Schule (Kapitel 5). Schlömerkemper schlägt in Überwindung der gängigen Dreiteilung nach Helmut Fend in Qualifikations-, Selektions- und Legitimationsfunktion eine Zweiteilung der Aufgaben von Schule vor: Sie soll einerseits qualifizieren, wozu die ganze Spannweite ihrer Aufgaben vom Selektieren nach Leistungsstärke bis zum Kompensieren von Leistungsproblemen gehört. Andererseits soll sie Einstellungen fördern, die sowohl die Akzeptanz unterschiedlicher Qualifikationen beinhalten, als auch Haltungen, die Empathie, Hilfsbereitschaft und Solidarität fördern. Dafür prägt er den Begriff des „Habituiens“.

Solche neuen oder neu definierten Begriffe sind wesentlich für dieses Buch, weil die alten Begrifflichkeiten mit all ihren inneren Widersprüchen mitverantwortlich sind für die anscheinend unüberwindlichen Baustellen im Zusammenhang mit Schule. Doch der Anschein trügt: Es gibt Wege der Veränderung schulischen Lernens! So denkt der Autor im weiteren Text über Aufgaben und Ziele sowie Konzepte schulischer Bildung nach, die er dann in den Kapiteln 9 bis 11 an den Stichworten Leitbilder, profilorientiertes Ler-

nen und kooperatives Lernen und Arbeiten konkretisiert. Sie beschreiben Alternativen zur jahrgangscurricular verfestigten Struktur des herkömmlichen Unterrichts sowie gangbare Wege zu individualisiertem Lernen samt der zugehörigen Leistungsmessung. Es gibt Auswege aus der permanenten Überforderung der Einen und der Unterforderung der Anderen – das, wofür einzelne Schulen alljährlich mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet werden, soll und kann Allgemeingut werden.

Im letzten der zwölf Kapitel beschreibt Schlömerkemper schließlich Lösungsansätze, die sich nicht nur auf Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte beziehen, sondern auch auf Fragen von Schulpflicht, Klassenwiederholung oder Schulinspektion, auf Schulformen und Schulentwicklung, Bildungs- sowie Gesellschaftspolitik und schließlich auf die pädagogische Praxis und Erziehungswissenschaft.

„Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung“ skizziert bahnbrechende Ansätze für die längst dringend gewordene Umgestaltung unseres Schul- und Bildungswesens. Allerdings ist es keine leichte Lektüre, auch wenn der Autor sich nach eigener Einschätzung „um eine möglichst schnörkellose Sprache bemüht“ (S.9) hat. Schon der Titel weckt nicht gerade Leselust, obgleich sich der Urlaub als ideale Lesezeit besonders für dieses Buch anbietet. Mit ein wenig Abstand zum Alltag lassen sich nämlich „begriffliche Klärungen und Entwürfe für Lehren und Lernen“ leichter auffassen als mitten im beruflichen Stress. Der neue Schlömerkemper kann sogar zum intellektuellen Vergnügen werden, wenn es der Leserin, dem Leser gelingt, „die gewohnten Bahnen des Denkens zu verlassen und konsequent nach Alternativen zu suchen“ (S. 8).

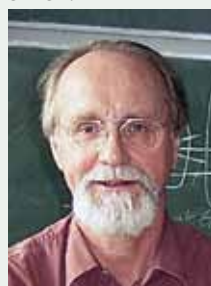
Dipl.-Päd. Detlef Träbert
www.schulberatungsservice.de



Jörg Schlömerkemper:
Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung. Begriffliche Klärungen und Entwürfe für Lehren und Lernen.

Weinheim und Basel
(Beltz Juventa) 2017,
282 Seiten, 28,95 Euro
(E-Book: 26,99 Euro)

Das Inhaltsverzeichnis
und Leseproben findet
man auf der Homepage
von Jörg Schlömerkemper
(<http://www.jschloe.de>).



Antiziganismus

Ein Thema im Unterricht – nicht nur am Holocaust-Gedenktag



Am 22. 11 2017 hat der Hessische Landtag einen Staatsvertrag mit dem hessischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma beschlossen. Hessen ist damit das dritte Bundesland nach Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, das einen solchen Vertrag abgeschlossen hat. *Adam Strauß*, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, sprach am 6. Oktober bei der Vertragsunterzeichnung von einem Vertrag, „für den wir lange Zeit gekämpft haben“:

„Er bedeutet für uns Sicherheit, dass wir unsere Arbeit uneingeschränkt fortführen können, gerade in der heutigen Zeit, in der der Rechtspopulismus in unserem Land wieder an Zulauf gewonnen hat.“

Sinti und Roma sind – wie Sorben, Dänen und Friesen – eine anerkannte nationale Minderheit in Deutschland, denen bestimmte Rechte unter anderem im Bereich des Bildungswesens und der Sprachförderung zustehen. Das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ des Europarates trat bereits 1998 in Kraft. Der Staatsvertrag des Landes Hessen mit dem Verband der Sinti und Roma ist also lange überfällig. Dass so lange nichts geschehen ist, ist vor dem Hintergrund des Völkermordes an den Sinti und Roma erschreckend. Und es waren vor allem die Vertretungen der Minderheit selbst, die mit Beharrlichkeit diesen Staatsvertrag auch in Hessen erreicht haben.

Antiziganismus sollte in den Schulen thematisiert werden, genauso wie

Antisemitismus und Rassismus im Allgemeinen. Deutschland hat sich zur Umsetzung der Inklusion verpflichtet, auch das macht eine Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Ressentiments zur Pflicht. Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ thematisieren Diskriminierung und Segregation auf Grund von Herkunft, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit offensiv. Eine demokratische Gesellschaft braucht demokratische Schulen, Erziehung zur Demokratie. Dies ist eine zentrale Zielsetzung der GEW.

Leider wird das Thema Antiziganismus sowohl im Rahmen des Unterrichts über den Holocaust und die Verbrechen während der Nazizeit als auch im Rahmen einer antirassistischen Erziehung oft „vergessen“. Roma und Sinti sehen sich auch heute in der Öffentlichkeit immer noch denselben Feindbildern ausgesetzt, die das Nazi-Regime nutzte, um den Völkermord zu verüben.

Der Film „Nellys Abenteuer“

Wie nötig und aktuell das Thema Antiziganismus ist, zeigte der Kinderfilm „Nellys Abenteuer“, der 2016 in vielen Kinos lief. Dieser Film hat zahlreiche Preise erhalten und ist nach Angaben des Filmverleihs auch für den Unterricht geeignet. Am 18. November wurde er dann auch im öffentlich-rechtlichen Kinderkanal KiKA gezeigt.

Der Zentralrat der Sinti und Roma und auch Mitglieder von Bündnis 90/

Die Grünen protestierten gegen den Antiziganismus des Films. Ein Gutachten im Auftrag des Zentralrats kam zu dem Ergebnis, dass der Film „zahlreiche antiziganistische Klischees sowie homogenisierende und essentialisierende Darstellungen über Roma beinhaltet“ (<http://zentralrat.sintiundroma.de>). Unter den dort transportierten Klischees („Roma klauen Kinder“, „Romakinder klauen“) haben die Sinti und Roma in vielen Ländern Europas schon seit Jahrhunderten zu leiden. Sie wurden zu Gesetzlosen und Vogelfreien erklärt und von der Mehrheitsbevölkerung verfolgt. Ein Film, in dem es unter anderem um Roma geht, muss sich mit diesen Jahrhunderte alten Stereotypen auseinandersetzen und deren Gefährlichkeit erkennen und darf sich nicht ihrer ungeniert bedienen.

Egal ob Kinder und Jugendliche, die den Film sehen, derartige „Zigeunerbilder“ bisher schon kannten oder nicht, ob sie ihnen in der Boulevardpresse, in Märchen, Comics oder anderen Filmen begegneten: Warum sollen sie dem noch heute so ausgesetzt werden? Lehrerinnen und Lehrer wissen, dass Kindern nicht zuerst Falsches präsentiert werden darf, um es danach korrigieren zu wollen. Das Falsche setzt sich fest. Und wenn in einer Klasse Romakinder sind? Müssen sie sich dann rechtfertigen, dass sie „nicht so sind“ wie die im Film dargestellten? Deshalb stimme ich der Analyse der grünen Politikerinnen und Politiker ausdrücklich zu, dass der Film für die Zielgruppe Kinder nicht geeignet ist: *„Es ist aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive ein fatales Zeichen, wenn im öffentlich-rechtlichen Kinderkanal durch einen staatlich geförderten Film Kinder mit antiziganistischen Stereotypen unkommentiert konfrontiert werden.“* (<http://bit.ly/2ByavTg>)

Sinti und Roma haben Auschwitz im Kopf, sie haben die Ausgrenzung und Hetze, die Auschwitz vorausgegangen war, noch in Erinnerung und werden auch heute noch verfolgt und diskriminiert. Das sollten wir nicht vergessen.

Christoph Ortmeier

Der Autor war bis zu seiner Pensionierung 2014 Grundschullehrer in Frankfurt.

Unterrichtsmaterial

- Der Verband Deutscher Sinti und Roma (Landesverband Hessen) verleiht die mobile Ausstellung „Hornhaut auf der Seele – Die Geschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen“ mit Tafeln zu „Zigeunerbildern“ sowie Medienboxen mit Materialien für die Behandlung des Themas im Unterricht in Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt und Marburg und in der Region Südhessen mit den Kreisen Bergstraße, Groß-Gerau, Odenwaldkreis und Darmstadt-Dieburg.
- Eine Literaturliste des Landesverbands Baden-Württemberg des Verbandes Deutscher Sinti und Roma kann man auf dessen Internetseite herunterladen (http://sinti-roma.com/wp-content/uploads/2017/03/Lehrmaterialien_gesamt.pdf).

- Das Büchlein von Karola Fings „Sinti und Roma – Geschichte einer Minderheit“ enthält auf 120 Seiten eine hervorragende Zusammenstellung wichtiger Informationen (Verlag C.H.Beck 2014).
- Auf der Seite <http://geschichte-bewusst-sein.de> kann man sich über das Projekt „Kompetent gegen Antiziganismus“ und das „Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus“ informieren.
- Die CD „Sinti und Roma in Deutschland und die Rolle des Antiziganismus“ mit Materialien für den fächerübergreifenden Unterricht kann man kostenlos beim Hessischen Kultusministerium bestellen (<https://kultusministerium.hessen.de> > Suche: CD Sinti und Roma

Die doppelten Jahre

Das Tagebuch einer Schülerin aus dem besetzten Paris

Ursel Bös arbeitet seit vielen Jahren an der Integrierten Gesamtschule in Kelsterbach, unterrichtet Deutsch, Französisch und Gesellschaftslehre und hat sich jetzt ganz auf die Intensivklassen konzentriert. Im Gespräch mit HLZ-Redakteur Harald Freiling, der lange mit Ursel Bös an derselben Schule unterrichtete, beschrieb sie, wie sie auf das Tagebuch von *Micheline Bood* gestoßen ist, das nach intensiver Übersetzungs- und Rechercharbeit an Wochenenden und in den Ferien im Herbst 2017 zur Frankfurter Buchmesse erschien. Ursel Bös wurde schon in den 90er Jahren auf das Buch aufmerksam – durch einen kurzen Auszug in einem Schulbuch des Diesterweg-Verlags, in dem Micheline Bood den Alltag unter der deutschen Besatzung und die vielen Einschränkungen und Schikanen schildert. Da es in Frankreich vergriffen war, bestellte sie es über Fernleihe:

„Beim Lesen wurde mir schnell klar, dass es sich um ein außergewöhnliches zeithistorisches Dokument handelt: das Tagebuch einer jungen Frau, das sie am 1. April 1940, kurz vor ihrem 14. Geburtstag und kurz vor der Invasion der deutschen Wehrmacht in Frankreich am 10. Mai 1940 begonnen hatte und das sie über die gesamte Dauer der deutschen Okkupation führte, besonders ausführlich in den Juli- und Augusttagen 1944 während des Kampfes um die Befreiung von Paris. Da ist sie 18 Jahre alt.“

Ursel Bös fühlte sich beim Übersetzen und Recherchieren über die erwähnten Ereignisse, Orte, Personen, Filme und Bücher unmittelbar in die damalige Zeit zurückversetzt. Und auch *Daniel Cohn-Bendit* beschreibt in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe das Lesen als „eine Reise zurück ins besetzte Paris“. Ursel Bös kannte Berichte und Romane über die Besatzungszeit, die nachträglich verfasst wurden, wie *Joseph Joffos Un sac de billes* (1973), der gerade jetzt unter dem Titel *Ein Sack voll Murmeln* neu verfilmt wurde:

„Aber das Tagebuch war etwas ganz anderes, die authentische Sicht der 14- bis 18-Jährigen auf den Besatzungsalltag und den Krieg. Und es wurde 1974 so veröffentlicht, wie es 1940 bis 1944 geschrieben wurde.“

Und Ursel Bös wollte, dass es auch in Deutschland erscheint, denn „es waren ja unsere Väter und Großväter, die als Besatzungssoldaten in Frankreich waren und deren Fotos unter dem Eiffelturm noch heute in vielen Familienalben kleben“: *„Es sind die Widersprüche und Details im Besatzungsalltag, die das Buch so wichtig und lesenswert machen: die Begegnungen und Flirts Michelines mit deutschen Soldaten, die Spielräume, die jeder einzelne Soldat hatte. Mehr als einmal gerät Micheline Bood bei ihren vielen kleinen Widerstandskaktionen oder fre-*

chen Widerworten in Gefahr. Einmal wird sie verhaftet, als sie ihren selbst gefälschten Metroausweis benutzt, doch der deutsche Soldat lässt sie schließlich laufen.“

Für Ursel Bös, die Schülerinnen und Schüler im Alter von Micheline Bood unterrichtet, ist das Tagebuch sowohl ein Dokument der Kriegsjahre als auch das einer weiblichen Adoleszenz im Krieg. Darauf verweise auch der Titel „Die doppelten Jahre“:

„Micheline Bood berichtet über Konflikte mit den Eltern, Schulschicksalen, Freundinnen, wie sie sich verliebt, dass sie sich auch in der Kriegssituation ein Recht auf ein eigenes Leben ertrotzt. Gleichzeitig verfolgt und kommentiert sie akribisch die Ereignisse der Invasion, den Kriegsverlauf und die Befreiung. Sie schimpft über die Kollaborateure und schwärmt für die Résistance, de Gaulle und die Engländer. Sie ist ungewöhnlich furchtlos, nimmt an einer verbotenen Demonstration teil, schreibt englandfreundliche Plakate und hängt sie vor den Augen deutscher Soldaten auf, fälscht Papiere und besorgt gefälschte Papiere für andere. Und sie ärgert sich, dass sie nicht mehr tun kann, und das alles mit jugendlichem Impetus.“

Micheline Bood hatte ihre Tagebücher zunächst nicht mehr geöffnet. Als die Zeitschrift *En ce temps-là de Gaulle* 1972 unveröffentlichte Zeitzeugenberichte suchte, erlaubte sie, Auszüge aus dem Tagebuch zu veröffentlichen. Der Veröffentlichung als Buch stimmte sie erst zu, als Zeitzeugen unter anderem in *Marcel Ophüls' Film Le chagrin et la pitié* den Vorwurf erhoben, die jungen Menschen – vor allem an den Gymnasien – seien „unpolitisch“ gewesen:

„Micheline Bood hat ihr Tagebuch nach dem Krieg selbst in den Kontext der Diskussion um Kollaboration und Widerstand gestellt. Ihre ambivalente Haltung den deutschen Besatzern gegenüber war ihr wohl bewusst, das wollte sie weder streichen noch beschönigen. In ihrem Nachlass findet sich ein bisher unveröffentlichtes Schreiben, dass das Tagebuch für die Veröffentlichung nicht nachträglich geglättet werden darf. Es solle sichtbar bleiben, ‚dass es sich wirklich um ein Tagebuch handelt, das (...) nicht lügen, den Sachverhalt nicht verfälschen, die (...) Ereignisse nicht zugunsten der Autorin ‚beschönigen‘ kann und in dem das Phänomen der ‚toilette du souvenir‘, des nachträglichen Zurechtbiegens des Erinnerenden, das bei Erinnerungen unausweichlich ist, ausgeschlossen ist.“

Die Recherchen führten Ursel Bös auch zu Micheline Boods Ehemann *Maurice* und zu ihrem Sohn *Christophe*. Aus Boods zweitem, posthum veröffentlichten Buch *L'indomptable Louise Colet* über die „Muse“ *Flauberts*, mit der Micheline Bood verwandt war, wusste sie, dass Micheline Bood 1980 an Lymphdrüsenkrebs gestorben war. 2014 war Ursel Bös auf Spurensuche in Paris und suchte ihr Grab. Von der Friedhofswärterin erfuhr sie, dass Micheline Boods Mann noch in Paris lebt:

„Er war sofort einverstanden, dass ich mich um die Veröffentlichung einer deutschen Ausgabe des Tagebuchs bemühe, und sagte mir alle notwendige Unterstützung zu. Er stellte mir Briefe, Fotos, Berichte und Reportagen zur Verfügung, die Micheline Bood nach dem Krieg veröffentlicht hatte. Maurice und Christophe Bood überließen uns auch das Selbstporträt für das Cover. Jetzt freuen sie sich hoffentlich mit der Enkelin, die auch Micheline heißt, dass es jetzt auf Deutsch erschienen ist.“



Neue Bücher bei Open Books während der Buchmesse 2017: Daniel Cohn-Bendit, Verleger Reiner Weiss (Mitte) und Ursel Bös präsentieren Micheline Boods Tagebuch. (Foto: Irma Hansmann)

Am 14. Juni 1940 marschierte die deutsche Wehrmacht in Paris ein. Micheline Bood war damals 14 Jahre alt.

Donnerstag, 15. August 1940

Ich habe ein neues witziges Spiel entdeckt: Man legt eine Handvoll davon neben sich und isst sie. Pflaumen. Wenn der Kern schön klebrig ist, nimmt man ihn vorsichtig zwischen Daumen und Zeigefinger und drückt ab, wenn ein Boche vorbeigeht. Er landet erstaunlich genau richtig, vor allem auf der Nase. Wenn sie auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig sind, schauen sie direkt über sich hoch und verstehen nicht, wo es herkommt. Dieser zweite Vorteil der Pflaumen war bisher unbekannt!

Der 11. November ist zur Erinnerung an den Waffenstillstand und den Sieg Frankreichs über Deutschland im Ersten Weltkrieg seit 1922 französischer Nationalfeiertag. Für den 11. November 1940 erleben die Besatzungsbehörden ein ausdrückliches Versammlungsverbot, die Schulverwaltung untersagte die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern und Studentinnen und Studenten. Trotzdem kursierten auch an Michelines Schule entsprechende Versammlungsaufrufe.

Mittwoch, 6. November 1940

Wir ließen in allen Klassen einen Zettel umlaufen: „Franzosen, die Boches achten den 11. November nicht, kommt alle um 5 Uhr zum Arc de Triomphe.“ Ein anderer Boche-Lehrer erwischte den Zettel, und Janine – auf die jeder sauer ist, weil sie so für die Boches ist – sagte: Gut gemacht! Aber der Lehrer sagte nur: Macht das, meine kleinen Kinder, während der Pause, wenn ihr wollt, aber nicht während des Unterrichts, Wir werden fast alle zum Arc de Triomphe gehen. Das wird lustig. Wenn irgendetwas passiert, werden wir alle im Gefängnis landen! Keine Hausaufgaben, keine Lehrer und keine Strafen mehr! Toll. (...)

Montag, 11. November 1940

7 Uhr (abends): Ich war da. Ich habe gesehen. Ich habe nicht gesiegt, aber ich habe demonstriert. Als wir ankamen, Yvette, Monique und ich (Mama hatte Nicole verboten, hinzugehen), waren auf der Champs-Élysées nur 2 oder 3 Boches zu sehen. An der Place de l'Étoile treffen wir einige Schüler des Gymnasiums. Dann laufen wir durch den Arc de Triomphe: eine riesige Menschenmenge, ruhig und andächtig. Die Menschen nehmen ihre Hüte ab und machen das Kreuzzeichen. Die Flamme, die unsterbliche Flamme, war umringt von Blumen. In der Mitte ein riesiger Kranz mit einer französischen Schleife – und einer englischen Schleife! Natürlich kein Boche unter dem Arc de Triomphe. Das alles erinnerte an einen Altar bei Prozessionen. Fast alle Studenten trugen die französische und die englische Fahne an ihrem Hut. (...)

In der Avenue des Champs-Élysées stehen deutsche Lastwagen dicht an dicht entlang der Bürgersteige, sie sind verschlossen. Die Offiziere, die nebenan warteten, etwa dreißig, fielen alle über den armen Typ her, der wohl demonstriert hatte. Sie versetzten ihm Fußtritte in den Bauch und hievten ihn schließlich halb tot in den Lastwagen. Alle Leute, die vorbei gingen, fingen an zu schreien, und wir mit ihnen. Es waren noch mehr arme Typen in den Lastwagen. Und diese Boches lachten! Wir beschimpften sie als Schweine, Kühe, Drecksäcke und alle Tiere der Arche Noah. (...) Es ist gerade 7 Uhr. In der Avenue de l'Alma wird gekämpft, mit Granaten und Gewehren. Oh, meine Kinder, welche Repressalien werden wir erdulden müssen! Aber ich kann sagen: „ICH WAR DABEI“.

Dienstag, 8. April 1941

Ich war zum ersten Mal ganz allein im Schwimmbad. Ich habe mit den Deutschen Ball gespielt, sehr nett, muss ich sagen. Sie sind viel witziger als die Franzosen, man kann nämlich keine fünf Minuten mit einem Franzosen spielen, ohne dass er dir den

Hof machen will, und ich hasse das. Wenn man sich aber mit den Boches amüsiert, hat man wirklich Spaß und denkt gar nicht an etwas anderes.

Donnerstag, 5. Juni 1941

Es ist schlimm, das zu sagen, aber ich bin an dem Punkt angekommen, an dem ich denke, die Franzosen sind keine Männer: Ich sage mich von meinem Land los, ich will nicht mehr französisch sein! Wenn man jetzt all die sieht, die Kollaborateure werden, die den Deutschen aus Angst, aus Feigheit die Stiefel lecken, sogar in meiner Familie! Ich bin schrecklich angewidert von diesem schmutzigen Land. (...)

Besonders ausführlich beschreibt Micheline Bood die letzten Wochen und Tage der deutschen Besatzung von Paris und den Abzug der Wehrmacht.

Mittwoch, 16. August 1944

Diese ständige Anspannung ist sehr ermüdend. Es gibt immer seltener Strom, was zur Folge hat, dass niemand mehr irgendetwas weiß. Außerdem geben die Engländer nicht mehr bekannt, wo sie sind, die Deutschen sind kaum in der Lage, es zu erfahren, da sie keine Aufklärungsflugzeuge mehr haben. (...) In Paris gab es immer noch die gleichen getarnten Lastwagen – Panzer, Raupenfahrzeuge – und die gleichen Deutschen. Auf der anderen Seite, auf Anweisung des Comité de la Résistance, befinden sich alle Eisenbahner, Postangestellte, Polizisten im Streik, alle Bahnhöfe sind geschlossen. (...) Beim Zahnarzt sagte der Techniker, der aus der Banlieue kommt, dass die Deutschen auf den Straßen völlig überstürzt fliehen, sogar mit Pferdefuhrwerken, sie klauen Fahrräder und nehmen alles mit, was sie können und was man ihnen wieder abnehmen wird, wie ich hoffe. Tatsächlich sieht man überall, in der Rue d'Astorg, bei der Gestapo, in allen Hotels nichts als Gepäck, Autos, Lastwagen, Busse. Ich schaue sie frech an, denn ich bin nicht edelmütig genug und habe nicht die Seelengröße, großzügig zu sein gegenüber dem besiegten Feind, und sage: „Vae victis“.

Seit vier Jahren warten wir auf diesen Augenblick! Wenn ich mich in die verschiedenen Perioden meines Lebens zurückversetze, sehe ich mich immer, von Halbjahr zu Halbjahr, von dieser einzigen Hoffnung getragen: die Befreiung. Wenn wir gedacht hätten, dass es vier Jahre dauert, bis sie kommt, hätten wir wohl den Mut zum Leben und Warten gehabt? Wir sind alle erschöpft. Ist es sicher, dass die Franzosen die Erschießungen von Unschuldigen, die Massenverhaftungen, die mit ihren Müttern in den Kirchen verbrannten Kinder, die Diebstähle, die Plünderungen, die Gräueltaten der Banden der Naziquelle nicht vergessen werden? Ich hoffe, sie sagen nach alledem nicht: „Sie waren anständig!“

mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Micheline Bood. Die doppelten Jahre. Übersetzung: Ursula Bös. Weissbook Verlag Frankfurt 2017. 392 Seiten, 22 Euro

Micheline Bood Die doppelten Jahre Tagebuch einer Schülerin Paris 1940–1944





„Angst essen Seele auf“

Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik

Die Fachtagung des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP e.V.) widmete sich am 11. November 2017 dem Thema „Angst erleben“ und den damit verbundenen „Herausforderungen und Bewältigungsmöglichkeiten im pädagogischen Alltag“ in drei Vorträgen und 14 Arbeitsgruppen. Katharina Gröning (Universität Bielefeld) referierte über „Angst in der pädagogischen Profession und in der sozialen Arbeit“, Angelika Staehle (Darmstadt) über die befreiende Wirkung des

Sprechens über die eigene Angst. Als besonders bedeutsam erachtet Thomas Adamczak, Lehrer und Ausbilder im Ruhestand, der für die HLZ die Tagung besuchte, den Vortrag von Rolf Haubl über „gesellschaftliche Ängste im Spannungsfeld von sozialer Kontrolle und zivilem Ungehorsam“. Dieser zeige einmal mehr, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur didaktisch-methodisch versiert sein sollten, sondern für ihre „Beziehungsarbeit“ auch psychosoziale Kompetenz brauchen.

Unter dem Titel „Angst essen Seele auf“ thematisierte Rolf Haubl, bis 2016 Leiter des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt, gesellschaftliche Ängste und ihre Ausprägung im Bereich Schule. Dabei bezog er sich auf Forschungsprojekte zur schulischen und außerschulischen Lebenswelt von Kindern mit ADHS-Diagnose, zum Selbstverständnis hochbegabter Kinder und zu „triangulierenden Lernbegleitgesprächen“, in denen Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen gemeinsam die Zukunft der Kinder und Jugendlichen besprechen. Jungen und Mädchen kommen in diesen Projekten ausführlich zu Wort und können ihre Ansichten mit anderen Perspektiven im Gespräch mit Mitschülerinnen und Mitschülern, Eltern, Lehrkräften und der Schulleitung vergleichen. Au-

Berdem bezog sich Haubl auf Erkenntnisse aus der Supervision mit Lehrerinnen und Lehrern und Eltern sowie auf Fallberichte aus Lehrproben von Lehramtsstudierenden.

Angst, Furcht und Angstlust

Angst ist für Haubl „ein frei flottierendes Unlustgefühl“, das umso „ungreifbarer“ wird, je größer die Angst ist. Betroffene haben über dieses Gefühl keine Kontrolle, weder über das, was sie hervorruft, noch über die hervorgerufene Angst. Im Gegensatz dazu ist die Furcht „nicht namenlos“. Sie kann benannt und dadurch kontrolliert werden. Allerdings könne sich diese vermeintliche Kontrolle der Furcht als „Kontrollillusion“ herausstellen. Wer Angst empfindet und sie

loszuwerden versucht, tendiert dazu, ein Objekt dafür verantwortlich zu machen, um sich dadurch einigermaßen beruhigen zu können. Auf diese Weise funktioniert der Sündenbock-Mechanismus: Als Sündenbock wird der ausgemacht, der sich als „feindselig“ darstellen lässt, ohne es zu sein.

Angst und Furcht wirken sich auf kognitive Prozesse aus. Solange diese Gefühle in erträglichen Maßen auftreten, erhöht sich die Aufmerksamkeit, nehmen sie aber überhand, wird die Denk- und Reaktionsfähigkeit beeinträchtigt, die Realitätsprüfung eingeschränkt.

Das Ideal der Angst- und Furchtlosigkeit ist vor allem männlich besetzt: Demonstrativ gezeigte Angst- und Furchtlosigkeit soll einen potentiellen Angreifer warnen, kann allerdings auch den Versuch darstellen, die eigene Angst zu überspielen. Angstlust tritt auf, wenn das Risiko kalkulierbar erscheint und Angst deshalb in gewisser Weise lustvoll erlebt werden kann.

2014 referierte Rolf Haubl an der Hochschule Mittweida über die Zunahme von Medikamentenkonsum und Depressionen in der Arbeitswelt. (Foto: Hochschule Mittweida)



Angst in der Schule

Es gibt drei Möglichkeiten, Angst zu „bewältigen“: Lähmung, Flucht oder Kampf. Lähmende Angst geht mit Denkhemmungen und Denkblockaden einher. Flucht vor Angstauslösern meint raum-zeitliche Fluchtbewegung oder auch „Flucht in die Innenwelt“, zum Beispiel in eine virtuelle Parallelwelt oder in eine mediengestützte Tagtraumwelt. Der Kampf gegen vermeintliche Angstauslöser soll diese daran hindern, Angst zu verbreiten. Alle drei Bewältigungsformen finden sich auch im schulischen Kontext, sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch bei Eltern und Lehrkräften. Haubl weist zu Recht darauf hin, dass Angstphäno-

mene bei Lehrerinnen und Lehrern nur selten thematisiert werden, weil sie der idealisierten Vorstellung der Lehrerrolle widersprechen.

Angst in der Schule steht in engem Zusammenhang mit der bestehenden Leistungsgesellschaft. Elternabende und Elterngespräche zeigen die überragende Bedeutung, die die meisten Eltern den schulischen Leistungen der Kinder beimessen. Nachhilfe, Medikamente zur Steigerung der Konzentrationsfähigkeit oder der Besuch im Kampfsportverein sollen für den Lebenskampf fit machen und den schulischen Erfolg der Kinder befördern. Bleibt der Erfolg aus, wird den Lehrkräften vorgehalten, der Unterricht fördere die Schülerinnen und Schüler nicht genug. Lehrkräfte wehren sich nicht selten mit dem Vorwurf, die Eltern würden ihrer Mitverantwortung zu wenig gerecht und unterstützen die Schule nicht hinreichend. Und die Schülerinnen und Schüler bieten sich für Eltern und Lehrkräfte gleichermaßen als die „eigentlich Verantwortlichen“ an, weil sie nicht genug Zeit und Mühe in schulische Arbeit investierten und sich nicht genug anstrengten.

Wie angstfrei kann Lernen sein?

Permanente Leistungsängste setzen Kinder unter Druck und bewirken, dass „sie aus Angst, schlecht zu lernen, schlecht lernen, wofür sie sich schämen und sich schuldig fühlen“. Oder mit den Worten eines Jungen mit ADHS-Diagnose: „Ich nehme Ritalin-Tabletten, damit es meiner Mama besser geht.“ Schule wird so zum zentralen Streit- und Konfliktthema in den Familien, und zwar zwischen den Eltern genauso wie zwischen Eltern und Kind. Zufriedenheit in den Familien hängt wesentlich vom Schulerfolg der Kinder ab. Besonders betroffen sind leistungsorientierte Mittelschichtfamilien, die wegen ihrer Anstrengungsbereitschaft in die Mittelschicht aufgestiegen sind und zunehmend Angst vor dem sozialen Abstieg entwickeln.

All diese emotionalen Verstrickungen in Schule und Familie entwickeln eine destruktive Beziehungsdynamik, die ein Nachdenken über ein Schulsystem, das Ängste verstärkt, und über die Widersprüche der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erschwert.

Angesichts dieser Realitäten warf Haubl die Frage auf, ob man an der Utopie eines angstfreien Lernens in der Schule und im Elternhaus festhalten kann. Menschheitsgeschichtlich habe

es immer den Wunsch nach Angstfreiheit gegeben, diese lasse sich aber nur annäherungsweise erreichen. Die Schule müsse sich fragen lassen, wie ernsthaft und entschlossen sie sich für die Reduzierung von Angst einsetzen und auf Angst als Herrschaftsmittel verzichten will. Sie sollte über die Grenzen zwischen produktiver und ruinöser Konkurrenz nachdenken. Um Angst zu reduzieren, müsse die Schule Gegengewichte zu Konkurrenzsituationen schaffen, Erfahrungen in kooperativem Verhalten Raum bieten und Prozesse der Solidarisierung zwischen den Schülerinnen und Schülern zulassen und fördern. Diese werden erschwert, wenn sich Schule übermäßig mit Leistung identifiziert, statt die Bedeutung von Bewertungen abzumildern. Schule sollte sich nicht als Lokomotive der Leistungsgesellschaft verstehen, sondern im Interesse der Kinder und Jugendlichen aufzeigen, wie man deren Tempo abbremsen kann.

Haubl setzt auf eine Schule, die Wege erkundet, um den „Status quo auf ein besseres Leben hin zu überschreiten“. Das jahrhundertlang gültige Prinzip von „Befehl und Gehorsam“, das mit der Durchsetzung des demokratischen Systems überwunden schien, aber unter der Oberfläche fortwirke, sollte in der Schule durch das Prinzip des Verhandeln und Aushandeln ersetzt werden. Schule könne als „lernende Organisation“ Angst in der Schule zum Thema zu machen. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern würden dann in einem gemeinsamen Lernprozess über ihre Emotionen und somit auch über Angst sprechen, die in der Schule entsteht und auf deren Regulierung sie Einfluss hat.

Verunsicherte Lehrerschaft

Das Thema Angst gehört für Haubl von der ersten bis zur letzten Klasse und auch für die Hochschulen auf den „Lehrplan“, um Schule als „Herrschaftssystem“ zu reflektieren, ohne sie zu dämonisieren. Schulangst würde dann auch Gegenstand der gemeinsamen Reflexion über Lebenschancen, „die von der Gesellschaft – ungleich verteilt – angeboten werden“.

Abschließend thematisierte Haubl die tiefgreifende Verunsicherung professionellen Handelns auf Seiten der Lehrerschaft. Diese Verunsicherung macht – „gepaart mit einem eklatanten Mangel an beruflichen Erfolgserlebnissen“ – Lehrergesundheit zu einem The-



ma mit hoher Dringlichkeit. Angesichts „epidemischer Burn-out-Symptome in der Lehrerschaft“ erwähnte Haubl das neue Hochwertwort „Resilienz“. Individuelle Resilienz sei jedoch ohne eine grundlegende Veränderung der schulischen Arbeitsbedingungen kein Allheilmittel, insbesondere, „wenn Widerstand im Sinne einer Zurückweisung von krankmachenden Zumutungen keine legitime Option ist“.

Alles, was wir über „gute Schule“ wissen müssten, ist für Haubl „längst bekannt“. Irritierend sei nur, dass es nicht verwirklicht werde, obwohl von den politischen Eliten immer wieder betont wird, dass in diesem Land Bildung Priorität haben müsse.

Für die „gute Schule“ wünscht sich Haubl Lehrerinnen und Lehrer, die nicht nur didaktisch-methodisch versiert sind, sondern für ihre „Beziehungsarbeit“ über hinreichende psychosoziale Kompetenz verfügen, um für Schülerinnen und Schüler glaubwürdige Bezugspersonen darzustellen. Nur so könne Schule ihrer Aufgabe gerecht werden, sich vermehrt um „Nach-Erziehung“ zu kümmern. Eine drohende „Entzivilisierung“ von Schule, die sich in steigender Demotivierung und Gewaltbereitschaft vieler Jugendlicher äußert, erfordere Lehrkräfte, die nicht ausgrenzen, die sich weniger als Organisatoren von „Instruktionsprozessen“ verstehen, sondern versuchen, Kinder und Jugendliche zu verstehen – zumal diese sich selbst nicht gut genug verstehen.

Thomas Adamczak

Zeichnung:
Dieter Tomm

Sozialpädagogische Fachkräfte

Bezahlung nach Abschluss des ZA-Lehrgangs

Am 31. Juli 2017 wurde ein Lehrgang zum Erwerb der sozialpädagogischen Zusatzausbildung (ZA) für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Förderschulen abgeschlossen. In Bezug auf die daraus resultierende Eingruppierung bzw. Höhergruppierung sind unter anderem Veränderungen aufgrund der Tarifrunde 2017 zu beachten.

Die Konsequenzen für die Bezahlung, die sich aus dem Abschluss der Zusatzausbildung ergeben, können je nach Ausgangslage individuell recht unterschiedlich sein. Zunächst einmal gilt für alle, dass Beschäftigte mit abgeschlossener ZA entsprechend des Eingruppierungserlasses für angestellte Lehrkräfte vom 10. Oktober 2008 in die Entgeltgruppe 9 mit normalen Stufenlaufzeiten und Stufe 5 sowie ab 1. Januar 2018 Stufe 6 eingruppiert sind (entsprechend der Zuordnungstabelle in Anlage 4, Teil B TVÜ-H). Da der TV-H keine Bewährungsaufstiege mehr kennt, spielt die im Erlass genannte Bewährungszeit hierbei keine Rolle.

Diejenigen Beschäftigten, die vor dem Abschluss der ZA in die Entgeltgruppe 8 eingruppiert waren, werden in die Entgeltgruppe 9 nach § 17 Abs. 4 TV-H höhergruppiert. Seit dem 1. März vergangenen Jahres hat diese Höhergruppierung stufengleich zu erfolgen. Die Umsetzung der stufengleichen Höhergruppierung erfolgte im hessischen Landesdienst faktisch allerdings erst (gegebenenfalls rückwirkend) Ende 2017, da das Unterschriftenverfahren für die neuen Tarifverträge erst im November abgeschlossen werden konnte.

Etwas komplizierter sieht es für diejenigen Beschäftigten aus, die vor dem Abschluss der ZA in die sogenannte „kleine“ Entgeltgruppe 9 eingruppiert waren, die keine Stufe 5 bzw. 6 kennt. Zudem beträgt die Stufenlaufzeit der Stufe 2 fünf statt zwei Jahre, die der Stufe 3 neun statt drei Jahre. Ein Wechsel in die „große“ Entgeltgruppe 9 stellt keine Höhergruppierung im Sinne des § 17 Abs. 4 dar, vielmehr handelt es sich um einen Tätigkeitswechsel. Wann sich die ZA finanziell durch Stufenaufstieg

bemerkbar macht, hängt dann jeweils von der individuell absolvierten Stufenlaufzeit ab. Am besten kann man das anhand von Beispielen erklären:

- Befindet sich eine Beschäftigte bei Abschluss der ZA am 31. Juli 2017 seit zwei Jahren in der Stufe 3 der „kleinen“ Entgeltgruppe 9, dann erfolgt der Aufstieg in die Stufe 4 ein Jahr später, also am 1. August 2018 (statt am 1. August 2024).
- Ein Beschäftigter, der sich bei Abschluss der ZA am 31. Juli 2017 seit 2 Jahren in der Stufe 4 befindet, erreicht am 1. August 2019 die Stufe 5, die vorher nicht erreichbar war.
- Eine Beschäftigte, die zum selben Zeitpunkt fünf Jahre in der Stufe 3 der „kleinen“ Entgeltgruppe 9 verbracht hat, wird unmittelbar nach Abschluss der ZA in die Stufe 4 höhergestuft, da nunmehr die Stufenlaufzeit der Stufe 3 drei Jahre beträgt (die dadurch sozusagen „überzählig“ verbrachten zwei Jahre in der Stufe 3 spielen keine Rolle).
- Weitere Infos: www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich > Entgelt

Amtsangemessene Besoldung

Die GEW Hessen hatte ihre Mitglieder im Herbst 2016 aufgefordert, im Rahmen der „Nikolausaktion“ Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen. Hintergrund war, dass 2016 – nach der Nullrunde 2015 – die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten in Hessen nur um 1 Prozent (mindestens 35 Euro) erhöht wurde. Der Tarifabschluss von 2015 wurde dagegen – wenn auch verzögert – übertragen. Die Bezüge wurden ab dem 1. Juli 2017, vier Monate später, um 2,0 Prozent (mindestens 75 Euro) erhöht.

Zusicherung des Innenministers

In den vergangenen Wochen wurde von Kolleginnen und Kollegen an die GEW Hessen die Frage herangetragen, ob es notwendig sei, für 2017 erneut

einen Widerspruch an die Hessische Bezugsstelle zu richten, um gegebenenfalls Ansprüche auf eine amtsangemessene Alimentation auch für das Jahr 2017 zu wahren. Nach unserer rechtlichen Einschätzung ist dies nicht erforderlich. Nachdem entsprechende Antragsformulare in Umlauf gebracht wurden, gab das Innenministerium den DGB-Gewerkschaften folgende Zusicherung:

„Sollte das Bundesverfassungsgericht im Rahmen eines der anhängigen Musterstreitverfahren tatsächlich wider Erwarten feststellen, dass das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2016 mit strukturellen Defiziten behaftet ist und dem hessischen Gesetzgeber eine ‚Reparatur‘ aufgeben, so würde sich eine solche Reparatur in diesem Falle auf den gesamten erforderlichen Zeitraum erstrecken. Sofern und soweit sich das verfassungsgerichtlich festgestellte Defizit des

Jahres 2016 auch im Jahr 2017 fortsetzen sollte, ist daher im Ergebnis auch dieser Zeitraum von der Verzichtserklärung (des Innenministeriums) erfasst.“

Trotz dieser Zusicherung ist es selbstverständlich möglich und erlaubt, entsprechende Anträge zu stellen. Die GEW stellt deshalb folgende Musterwidersprüche zur Verfügung:

- Antragsmuster für Kolleginnen und Kollegen, die 2016 keinen entsprechenden Antrag gestellt haben
 - Antragsmuster für das Jahr 2017
- Es gibt für die beiden Jahre jeweils einen Antrag für aktive Beamtinnen und Beamte und jeweils einen Antrag für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Antragsmuster findet man unter www.gew-hessen.de > Tarif/Besoldung > Besoldung Land Hessen > Widersprüche 2017

GEW kritisiert hessische Extremismusklausel

Die GEW Hessen schloss sich in einem Offenen Brief der Kritik an den geplanten „Gesinnungsüberprüfungen“ für Initiativen an, die aus dem Landesprojekt „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert werden. Innenminister *Peter Beuth* (CDU) hatte angeordnet, dass alle geförderten Initiativen ein Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ abgeben müssen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Einstellung einer Sicherheitsüberprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen werden. Inzwischen ruderte die Landesregierung zurück und erklärte, dass dies nur für Initiativen gelten soll, die sich erstmals für eine Förderung bewerben.

Gutachten zum islamischen Religionsunterricht

Die GEW Hessen sieht sich durch das Gutachten des Staatsrechtlers *Josef Isensee* in ihrer Sorge um eine mögliche Einflussnahme des türkischen Staats auf den islamischen Religionsunterricht in Hessen bestätigt. Die GEW-Vorsitzende *Birgit Koch* begrüßte es, dass Kultusminister *Lorz* der DITIB Hessen eine Frist bis zum 31. Dezember 2018 gesetzt hat, um die Unabhängigkeit der DITIB von den türkischen Behörden und die Eignung als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht unter Beweis zu stellen. Die vom Hessischen Kultusministerium (HKM) in Auftrag gegebenen Gutachten von Professor *Josef Isensee*, Professor *Mathias Rohe* und *Dr. Günter Seufert* sind auf der Homepage des HKM verfügbar (<https://kultusministerium.hessen.de> > Presse > Pressemitteilungen > 5.12.2017).

Fachoberschule: Jetzt auch dort Punkte statt Noten

Die GEW kritisiert in einem Schreiben an das Hessische Kultusministerium die lange Untätigkeit der Behörde bei der im Schulgesetz verankerten Umstellung vom sechsstufigen Notensystem in der Fachoberschule auf das Punktesystem analog zur gymnasialen Oberstufe. Der entsprechende Erlass vom 25.9.2017 erreichte die Schulen erst mehrere Wochen nach Beginn des Schuljahres.

Mitbestimmung bei technischen Anlagen

In der HLZ 3/2017 berichteten *Manon Tuckfeld* und *Georg Siebert* über langwierige Auseinandersetzungen zur Sicherstellung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte beim Einbau von „Krisenkommunikationsanlagen“ in Klassenräumen, die ein Mithören von außen ermöglichen. Die Auseinandersetzung wurde jetzt mit einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 13.9.2017 beendet. Die Beteiligten schlossen eine Vereinbarung, die die Funktionalität der Anlage regelt. Das Gericht verpflichtete zudem das Staatliche Schulamt sicherzustellen, dass die Geräte so programmiert werden, „dass eine Verhaltens- und Leistungskontrolle auf jeden Fall ausgeschlossen ist“. Dasselbe Gericht hatte bereits in einem früheren Urteil festgestellt, dass es im Hessischen Schulgesetz keine Ermächtigung zum Einbau solcher Geräte gibt. Deshalb muss der Einbau zwischen der Schule und dem Schulträger schriftlich vereinbart werden. Dabei sind die Mitbestimmungsrechte des Personalrats zu wahren. *Manon Tuckfeld* vom GEW-Kreisvorstand Wiesbaden-Rheingau zeigte sich zufrieden mit dem, was der Gesamtpersonalrat und der „mutige und streitbare örtliche Personalrat eines Wiesbadener Gymnasiums“ erreicht haben: „Die vom Gericht vorgezeichnete Vereinbarung verhindert jeden Missbrauch und gestattet den Gebrauch ausschließlich durch die Polizei.“

- Weitere Infos: www.gew-wiesbaden.de

Betriebsratswahlen 2018: Info-Material der GEW

In der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 2018 finden die regelmäßigen Betriebsratswahlen statt. In Betrieben mit 5 bis 50 ständigen wahlberechtigten Beschäftigten sieht das Gesetz eine Wahl im „einfachen Verfahren“ vor, ab 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden die Wahlen in der Regel im „normalen Wahlverfahren“ durchgeführt.

Für die ordnungsgemäße und reibungslose Durchführung der Wahl stellt die GEW ihren Mitgliedern Wahlhandbücher zur Verfügung, die in der Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen angefordert werden können (info@gew-hessen.de, Tel. 069- 971293-0).

Beamtenstreik vor dem Bundesverfassungsgericht

Wie in der E&W 12/2017 berichtet (S.22-25) eröffnet das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2018 die Verhandlung über die anhängigen Klagen zum Streikrecht von Beamtinnen und Beamten mit einer Befragung der Parteien. Die GEW wird mit den klagenden Mitgliedern und Beobachterinnen und Beobachtern aus dem ganzen Bundesgebiet vertreten sein. Die GEW machte gegen die Stimmungs-mache des Beamtensbunds noch einmal deutlich, dass der Einsatz der GEW für das Streikrecht der Beamtinnen und Beamten der Durchsetzung der Koalitionsfreiheit für alle Berufsgruppen dient, wie sie im Grundgesetz garantiert und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mehrfach bestätigt wurde. Keinesfalls gehe es der GEW um eine „Abschaffung des Berufsbeamtentums“. *Peter Zeichner* vom Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht im GEW-Landesvorstand erinnerte an die Nullrunden für Beamtinnen und Beamte in Hessen: „Nur mit einer vollen Koalitionsfreiheit, zu der das Streikrecht gehört, lässt sich die Spaltung von Angestellten und Beamtinnen und Beamten bei Tarifaueinandersetzungen überwinden und eine Festlegung der Arbeitszeit und der Besoldung nach Gutsherrenart wirksam verhindern.“

- Weitere Informationen und aktuelle Berichte über die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht: <https://www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik/>

Personalräteschulung für Frankfurt und Südhessen

Die Personalratschulungen des Schulungsteams für Frankfurt und Südhessen, das aus Mitgliedern des Hauptpersonalrats und der Gesamtpersonalräte besteht, finden im Staatlichen Schulamt in Frankfurt am Hauptbahnhof statt.

- Grunds Schulung I: 14./15.2.2018 (50892913) und 15./16.8. (50892921)
- Grunds Schulung II: 18./19.4.2018 (50892918) und 19./20.9. (50892919)
- Aufbauschulung I: 14./15.5. 2018 (50892948) und 5./6.11. (50892949)
- Aufbauschulung II: 19./20.6.2018 (50892950) und 3./4.12. (50892955)
- Anmeldungen: www.la.hessen.de > Fortbildungsprogramm > Freitextsuche: Personalrat oder Veranstaltungsnummer eingeben

Wir gratulieren im Januar und Februar ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Rolf-Dieter Ahlgrim, Karben
 Paul Barth, Lauterbach
 Petra Bassing, Frankfurt
 Peter Baumann, Dieburg
 Klaus-Dieter Becker, Melsungen
 Rainer Beddig, Wiesbaden
 Günter Bodirsky, Bad Vilbel
 Jobst Böttcher, ABlar
 Dieter Braun, Frankfurt
 Lydia Burk, Rodgau
 Diana Creamer, Rickenbach
 David Debney, Rauschenberg
 Linda Degenhardt, Gießen
 Winfried Deschauer, Offenbach
 Ulrike W. Dietrich, Darmstadt
 Gabriele Ditzze-Brauckmann,
 Bad Nauheim
 Angelika Dörr, Kassel
 Thomas Ebert, Eschborn
 Rolf Engelke, Neu-Isenburg
 Ileana Farozic-Gerhart, Hofgeismar
 Uwe Frankenberger, Kassel
 Karin Fuchs-Schrimpf, Frankfurt
 Heidi Gattung, Sulzbach
 Annette Gerber, Neu-Isenburg
 Bernd Gohmert, Nauheim
 Otto-Albert Hedrich, Butzbach
 Ingo Herde, Marburg
 Petra Herrlich, Künzell
 Ernst Hilmer, Griesheim
 Christiane Huth, Worms
 Hans-Jürgen Hutter, Gießen
 Hildegard Jansohn, Darmstadt
 Siegfried Keck, Gladenbach
 Ursula Klenke, Königstein
 Uta Knigge, Wiesbaden
 Wolfgang Lange, Feldatal
 Bernhard Lauer, Schöneck
 Gisela Lehr, Gelnhausen
 Arno Leithäuser, Korbach
 Sieglinde Lotz-Schäfer, Hanau
 Karl Lüftner, Gießen-Wieseck
 Dr. Karola Maltry, Marburg
 Siegfried Maß-Germeroth,
 Herleshausen
 Annelie Marten-Tirjan, Eschenburg
 Barbara Merz, Florstadt
 Renate Methner-Nusser, Biebental
 Herbert Michaelis, Alsfeld
 Doris Möllenkamp, Philippsthal
 Ernst Otto Müller, Alsfeld
 Marion Papaczek, Mainz-Kastel
 Hubertus Pinther, Marburg
 Ursula Rauschenberg, Herleshausen
 Renate Reh, Bad Vilbel
 Gabriele Rescher, Witzenhausen
 Hansgeorg Richter, Nackenheim
 Edith Schäfer, Staufenberg
 Günther Scheuermann, Gelnhausen
 Günther Schmid, Frankfurt
 Ulrike Schmidt, Wetzlar

Dr. Christine Schön, Frankfurt am Main
 Rene Schüttke, Dietzenbach
 Ruth Schweisthal, Kassel
 Gerhard Scriba, Marburg
 Felicita Sommerhage-Strehlow, Usingen
 Werner Sostmann, Grebenstein
 Walter Steinhaus, Wiesbaden
 Franz Josef Stöhr, Reiskirchen
 Jürgen Strathmann, Frankfurt
 Klaus Struckmeier, Frankfurt
 Hanns-Joachim Strunck, Friedberg
 Margit Thiel, Lahntal
 Monika Thiel, Frankfurt
 Barbara Thielemann-Kurbjuhn,
 Hessisch Lichtenau
 Gisela Twele-Weber, Oberursel
 Ulrike Tzschentke, Einhausen
 Hans Unbehauen, Ebersburg
 Anneliese van den Höövel, Kassel
 Hans-Joachim Wacker, Bad Homburg
 Arthur Weger, Rüsselsheim
 Marion Weil-Russ, Runkel
 Helga Weiss, Dieburg
 Arno Weller, Langen
 Heidi Wendling, Mainz
 Edith Wieshalla, Wiesbaden
 Lucia Wolf, Rodgau-Jügesheim
 Ulrike Wolf, Seeheim-Jugenheim

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Ellen Battenhausen, Hanau
 Hildegard Bicht, Bensheim
 Annette Bieler, Eichenzell
 Albrecht Bill, Frankfurt
 Gernot Christl, Neuberg
 Christian Davids, Griesheim
 Heidi Doerflinger, Frankfurt
 Jutta Ebel, Frankfurt
 Margaret Elzenheimer, Frankfurt
 Horst Ermert, Ludwigsau
 Karl-Ludwig Füllgrabe, Meißner
 Angelika Gleichmann, Wächtersbach
 Martin Gleichmann, Wächtersbach
 Ute Gröppel-Wegener, Frankfurt
 Jürgen Hölzel, Roßdorf
 Heinfred Knobel, Frankenberg
 Martin Malirsch, Kassel
 Karlbernd Mänz, Melsungen
 Hildegard Möller, Eschwege
 Dieter Schappert, Langen
 Hildegard Schmieder, Frankenberg
 Werner Schnabel, Wiesbaden
 Karin Seemann, Kassel
 Herbert Steinhauser, Langenselbold
 Charlotte Weber, Büdingen
 Johann Windhab, Schwalmstadt
 Volkmar Wirth, Wettenberg

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Günther Albrecht, Künzell
 Dieter Fey, Melsungen
 Renate Hechler, Lautertal
 Jutta Körner, Grünstadt

Ingrid Möllemann-Erdwein,
 Eggenstein-Leopoldshafen
 Ernst Nasgowitz, Limburg
 Eberhard Schaffner, Großkrotzenburg
 Peter Stoldt, Wanfried
 Alfred Stroh, Wetzlar
 Martha Wiegand, Taunusstein

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Eleonore Deltau, Reinheim
 Elisabeth Hartmann, Wiesbaden
 Herbert Nickel, Weilburg
 Lili Sturmfels, Darmstadt
 ... zum 75. Geburtstag:
 Elke Aulmann, Darmstadt
 Christine Dondl, Roßdorf
 Heinrich Geis, Hanau
 Willi Hofmann, Bad Hersfeld
 Ilse-Marie Krauth, Hanau
 Gerhard Pollmeier, Frankfurt am Main
 Heidrun Reinhard, Friedrichsdorf
 C.-Dorothee Roer, Frankfurt
 Sieglinde Rohde, Fritzlar
 Joachim Schulz, Petersberg
 Josef Simon, Ringgau-Datterode
 Elfriede Stagneth, Wetzlar

... zum 80. Geburtstag:

Wilhelm Bauer, Hammersbach
 Almut Binner-Scherfer, Hofheim
 Dieter Braun, Frankfurt
 Margarete Burchard, Heidelberg
 Adolf Frohwein, Butzbach-Hoch-Weisel
 Jürgen Heinemann, Kassel
 Reinhard Höfling, Butzbach
 Magdalena Huss-Turk, Frankfurt
 Kurt Kaiser, Offenbach
 Türkan Lau-Turan, Kronberg
 Erich Pompl, Wiesbaden
 Elfriede Schauß, Rauschenberg
 Lieselotte Schmid, Marburg
 Marga Souidi, Marburg
 Klaus Stöckel, Bad Schwalbach
 Hans-Georg Wagner, ABlar
 Alexander Walendy, Wetzlar
 Hildegard Waltemate, Maintal

... zum 85. Geburtstag:

Johanna Aab, Frankfurt
 Eva Einax, Twistetal
 Rainer Kritzler, Nidda
 Ingeborg Poensgen, Ceilhes-et-Rocozels
 Käthe Prosch, Lautertal
 Helma Schinzel, Dieburg
 Prof. Dr. Helga Schwenk, Türkei

... zum 90. Geburtstag:

Hans Gimm, Philippsthal
 Fritz Gunkel, Erzhausen
 Elvira Hamberger, Frankfurt
 Margarete Pflantz, Esslingen
 Karlheinz Schmidt, Reinheim

... zum 94. Geburtstag:

Karl König, Bebra



Dr. Wendelin Enders mit Werner Herbert (GEW Hersfeld-Rotenburg), Tochter Susanne Enders, Ehefrau Heide Enders und Birgit Koch (Foto: Hans-Karl Schäfer)

Dr. Wendelin Enders zum 95. Geburtstag

Zum Anlass seines 95. Geburtstags überreichte die Landesvorsitzende *Birgit Koch* an Dr. Wendelin Enders die Urkunde, mit der er zum Ehrenmitglied der hessischen GEW ernannt wurde. GEW-Mitglied ist er seit 1950, als er seine erste Lehrerstelle in Bensheim antrat. Später unterrichtete er an der Freiherr-vom-Stein-Schule in Fulda und an der Fachhochschule Fulda. 1967 rückte er für die SPD in den Bundestag nach. Fünfmal verteidigte er das Mandat im Wahlkreis Hünfeld-Hersfeld-Rotenburg-Melsungen. Der Kontakt zur GEW riss auch in dieser Zeit nie ab und er hatte immer ein offenes Ohr für die Probleme seiner Kolleginnen und Kollegen. Im Ruhestand verlegte er seinen Wohnsitz von Bad Hersfeld nach Petersberg bei Fulda. Er blieb jedoch Mitglied im Kreisverband Hersfeld-Rotenburg und besuchte regelmäßig dessen Veranstaltungen.



Trauer um Georg Bernhardt

Die GEW Hessen hat einen engagierten Vertreter einer menschlichen und gerechten Schule verloren. Am 24. November 2017 ist Georg Bernhardt im Alter von 84 Jahren verstorben. Nach seinem Studium engagierte er sich seit 1965 als Lehrer an der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt bei der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung einer der ersten hessischen Gesamtschulen. Als Vorsitzender der kollegialen Schulleitung wirkte er ausgleichend beim innerschulischen Ringen um den richtigen Weg zu einer guten Schule. Dies brachte ihm den großen Respekt der ganzen Schulgemeinde ein.

1978 übernahm Georg Bernhardt die Leitung der neu gegründeten Ko-

operativen Gesamtschule Griesheim. Auch dort wurde er wegen seines wertschätzenden Umgangs mit allen Menschen und des unterstützenden Führungsstils sehr geschätzt. Anfang der 90er Jahre nutzte er gemeinsam mit dem Kollegium die Gunst der politischen Konstellation mit SPD-Mehrheiten in Frankfurt und in Hessen, die Georg-August-Zinn-Schule in eine Integrierte Gesamtschule umzuwandeln. Er nahm an vielen Aktionen und Streiks der GEW teil und trug dafür auch die disziplinarischen Konsequenzen. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1996 hielt er Kontakt zu seinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen und blieb ihnen Freund, Vorbild und Berater.

Anita Harff, Christina Höfler-Böhm, Mechthild Wagenhoff



Inge Weick gestorben

Der GEW-Kreisverband Darmstadt-Land trauert um seine geschätzte Kollegin Inge Weick, die nach langer Krebserkrankung im Alter von 66 Jahren gestorben ist. Inge war Gewerkschafterin mit Leib und Seele. Sie war lange Mitglied des Kreisvorstandes und bestimmte in den 90er Jahren als

Mitglied des Teamvorstandes unsere Arbeit maßgeblich mit. Auch als langjähriges Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer setzte sie sich engagiert für Kolleginnen und Kollegen ein. Wir werden Inge stets ein ehrendes Andenken bewahren.

*Juliane Hofman
GEW-Kreisvorsitzende*



GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Wie jedes Jahr lud der GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf im November langjährige Mitglieder zur Ehrung in die Räume am Schwanhof ein. 38 Jubilare waren der Einladung gefolgt, die Hälfte davon war der GEW im Jahr 1972 beigetreten. Auch *Jochen Dietrich*, der für 60-jährige Mitgliedschaft geehrt wurde, nahm seine Urkunde persönlich entgegen. Die Stimmung war von Beginn an gut, denn man traf „alte“ Bekannte, Freunde und Mitstreiter bei GEW-Aktionen. (Foto: Erich Schumacher)



GEW Darmstadt-Land

Im Rahmen des alljährlichen Kreisfests ehrte *Juliane Hofman* als Vorsitzende des GEW-Kreisverbands Darmstadt-Land dessen langjährigen Mitglieder. Das Foto zeigt von links nach rechts: *Ulrich Becker* (50 Mitgliedsjahre), *Brigitte Hölzel* (50), *Rudi Beutel* (50), *Gabriele Schul* (25), *Marianne Seban* (25), *Dr. Walter Schnitzspan* (40), *Hans-Helmut Schäfer* (55), *Heide Berg-Fathi* (40), *Jürgen Iffland* (40), *Peter Kraus* (25), *Juliane Hofman*, *Roselind Richter* (55) und *Gerd Schneider* (Kreisvorstand).



Handicapped Hamlet

Das Darmstädter Theaterlabor INC. ist ein Zusammenschluss von Schauspielerinnen und Schauspielern verschiedenen Alters mit und ohne Behinderung, die sich der professionellen Theaterkunst verschrieben haben. Das neue Stück „Handicapped Hamlet“ lebt von der Reibung des klassischen, politischen Stoffes mit dem inklusiven Ensemble. Das Team kommt auf Anfrage auch in die Schule, um die assoziative Reise durch das „Hamletuniversum“ theaterpädagogisch vor- und nachzubereiten. Vorführungen für Schulklassen gibt es am 16.1., 25.1., 30.1., 31.1., 1.2. und 8.3. jeweils um 11 Uhr im Theater Moller Haus.

• Infos und Kartenvorbestellungen unter <https://www.theaterlabor-inc.com>

Wörtermeer – Literatur erleben

WÖRTERMEER geht in die dritte Runde! Ab Februar 2018 bietet das Literaturhaus Frankfurt wieder Projekte kultureller Bildung für Schülerinnen und Schüler aus Frankfurt und der Region an. Diesmal ist das Angebot offen für alle interessierten weiterführenden Schulen. Wie erzählt man eine Geschichte im Comic? Schon mal was Eigenes geschrieben? Oder einen Text übersetzt? Oder versucht, etwas auf den Punkt zu bringen? Wie funktioniert Poetry Slam? Wie kann man Stimme und Körper beim Vorlesen einsetzen? Und was macht eigentlich ein Autor? Die Teilnahme ist kostenlos. Das Projekt wird von der Polytechnischen Gesellschaft Frankfurt gefördert und bietet die Möglichkeit zur direkten Begegnung mit Künstlerinnen und Autoren.

Interessierte Schulen können sich mit einer E-Mail bis zum 19. Januar 2018 beim Literaturhaus Frankfurt bewerben: woertermeer@literaturhaus-frankfurt.de

• Informationen und Anmeldung: <https://literaturhaus-frankfurt.de/junge-literatur/woertermeer>

2017: Unterm Strich

Einen Rückblick auf das Jahr 2017 bietet das neue Buch des Karikaturisten *Thomas Plaßmann*, der auch in der HLZ und der GEW-Bundeszeitschrift E&W regelmäßig mit seinen Zeichnungen vertreten ist. Das Buch bietet auf 128 Seiten einen bunten Rückblick auf das Jahr 2017.

Thomas Plaßmann:
Unterm Strich 2017. Der Rückblick.
Klartext-Verlag, 14,95 Euro





KUNSTVOLL
www.kulturfonds-frm.de



BEWERBEN SIE SICH BIS ZUM 19. APRIL 2018

Das Förderprogramm **KUNSTVOLL** bringt Kunst in die Schule!

Nutzen Sie die Chance und reichen Sie Ihre Bewerbung für ein Projekt im Schuljahr 2018/2019 beim Kulturfonds Frankfurt RheinMain ein.

Bewerben können sich Schulen und Kultureinrichtungen aus Frankfurt am Main, dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis, Darmstadt, Wiesbaden, Hanau, Bad Vilbel, Offenbach am Main und Oestrich-Winkel. Informationen zu Teilnahmebedingungen und Bewerbungsverfahren unter www.kulturfonds-frm.de/kunstvoll

AUSKUNFT UND BERATUNG
Laura Kurtz
kunstvoll@kulturfonds-frm.de
Tel 06172.999.4695

BEWERBUNGSADRESSE
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5,
61352 Bad Homburg v. d. Höhe



In einem **Europa der Regionen** wollen wir die starke Position von **Frankfurt RheinMain** festigen und weithin sichtbar machen. Mit diesem Ziel führen wir die **kulturellen Aktivitäten** unserer Region enger zusammen und fördern **neue Kulturprojekte** mit nationaler und internationaler **Ausstrahlung**.



Getragen wird der gemeinnützige Fonds vom Land Hessen, von Frankfurt am Main, dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis, Darmstadt, Wiesbaden, Hanau, Bad Vilbel, Offenbach am Main und Oestrich-Winkel. www.kulturfonds-frm.de | Facebook | Newsletter



Kindergarten in der „Democratic Resettlement Community“ Swakopmund-Mondesa (Foto: Helga Roth)

Sommer 2018: Mit lea nach Namibia

Namibia ist ein beliebtes Reiseziel, ein Land, in dem die kurze deutsche Kolonialzeit und das sich anschließende Apartheidsystem bis heute deutliche Spuren hinterlassen haben. Im Sommer 2018 bietet lea, das Bildungswerk der GEW Hessen, zum fünften Mal eine Studienreise nach Namibia an. Die Reise will eine Alternative zum gängigen Namibiaturismus sein und thematisiert die koloniale Vergangenheit, postkoloniale Realitäten, aktuelle ökonomische und ökologische Fragen und die Entwicklung des Bildungswesens, ohne die Schönheit der Natur und die klassischen touristischen Ziele auszuklammern. Im Verlauf der Rundreise werden ca. 4.000 Kilometer zurückgelegt. Von Windhoek aus geht es über den Waterberg ins Ovamboland. Es schließen sich der Etoshapark, Tweyfelfontein, Swakopmund und das Sossusflei an. Die letzten Tage in Windhoek dienen vor allem dem Besuch von Schulen und der Universität sowie Fachgesprächen.

Der Reisepreis beträgt 3.170 Euro im Doppelzimmer und 3.450 Euro im Einzelzimmer. Die Akkreditierung der Studienreise durch das Kultusministerium ist beantragt.

- Programm, Reisedaten und Anmeldung: www.lea-bildung.de

Tagung zum Werk von Gernot Koneffke

Gernot Koneffke (1927-2008) war seit 1972 Professor für Allgemeine Pädagogik an der TU Darmstadt und entwickelte aus der systematischen Rekonstruktion der Geschichte der Pädagogik eine materialistische Bildungstheorie. Eine Arbeitstagung befasst sich am 16. und 17. März anlässlich seines 10. Todestages mit der „Genesis und Geltung der Materialistischen Pädagogik Gernot Koneffkes“.

- Informationen, Programm und Anmeldung: <http://bit.ly/2jn8pOu>, E-Mail: h.bierbaum@apaed.tu-darmstadt.de



Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen, ein Einzelzimmer und Genießer-Küche. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste und Psychosomatosen in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14
46325 Borken (Münsterland)

www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de



Der Reise-Ratgeber



Planen und organisieren Sie ihre nächste Klassenfahrt mit unseren vielfältigen Themen unter

Von der Reiseplanung, Reisevorbereitung und Durchführung bis hin zur Reisenachbereitung stehen wir Ihnen mit unserer langjährigen Erfahrung hilfreich zur Seite.

www.ratgeber.schulfahrt.de

Schulfahrt Touristik SFT GmbH · Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter · Telefon: 0 35 04/64 33-0 · www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Die nächste HLZ erscheint am 8.3.17 – Anzeigenschluss ist am 16.2.17

Coaching für Pädagogen

- Ressourcen erschließen
 - Burnout vermeiden
 - Chancen nutzen
- Ihr Coach ist
Lehrer mit Schulleitungserfahrung
Gestalttherapeut, Autor / Dozent

Telefon 06172 78819

Dr. Volkmar Baulig



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8,
76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68169 Mannheim
 Tel.: 06221-178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €. Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.



Sonderdarlehen zu Ia-Konditionen!

www.Ia-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800 - 8664422

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo

Neuaufgabe Dienst- und Schulrecht: Alle im Schulalltag wichtigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse, nach Sachgebieten gegliedert, ca. 1650 Seiten

Gleich ob auf Papier, auf CD oder auf USB-Stick
GEW-Mitgliedspreis nur 28,- EUR, zzgl. Versand
 Nichtmitglieder 38,- EUR zzgl. Versand

Bestellungen an:

Mensch und Leben Verlag, Niederstedter Weg 5, 61348 Bad Homburg
 Tel. 06172-95830, Fax: 06172-9583-21, Mail: dus@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de

ICH WERDE ALLEN ELTERNANSPRÜCHEN GERECHT UND
KANN AUCH MIT SCHWIERIGEN SCHÜLERN UMGEHEN.
NICHT IMMER ERWARTE ICH DANK DAFÜR, ABER ETWAS
MEHR RESPEKT UND ANERKENNUNG WÄREN SCHÖN.

Sie sind LehrerIn und geben Ihr Bestes, haben aber immer öfter das Gefühl, an Ihre Grenzen zu stoßen?

Bitte sprechen Sie mit Ihrem Arzt oder rufen Sie an, wenn Sie Hilfe benötigen:

AKUT-TELEFON: +49 6129 4883-490

www.parkklinik-schlagenbad.de/respekt



PARKKLINIK
 Wiesbaden | Schlagenbad

Private Akutklinik für psychische und psychosomatische Gesundheit

